

Forschungsschwerpunkt
Konflikt- und Kooperationsstrukturen in Osteuropa
an der Universität Mannheim

Rolf Peter

Zwischen Konflikt und Kalkül

Die "nationale Frage" in Kasachstan

August 1999

Untersuchungen des FKKS 20/1999



Inhalt

Kurzfassung	1
Einleitung	3
1 Die Politisierung ethnischer Differenz als Konfliktursache	4
2 Kasachstan – ein ethnisch gespaltenes Land?	8
2.1 Überkommene Wahrnehmungsmuster	8
2.2 Die vieldeutige Eindeutigkeit des kasachisch-russischen Gegensatzes	11
2.3 Die Segmentierung der kasachstanischen Gesellschaft	14
3 Ethnische Differenz als Konfliktgegenstand auf politischer Ebene	22
3.1 „Alltagsnationalismus“ und tatsächliche Nationalitätenunruhen in Kasachstan – Eine Bestandsaufnahme	22
3.2 Die „wunden Punkte“ im Zusammenleben der ethnischen Gruppen	24
3.3 Zur Politisierung ethnischer Gruppengrenzen in Kasachstan – Eine dreistufige Analyse	29
3.3.1 Die Ethnisierung der staatlichen Bürokratie	29
3.3.2 Die Entstehung politischer Nationalbewegungen	30
3.3.3 Die ethnische Blockbildung	34
4 Die Nationalitätenpolitik der Republik Kasachstan – Die „nationale Frage“ als Instrument zur Herrschaftssicherung	35
4.1 Die offizielle Darstellung – Nazarbaev als einzige Antwort auf die „nationale Frage“	35
4.2 „Kazachstanskij narod“ – Das Konzept des kasachstanischen Staatsbürgernationalismus	36
4.3 Die Schwächen des Konzepts	39
4.3.1 Probleme der territorialen Integration	39
4.3.2 „Kazachskaja nacija“ oder „kazachstanskij narod“?	41
4.3.3 „Ein Orchester kann nur einen Dirigenten haben.“ – Der Ausbau des „Systems Nazarbaev“	43
4.4 Auswirkungen der autoritären Herrschaftssicherung auf die ethnopolitische Situation	46
Schlußbetrachtung	48
Anhang	51

August 1999

Kurzfassung

Obwohl sich ethnisch begründete Konflikte in ganz Osteuropa als besondere Gefahr für den Frieden und den erfolgreichen postkommunistischen Systemwechsel erwiesen haben, ist die Wahrnehmung falsch, ethnische Vielfalt in den Transformationsstaaten stelle per se eine Konfliktursache dar. Ausgehend von dieser These untersucht die vorliegende Studie am Beispiel der Republik Kasachstan, warum die vielfach prognostizierte Eskalation ethnopolitischer Konflikte dort bislang ausblieb und welche Faktoren für die relativ stabile ethnopolitische Situation im Land verantwortlich sind.

Als erstes, allgemein formuliertes Ergebnis kann festgehalten werden, daß das Bild der ethnopolitischen Situation in Kasachstan, das sowohl in vielen westlichen als auch in den Darstellungen aus dem russischsprachigen Raum vorherrscht, zu undifferenziert bleibt. Die Analysen beschränken sich meist auf eine Gegenüberstellung ethnischer Kategorien, ohne jedoch die Bedeutung von Ethnizität im Kontext der spezifischen gesellschaftlichen und politischen Situation Kasachstans zu hinterfragen. Die falsche Vorstellung von Ethnien als homogenen Identitäts-, Interessen- und Handlungsgemeinschaften führt zu der reduktionistischen Schlußfolgerung, ethnische Heterogenität sei mit einer Unvereinbarkeit von Werten und Interessen gleichzusetzen. Die Ethnien in Kasachstan stellen jedoch keineswegs monolithische Blöcke dar, die auf der Grundlage einer gemeinsamen kulturellen Identität als einheitliche gesellschaftliche Akteure auftreten. Sowohl hinsichtlich der Relevanz als auch des Inhalts der ethnischen Selbstdefinition bestehen teilweise erhebliche Unterschiede, was die Umdeutung von Ethnizität in politisch relevante, ethnonationale Interessen erschwert.

Entgegen der in vielen Analysen vorherrschenden Tendenz, die soziale Wirklichkeit auf den Antagonismus zwischen Kasachen und Russen zu reduzieren, zeigt die Studie, daß die ethnischen Gruppen in Kasachstan weder als ausschließliche noch als übergeordnete Identitätsgemeinschaften betrachtet werden dürfen. Ethnische Zugehörigkeit ist lediglich einer von verschiedenen, die kasachstanische Gesellschaft horizontal und vertikal spaltenden „cleavages“. Die multiplen Identitäten tragen entscheidend dazu bei, daß ethnische Grenzen bisher nicht zur sozialen Bruchstelle und zum akuten Konfliktherd geworden sind. Eine massenwirksame Politisierung ethnischer Differenz hat in Kasachstan vor allem deshalb nicht stattgefunden, weil es den nationalen Aktivisten nicht gelingt, größere Teile ihrer ethnischen Gruppe hinter sich zu vereinen, da deren Angehörige widersprüchliche sprachliche, kulturelle, soziale und ökonomische Interessen haben. Da in Kasachstan bisher keine klassenübergreifenden ethnischen Blöcke entstanden sind und nur wenig auf eine solche Entwicklung hindeutet, kann die Gefahr der Eskalation eines ethnopolitischen Konfliktes als relativ gering eingeschätzt werden.

Vor dem Hintergrund dieser Erkenntnisse büßt die gängige Darstellung an Plausibilität ein, derzufolge das angeblich hohe Konfliktpotential in den interethnischen Beziehungen durch die erfolgreiche Nationalitätenpolitik der kasachstanischen Führung entschärft wird und vor allem Staatspräsident Nazarbaev sich als „Mediator“ des russisch-kasachischen Interessengegensatzes hervortut. Eine Analyse der Nationalitätenpolitik zeigt, daß der Rekurs auf die „nationale Frage“ dem Präsidenten in erster Linie dazu dient, undemokratische Maßnahmen und

den Ausbau der Präsidualherrschaft zu rechtfertigen. Indem er öffentlich immer wieder die Gefährlichkeit des Szenarios betont, nutzt Nazarbaev die im In- und Ausland existenten Ängste bezüglich der Eskalation eines ethnopolitischen Konfliktes aus, um sich selbst ins Licht des einzigen Garanten für Ruhe und Ordnung zu rücken. Letztendlich wirkt die staatliche Politik sogar konfliktverschärfend, weil die in der Gesellschaft bestehenden Spannungen nicht als zu lösende Probleme, sondern als ungewünschte Gefährdung der inneren Stabilität wahrgenommen und dementsprechend „bearbeitet“ werden.

Einleitung

Die Wiederkehr des Ethnischen als dominierendes gesellschaftliches Strukturprinzip hat in Verbindung mit der Forderung nach politischer Selbstbestimmung auf dem Gebiet der ehemaligen UdSSR bereits zu mehreren blutigen Auseinandersetzungen geführt, die zum Teil kriegerische Ausmaße angenommen haben: Nagornyj Karabach, Tadschikistan und Abchasien sind hierfür nur die bekanntesten Beispiele. Ethnisch begründete Konflikte haben sich als besondere Gefahr für den Frieden und den erfolgreichen postkommunistischen Systemwechsel in ganz Osteuropa erwiesen, doch trugen die Meldungen über deren oft grausame Realität auch dazu bei, daß Politiker, Journalisten und Wissenschaftler überall „im Osten“, wo Menschen unterschiedlicher ethnischer Zugehörigkeit in einem Staatsverband zusammenleben, die Gefahr einer gewaltsamen Konfrontation heraufbeschwören. Analytiker bedienen sich immer wieder gerne der Metapher vom „Pulverfaß“, um die Konflikträchtigkeit ethnischer Heterogenität in staatlicher Einheit zu veranschaulichen.

In der vermeintlichen Logik dieser Perzeption gilt auch bzw. besonders Kasachstan als konfliktgefährdet, denn die Einwohnerschaft der jungen Republik im Herzen des eurasischen Kontinents setzt sich aus über 100 ethnischen Gruppen zusammen. Neben der ethnischen Vielfalt ist zudem eine dominante „bi-ethnische“, kasachisch-russische Bevölkerungsstruktur für das Land kennzeichnend - beide Gruppen stellen zusammen ca. 82 Prozent der Gesamtbevölkerung. Die multiethnische Einwohnerschaft wird inner- und außerhalb Kasachstans als Problem thematisiert, das den Fortbestand des Staates zu gefährden droht. Staatspräsident Nursultan Nazarbajev betont immer wieder, daß die Lösung der „nationalen Frage“ (nacional’nyj vopros) lebenswichtig für das Land sei, und das Urteil von Donald L. Horowitz, der angesichts der komplexen ethnographischen Struktur des Landes von einer „tief gespaltenen Gesellschaft“¹ spricht, steht stellvertretend für eine Fülle ähnlich lautender Expertenmeinungen.

Doch ebenso wie die meisten Autoren einerseits ein oft dramatisches Konfliktszenario entwerfen, Bürgerkrieg und Sezession voraussagen, müssen sie andererseits einräumen, daß sich Kasachstan bisher nicht zum „heißen Punkt“ auf der Karte der ehemaligen UdSSR entwickelt hat. Entgegen allen düsteren Prognosen ist der gesellschaftliche Frieden in Kasachstan bis zum heutigen Tag relativ stabil, und Umfragen bezeugen ein beachtliches Maß an interethnischer Toleranz unter der Bevölkerung. Auch die rasante wirtschaftliche Talfahrt, welche die Republik nach dem Zerfall der Unionsstrukturen erlebte, sowie der sinkende Lebensstandard großer Teile der Bevölkerung - Faktoren, die sonst häufig wie ein Katalysator für soziale Konflikte wirken - haben nicht zu einer grundlegenden Destabilisierung der interethnischen Beziehungen geführt.

Die Kluft zwischen prognostizierter und tatsächlicher Entwicklung in Kasachstan ist erklärungsbedürftig. Die meisten einschlägigen Analysen nennen äußere Einflüsse oder vermittelnde Instanzen als Ursachen für den interethnischen Frieden in der mittelasiatischen Republik. Neben dem Hinweis auf außenpolitische Zusammenhänge, genauer gesagt: auf die ökonomische und sicherheitspolitische Abhängigkeit Kasachstans vom „großen Bruder“ Rußland, die eine ethnozentrisch-kasachische Ausrichtung der Staatsführung und damit gravierende Spannungen zwischen Kasachen und Russen verhindere, argumentieren überkommene Erklärungsansätze vor allem aus der innenpolitischen Perspektive. Sie stellen Präsident Nazarbajev

¹ Horowitz, Donald L., *Ethnic Conflict Management for Policymakers*, in: Montville, Joseph (Hg.), *Conflict and Peacemaking in Multiethnic Societies*, New York 1991, S. 117

als Integrationsfigur und Garanten des Friedens dar, der mittels eines politischen Balanceaktes die Stabilität innerhalb der ethnisch gespaltenen und deshalb konflikträchtigen Gesellschaft wahre. Dabei verstehe er es, geschickt zwischen aufeinanderprallenden „kasachischen Interessen“ und „russischen Interessen“ zu vermitteln.

Die Schwäche solcher Argumentationen liegt nicht nur in deren Monokausalität, sondern vor allem darin, daß sie von einer problematischen Grundannahme ausgehen. Sie setzen voraus, daß Multiethnizität per se eine Konfliktursache darstellt und suchen deshalb nach „externen“ Faktoren, die dafür verantwortlich sein müssen, daß der, zumindest in latenter Form vorhandene, Konflikt nicht akut wird oder sogar eskaliert. Im folgenden wird die These vertreten, daß diese Wahrnehmung auf einer falschen Einschätzung dessen beruht, in welchem Zusammenhang ethnische Differenz und Konflikt zueinander stehen. Ethnische Heterogenität in staatlicher Einheit führt nicht zwangsläufig zu Konflikten. Diese entstehen erst dann, wenn Ethnizität durch die Verknüpfung mit politischen, ökonomischen oder kulturellen Interessen politisiert wird. Die Vorstellung von ethnischen Gruppen, die sich in einer Gesellschaft als einheitliche Akteure, als Gemeinschaften mit grundsätzlich gleicher Identität und gleichen Interessen konflikträchtig gegenüberstehen, entspricht ebenso wenig der Realität wie die Annahme, daß Ethnizität in allen postkommunistischen Staaten Osteuropas übergeordnete Bedeutung zukommt. Kasachstan muß im Kontext des Transformationsprozesses in den postkommunistischen Staaten als Beleg dafür betrachtet werden, daß sich Ethnizität nicht zwingend zum dominanten gesellschaftlichen Strukturprinzip entwickelt und ethnischer Nationalismus auch in nur abgeschwächter Form existieren kann, ohne eine massenwirksame Ideologie geworden zu sein. Die Gründe hierfür müssen vor allem aus der Innenperspektive analysiert werden, d. h. unter Berücksichtigung der spezifischen gesellschaftlichen und politischen Situation im Land selbst.

1 Die Politisierung ethnischer Differenz als Konfliktursache

Vor dem Hintergrund der territorialen Neuordnung des zerfallenden Vielvölkerreiches Sowjetunion bewerteten Analytiker das Zusammenleben „potenziell feindliche[r] Völker“² als höchst explosive Mischung: Ethnische Heterogenität in staatlicher Einheit bezeichneten sie als „potentielle Zeitbombe“³ oder „Pulverfaß“.⁴ Hinter einer solchen Einschätzung steht eine bestimmte Vorstellung über das Wesen und die Relevanz ethnischer Gemeinschaften. Ethnien werden als homogene Entitäten gedacht, die sich nicht nur über ein soziokulturelles Wertesystem definieren, sondern auch in der Lage sind, nach einem gemeinsamen Willen zu handeln. Das Verständnis von Ethnien als Identitäts-, Interessen- und Handlungsgemeinschaften führt zu der reduktionistischen Schlußfolgerung, ethnische Heterogenität mit einer Unvereinbarkeit von Werten und Interessen gleichzusetzen. Interessendivergenzen müßten damit zwangsläufig entlang ethnischer Grenzen verlaufen, die auf diese Weise zu potentiellen Konfliktlinien avancierten. Aus einer solchen Perspektive wären sogenannte „ethnische Konflikte“ Strukturkonflikte, denn inkompatible Interessen wären bereits in die Struktur multiethnischer Gesell-

² Brzezinski, Zbigniew, Postkommunistischer Nationalismus, in: Europa-Archiv, 24/1989, S. 735

³ Ebd.

⁴ Beckherrn, Eberhard, Pulverfaß Sowjetunion. Der Nationalitätenkonflikt und seine Ursachen, München 1990

schaften eingebaut, also systemimmanent und somit unvermeidlich. Auch wenn die Beteiligten es noch nicht realisiert hätten, so existierte der Konflikt doch schon in latenter Form.

Gegen eine solche Sichtweise spricht jedoch die empirische Erfahrung, die zeigt, daß Ethnizität in der „modernen Welt“ zwar ein zunehmend wichtiges Phänomen darstellt, aber dennoch nicht immer von Bedeutung ist, wenn Mitglieder ethnischer Gruppen untereinander oder mit Mitgliedern anderer Gruppen in Beziehung treten. Die Existenz multiethnischer Gesellschaften wie beispielsweise der Schweiz widerlegt außerdem eine kausale Verknüpfung von ethnischer Differenz und gewaltsamem Konflikt. Auch in bezug auf den Nationen- und Staatenbildungsprozeß in Osteuropa hat die Eruption des „Völkervulkans“ bisher nicht in den vielfach prognostizierten Dimensionen stattgefunden. Zwar wird die allgemeine Wahrnehmung von Ereignissen im ehemaligen Jugoslawien oder auch im Kaukasus bestimmt, doch tatsächlich ist der Prozeß nationalstaatlicher Sezession bisher vielerorts friedlich verlaufen.

Sogenannte „ethnische Konflikte“ ergeben sich nicht zwangsläufig aus dem divergierenden objektiven Interesse unterschiedlicher ethnischer Gruppen, weil ein solches objektives „ethnisches Interesse“ nicht existiert. Im folgenden wird von der Annahme ausgegangen, daß Ethnien als soziale Gemeinschaften nur dort relevant sind, wo deren Mitglieder sich selbst als zu einer solchen Gruppe zugehörig betrachten, sich selbst in ethnischen Kategorien definieren bzw. sich gegenüber Angehörigen anderer Ethnien abgrenzen. Nicht die Qualität der Unterschiede (Siedlungsgebiet, spezifische Mentalität, kulturelle Eigenarten wie Sprache, Religion, Bräuche etc.), auf denen ethnische Differenzierung basiert, ist elementar, sondern die Relevanz, die diesen Unterschieden eingeräumt wird. Die Tatsache, daß die Differenzierung nicht von sich aus (politische) Bedeutung besitzt, sondern ihr erst Bedeutung beigemessen werden muß, kann auch erklären, warum ethnische Grenzen nicht überall zu sozialen Spaltungslinien werden. Multiethnizität stellt demnach nicht von vornherein ein Konfliktpotential dar, sondern es bedarf immer „eines zusätzlichen Faktors oder des komplexen Zusammenwirkens mehrerer Faktoren, um ethnische Kriterien zu politisieren. Insofern gibt es keine ‘ethnischen’, sondern nur ‘ethnopolitische’ Konflikte.“⁵ Ethnopolitische Konflikte basieren auf subjektiven Interessen und werden erst in Einstellungen und im Verhalten der Beteiligten manifest.

Es sind die kollektiven Güter des Staates, die im Mittelpunkt ethnopolitischer Strategie stehen und sich gegebenenfalls zum Konfliktgegenstand entwickeln. In ethnische Kategorien werden konkrete Ziele eingekleidet - es geht dabei um politische Teilhabe, Wohlfahrtssteigerung und kulturelle Anerkennung. Offe spricht von den drei „R-Kategorien“ (politische **R**echte, ökonomische **R**essourcen, kulturelle **R**espektierung)⁶, die als Konfliktthemen in Betracht kommen. Neben der Durchsetzung der genannten Ziele haben ethnopolitische Konflikte darüber hinaus eine nicht zu unterschätzende identitätsstiftende Funktion. Nichts stärkt die innere Kohäsion einer Gemeinschaft so sehr wie die konflikthafte Abgrenzung nach außen gegenüber einer anderen Gruppe. Gewaltsame Konflikte oder gar Kriege mobilisieren in besonderem Maße ethnische Identität und prägen ethnisch definierte Freund-Feind-Bezüge.

Da Ethnopolitik in erster Linie nicht als „Selbstzweck“, sondern als Handlungsstrategie zur Durchsetzung konkreter Interessen zu verstehen ist, liegt die Schlußfolgerung nahe, daß es

⁵ Sapper, Manfred, Konflikte in der Transformation Europas: Zur Spezifik der Konfliktkonstellation und Konfliktkultur, in: Der Osten Europas im Prozeß der Differenzierung. Fortschritte und Mißerfolge der Transformation (Jahrbuch 1996/97 des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien [BIOst]), München/Wien 1997, S. 321 - 332, hier S. 326

⁶ Offe, Claus, Der Tunnel am Ende des Lichts. Erkundungen der politischen Transformation im Neuen Osten, Frankfurt a. M./New York 1994, S. 143

individuellen und kollektiven Akteuren durchaus rational erscheinen kann, sich einer solchen Taktik zu bedienen.⁷ Ethnopolitische Strategien können aufgrund einer Reihe erwünschter ökonomischer, politischer und militärischer Wirkungen ausgewählt werden, was sich exemplarisch am Transformationsprozeß in Osteuropa veranschaulichen läßt. Die Ethnisierung der Politik bot den nationalen Eliten die Möglichkeit, sich vom kommunistischen Regime zu distanzieren, ohne jedoch ihren Anspruch auf legitime Herrschaft aufgeben zu müssen. Ebenso diente einigen wenigen die Berufung auf ethnische Interessen zur Besitzstandswahrung und zur Mehrung materieller Ressourcen. Dies wurde anfangs durch den allgemeinen Enthusiasmus der Eigenstaatlichkeit begünstigt, weil dieser zunächst noch ein ideelles Gegengewicht zur sich verschärfenden volkswirtschaftlichen Krise bildete. Sogar im militärischen Bereich kann die Ethnisierung von Politik als „zweckrational“ gedeutet werden, ist ethnische Mobilisierung doch in der Lage, Kriegsziele zu legitimieren und die Opferbereitschaft der Bevölkerung zu erhöhen.⁸

Die Erfahrung zeigt, daß in der Regel zunächst Kultur- und Sprachpolitik als Kristallisationspunkte für die Politisierung ethnischer Differenz dienen. In dem eingeklagten Recht auf die Benutzung der eigenen Sprache, auf die Mitgestaltung der Erziehungsinstitutionen und auf gerechte Partizipation an der Kulturpolitik spiegelt sich der erwachte Wille zur Selbstbestimmung wider.⁹ Die Bereiche Kultur und Sprache besitzen deshalb ein hohes politisches Mobilisierungspotential, weil sie sehr stark mit Emotionen verknüpft bzw. verknüpfbar sind. Zudem verbindet sich besonders mit dem Streit um den offiziellen Status der eigenen Sprache mehr als nur der Drang nach kultureller Anerkennung. Mit der Sprachenfrage sind elementare ökonomische Interessen verknüpft, denn in der modernen Kommunikationsgesellschaft besitzt derjenige einen entscheidenden Vorteil, der die herrschende bzw. eine der herrschenden Verkehrssprachen als Muttersprache erlernt hat. So wird beispielsweise auf dem Arbeitsmarkt unter sonst gleichen fachlichen Bedingungen der Muttersprachler dem Fremdsprachler immer überlegen sein. Letzterer muß zudem viel Zeit und Geld aufwenden, um sich die Verkehrssprache anzueignen.¹⁰

Die Politisierung ethnischer Gruppengrenzen muß als Prozeß, nicht als spontanes Ereignis verstanden werden. Damit ethnische Differenz so mit politischer Bedeutung aufgeladen wird, daß daraus ein Konflikt erwächst, müssen Wimmer zufolge drei Bedingungen erfüllt sein: die Ethnisierung der staatlichen Bürokratie, das Vorhandensein sogenannter „blockierter Mittelschichten“ und die Entstehung klassenübergreifender ethnischer Blöcke.¹¹ Als ausführende Instanz im Policy-Zyklus fällt der Bürokratie bei der Umsetzung staatlicher Aufgaben entscheidende Bedeutung zu. Sie registriert, kontrolliert und verteilt Ressourcen. Vor allem die

⁷ Vgl. ebd., S. 146ff

⁸ Vgl. Sapper, Manfred, Konflikte in der Transformation Europas, S. 327

⁹ Vgl. Senghaas, Dieter, Wohin driftet die Welt? Über die Zukunft friedlicher Koexistenz, Frankfurt a. M. 1994, S. 84

¹⁰ Vgl. Jahn, Egbert, Nationalismus und Demokratie – Einheit oder Widerspruch? Untersuchungen der FKKS 4/1992, Frankfurt a. M. 1992, S. 19ff

¹¹ Vgl. Wimmer, Andreas: Interethnische Konflikte. Ein Beitrag zur Integration aktueller Forschungsansätze, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 47, 3/1995, S. 464 – 493. Wimmers Ansatz, der Analogien zu Hrochs Modell über die Entstehung von Nationalbewegungen aufweist, zeichnet sich vor allem dadurch aus, daß er der Ethnisierung der Bürokratie grundlegende Bedeutung beimißt. Die Möglichkeit zur direkten Einflußnahme auf den politischen Prozeß an den Schaltstellen der staatlichen Macht erhöht die Erfolgchancen einer politischen „Bewegung“ ungemein, was am Beispiel Kasachstan noch nachzuweisen sein wird.

„Distributionsgewalt“ macht es ihr möglich, eine gesellschaftliche Gruppe, beispielsweise eine ethnische Gemeinschaft, selektiv zu unterstützen. Die Verwaltungsstrukturen eignen sich zudem für den Aufbau ethnisch strukturierter klientelistischer Netzwerke. Durch gezielte Vergabe von Posten oder anderen Privilegien sichern sich Eliten die Loyalität der auf diese Weise Bevorzugten und zementieren damit ihre eigene Machtposition.

Öffentlich wirksam wird die Politisierung ethnischer Differenz allerdings erst dann, wenn sie in „blockierten Mittelschichten“ ein Sprachrohr findet. Dieter Senghaas hebt ebenfalls hervor, daß eine solche Politisierung vor allem in Situationen stattfindet, „in denen die Kluft zwischen neuen Lebenserwartungen und den absehbar realisierbaren Lebenschancen zunimmt“,¹² insbesondere dann, wenn die Aufwärtsmobilität von Individuen und Gruppen an strukturelle Grenzen stößt, die im überkommenen Herrschaftssystem, den Gesellschafts- oder Wirtschaftsstrukturen angelegt sind. Die Blockade erzeugt ein Gefühl der Benachteiligung, das von den gebildeten Mittelschichten als Diskriminierung politisiert werden kann. Die Forderungen zielen dabei zumindest auf die Beseitigung der empfundenen Ungerechtigkeit durch den bestehenden Staat, können aber auch die Existenz des Staates selbst in Frage stellen.

Solch „zurückgesetzten“ Mittelschichten kommt in der Mehrheit aller modernen Ethnizitätsbewegungen grundlegende Bedeutung zu. Sie sind in der Lage, „einen Unrechtsdiskurs [zu] formulieren, der auf die gedanklichen Fundamente des modernen Staatswesens wie Volkssouveränität und Rechtsgleichheit Bezug nimmt.“¹³ Ihre organisatorische Fähigkeit verleiht einer politischen Bewegung den nötigen langen Atem. Aber ebensowenig, wie eine dauerhafte ethnische Mobilisierung ohne politische Eliten denkbar ist, kann eine Ethnizitätsbewegung ohne ethnische Basis auskommen. Deshalb sieht Wimmer in der Entstehung klassenübergreifender ethnischer Blöcke die dritte Bedingung für eine durchgängige Ethnisierung des Politischen. Natürlich umfaßt eine solche Blockbildung nie alle Mitglieder einer ethnischen Gemeinschaft, weshalb es immer falsch ist, ethnopolitische Konflikte als Konfrontationen zwischen ganzen Ethnien darzustellen. Ethnopolitische Konflikte sind eher Auseinandersetzungen, „bei denen eine ethnisch-nationalistische Freund-Feind-Semantik dominiert und entsprechende politische Loyalitätsbeziehungen erwartet und auch realisiert werden.“¹⁴

Ob Ethnizitätsbewegungen entstehen und ob sich ethnische Grenzen zur Konfliktlinie entwickeln, hängt auch vom jeweiligen politischen System ab. Die Vermutung liegt zunächst nahe, daß sich die liberal-demokratische Staatsform besser als die autoritäre dazu eignet, ethnische Loyalitäten durch die Etablierung „supraethnischer“ Integrationsmodelle auf der Grundlage eines Staatsbürgernationalismus aufzulösen. Allerdings haben die realpolitischen Entwicklungen der letzten Jahre gezeigt, daß auch in fest gefügten Demokratien fast schon totgeglaubte ethnonationale Bestrebungen wieder zum Leben erwachen, so beispielsweise in Kanada (Quebecois), Belgien (Flamen), Großbritannien (Schotten) oder Italien (Norditalien bzw. Lombardei). Demokratie „schützt“ also nicht generell vor der Politisierung ethnischer Differenz, doch bieten liberal-demokratische Systeme eher die Chance, ethnopolitische Konflikte zu zivilisieren, indem diese in den politischen Prozeß eingebunden, also verrechtlicht und institutionalisiert werden. Eine Konfliktregelung wird auf der Grundlage von Kompromißfindung und evtl. auch durch Aufspaltung der staatlichen Macht angestrebt. Autoritäre Regime hingegen vermögen zwar durch zentralisierte Steuerung und unter Androhung bzw. Anwendung von Gewalt die Entstehung von Ethnizitätsbewegungen zu verhindern, doch kommen

¹² Senghaas, Dieter, *Wohin driftet die Welt*, S. 84

¹³ Wimmer, Andreas, *Interethnische Konflikte*, S. 470

¹⁴ Ebd., S. 473

solche Maßnahmen lediglich einer Unterdrückung des Konfliktes gleich und tragen nicht zur konstruktiven Konfliktregulierung bei. Die Stabilität eines solchen Systems der Konfliktunterdrückung ist stark davon abhängig, wie effektiv die Staatsgewalt ausgeübt werden kann. Im Falle einer Schwächung der Zentralmacht ist die Wahrscheinlichkeit hoch, daß der Konflikt dann gewaltsam eskaliert.

Es wurden Voraussetzungen genannt, unter denen sich kulturelle Differenzen konfliktiv aufladen und Ethnien als politische Schicksalsgemeinschaften erscheinen. Für die Fallstudie Kasachstan gilt es zu überprüfen, inwieweit die wahrgenommene ethnische Teilung des Landes tatsächlich politisch relevant ist. Dazu muß zunächst gefragt werden, ob die von außen wahrgenommenen ethnischen Kategorien mit den selbst zugeschriebenen Identitäten übereinstimmen. Eine reale Einschätzung des Konfliktpotentials, das sich aus der multiethnischen Bevölkerungsstruktur Kasachstans ergibt, ist nur möglich, wenn man untersucht, in welchem Maße überhaupt von einer Politisierung ethnischer Differenz in der mittelasiatischen Republik gesprochen werden kann, wie weit sie fortgeschritten ist und welche Faktoren (bzw. Akteure) sie behindern oder auch vorantreiben.

2 Kasachstan – ein ethnisch gespaltenes Land?

2.1 Überkommene Wahrnehmungsmuster

Der Zerfall der Sowjetunion und die Auseinandersetzung mit nunmehr 15 souveränen Staaten veranlaßte die Weltgemeinschaft, auch Kasachstan gleichsam neu zu entdecken und in neue politische, ökonomische und kulturelle Zusammenhänge einzuordnen. Bei der Wahrnehmung der innenpolitischen und innergesellschaftlichen Situation Kasachstans herrschte dabei von Anfang an das Perzeptionsmuster eines jungen, ungefestigten Staates vor, dessen territoriale Integrität durch innere Gegensätze in Frage gestellt wird. Diese Gegensätze ergeben sich - so der Grundgedanke der meisten Analysen - aus der multiethnischen Bevölkerungsstruktur des Landes. In Kasachstan leben mehr als einhundert ethnische Gruppen unter einem staatlichen Dach.¹⁵ Eine weitere Besonderheit neben der großen ethnischen Vielfalt ist die Tatsache, daß die Kasachen als sogenannte Titularnation bis vor kurzem nicht die absolute Mehrheit der Bevölkerung stellten.¹⁶ Beim letzten sowjetischen Zensus im Jahre 1989 waren von den knapp 16,5 Millionen Einwohnern der Kasachischen SSR lediglich 39,7 Prozent ethnische Kasachen. Der Anteil der Russen an der Gesamtbevölkerung betrug zu diesem Zeitpunkt 37,8 Pro-

¹⁵ Die Angaben über die genaue Zahl der in Kasachstan lebenden ethnischen Gruppen schwanken: Während das Statistische Bundesamt lediglich „Menschen aus fast 100 verschiedenen Volkszugehörigkeiten“ unterscheidet (vgl. Länderbericht Kasachstan 1994, Wiesbaden 1995, S. 37), liegen die ansonsten verfügbaren Zahlen jenseits der einhundert. In seiner Rede auf der ersten Sitzung der ‘Versammlung der Völker Kasachstans’ sprach Staatspräsident Nursultan Nazarbajev von „120 Nationalitäten“ (vgl. Strany i narody vernutsja na put’ integracii. Etnopolitičeskij prognoz Nursultana Nazarbajeva, in: Nezavisimaja Gazeta, 12.04.1995). In anderen Quellen ist von mehr als „120 Nationen und Völkerschaften“ (vgl. Šaimerdenova, Ljazzat, Assambleja narodov Kazachstana - novyj institut obščestvenno-političeskoj konsolidacii, in: Kazachstanskaja pravda, 13.06.1997) bzw. von „131 Nationalitäten“ (vgl. Abdygaliev, Berik, Gosudarstvennaja politika i mežnacional’nye otnošenija v Respublike Kazachstan, Almaty 1996, S. 5) die Rede.

¹⁶ 1997 hat der Anteil der Kasachen an der Gesamtbevölkerung zum ersten Mal seit 1926 wieder die ‚magische‘ 50%-Marke erreicht. Vgl. Tabelle 1 im Anhang.

zent und war damit beinahe ebenso groß. Von den übrigen Ethnien stellten Deutsche (5,8 Prozent), Ukrainer (5,4 Prozent), Usbeken (2,0 Prozent) und Tataren (2,0 Prozent) die größten Gruppen.

Im Dezember 1986 horchte die Weltöffentlichkeit zum ersten Mal auf und richtete für kurze Zeit ihre Aufmerksamkeit auf die Kasachische SSR, als aus deren Hauptstadt Alma-Ata (heute: Almaty) gewalttätige Ausschreitungen gemeldet wurden. Mehrere tausend Menschen waren spontan auf die Straße gegangen, um gegen Moskaus Entscheidung zu demonstrieren, den langjährigen ersten Parteisekretär der KP Kasachstans, Dinmuchamed Kunaev, seines Amtes zu entheben und durch den unbekanntenen Russen Gennadij Kolbin zu ersetzen, der zuvor keinerlei Beziehungen zu Kasachstan gehabt hatte. Beim „Schock von Alma-Ata“¹⁷ handelte es sich um die ersten Republiksunruhen während der Perestrojka, die später retrospektiv als Overtüre des Desintegrationsprozesses der Sowjetunion interpretiert wurden. Trotz der vielfach ungeklärten Hintergründe und strittigen Fakten bewerteten Analytiker die Proteste als anti-russische Demonstration, als erste Manifestation eines erwachenden kasachischen Nationalismus.

Vor dem Hintergrund jener Ereignisse galt das zentralasiatische Land von Beginn seiner Eigenstaatlichkeit an als potentielle Krisenregion, und spätestens seitdem Kasachstan am 16. Dezember 1991 als letzte der Sowjetrepubliken die staatliche Unabhängigkeit erklärte, wird sowohl seine ethnische Vielfalt als auch die dominante bi-ethnische kasachisch-russische Bevölkerungsstruktur thematisiert und problematisiert. Während kasachstanische¹⁸ Politiker in der ethnographischen „Einzigartigkeit“¹⁹ des Landes nicht nur Gefahren, sondern auch Chancen für die eigenstaatliche Entwicklung sehen, betonen vor allem russische, aber auch US-amerikanische Analytiker das Konfliktpotential, welches sich aus der ethnischen Heterogenität Kasachstans ergibt. Horowitz' Sichtweise einer tief gespaltenen Gesellschaft findet sich in vielen Darstellungen wieder, die zuweilen den Eindruck vermitteln, als sei der Ausbruch eines ethnisch motivierten Bürgerkrieges und der Zerfall Kasachstans in seine „ethnischen Bestandteile“ nur eine Frage der Zeit. So urteilt A. G. Osipov: „Die Wahrscheinlichkeit ist hoch, daß sich die Ereignisse gemäß des ‘bosnischen’ Szenarios entwickeln werden - beidseitige ‘ethnische Säuberungen’ und im Ergebnis - die Aufteilung des Territoriums.“²⁰

Die aktuellen demographischen Entwicklungen in Kasachstan werden als Beleg für die Virulenz der interethnischen Beziehungen angeführt. Seit Beginn der neunziger Jahre sind mehr

¹⁷ So lautet der Titel einer Analyse von Uwe Halbach zu den Ereignissen im Dezember 1986. Vgl. ders., Perestrojka und Nationalitätenproblematik. Der Schock von Alma-Ata und Moskaus gespanntes Verhältnis zu Mittelasien. Berichte des BIOst 38/1987, Köln 1987

¹⁸ Die Wortschöpfung „kasachstanisch“ (*kazachstanskij*) ist ein Produkt der staatlichen Unabhängigkeit, genauer gesagt, der Staatsbürgerschaftsfrage, und bezeichnet alle auf dem Territorium der Republik Kasachstan lebenden Staatsbürger Kasachstans, unabhängig von ihrer ethnischen Zugehörigkeit. Demgegenüber umfaßt der Begriff „kasachisch“ (*kazachskij*) alle ethnischen Kasachen, die in Kasachstan oder auch im Ausland leben.

¹⁹ Der Verweis auf die ethnographische „*unikal'nost'*“ (Einzigartigkeit) ist bereits zum universellen politischen Schlagwort in Kasachstan geworden. Es kann einerseits verwendet werden, um Entwicklungshemmnisse zu rechtfertigen, andererseits dient es als „Zauberformel“, die Entwicklungsmöglichkeiten in Aussicht stellt.

²⁰ Sovremennaja obščestvenno-političeskaja situacija v Srednej Azii i Kazachstane. Rossijskaja akademija nauk, institut etnologii i antropologii. Issledovanija po prikladnoj i neotložnoj etnologii, No. 50, Moskva 1993, S.8

als 1,35 Millionen Menschen aus Kasachstan emigriert²¹, darunter hauptsächlich ethnische Russen, Deutsche und Angehörige anderer „europäischer Nationalitäten“. Im gleichen Zeitraum kehrten ca. 138.000 Kasachen²² vor allem aus der Mongolei, China und den zentralasiatischen Republiken in ihre ethnische Heimat zurück - unterstützt durch ein Repatriierungsprogramm der kasachstanischen Regierung. 1994 erreichte die Ausreisewelle ihren Höhepunkt, als 480.000 Menschen - darunter 283.000 Russen - Kasachstan verließen. Seitdem sind die Emigrationsziffern allerdings erheblich gefallen.²³ Eine verstärkte Süd-Nord-Wanderung von Russen innerhalb Kasachstans in den vergangenen Jahren führte außerdem dazu, daß sich die ethnische „Teilung“ des Landes verstärkte. Zwar kann man nicht von einem ausschließlich russischen Norden und einem ausschließlich kasachischen Süden sprechen, doch ist es so, daß sich der Großteil der russischen Bevölkerung in Nordkasachstan, also im Grenzraum zu Rußland konzentriert. 1995 stellten die Russen in drei nördlichen Verwaltungsbezirken (Nordkasachstan, Karaganda, Ostkasachstan) die absolute Bevölkerungsmehrheit und in vier weiteren (Akmola, Kokşetau, Kustanaj, Pavlodar) die zahlenmäßig stärkste ethnische Gruppe.²⁴

Die Emigration der „Europäer“ aus Kasachstan wird gemeinhin als Folge wachsender Spannungen innerhalb der interethnischen Beziehungen dargestellt, die wiederum aus einem zunehmenden kasachischen Nationalismus resultieren: „Einst als Paradigma sowjetischer Völkerverständigung gepriesen, offenbart die ehemalige Unionsrepublik [...] heute in zunehmendem Maße nationalistische Tendenzen innerhalb der kasachischen Bevölkerung. Eine Folge davon ist die Massenemigration der russischsprachigen Bevölkerung [...]“²⁵ Gemäß der meisten Erklärungsansätze, die aus der innenpolitischen Perspektive argumentieren, ist es einzig dem Staatspräsidenten Nursultan Nazarbajev und seiner starken politischen Position zu verdanken, daß es in Kasachstan bisher nicht zu größeren, gewalttätigen Auseinandersetzungen gekommen ist. Nazarbajevs politischer „Drahtseilakt“ suche den Ausgleich zwischen den im Widerspruch zueinander stehenden Interessen der unterschiedlichen ethnischen Gruppen und wahre auf diese Weise die Stabilität innerhalb der kasachstanischen Gesellschaft.²⁶ Der Präsi-

²¹ Vgl. Kazakhstan Grapples With Migration Dilemmas, in: The Forced Migration Monitor, No. 18, July 1997, S. 4

²² Vgl. ITAR-TASS, 6.1.1997, zitiert nach: Deutsche Welle-Monitordienst

²³ Nach Angaben des Staatlichen Komitees für Statistik und Analyse der Republik Kasachstan verließen im Jahre 1995 309.632 Menschen Kasachstan, davon 160.883 Russen, 82.657 Deutsche und 22.204 Ukrainer. Vgl. Itogi migracii naselenija po respublike Kazachstan. Goskomstat, Almaty 1995. Im Jahre 1996 wanderten nur noch 229.412 Menschen (darunter 120.427 Russen, 58.966 Deutsche, 16.459 Ukrainer) aus Kasachstan aus, während die Zahl der Auswanderer im Jahr 1997 wieder auf 299.455 Menschen (darunter 174.616 Russen, 49.505 Deutsche, 29.080 Ukrainer) anstieg. Vgl. Statističeskij bjulleten' 2/1998. Nacional'noe statističeskoe agentstvo, Almaty 1998, S. 22. 1998 verließen 203.093 Menschen das Land (darunter 124.494 Russen, 38.460 Deutsche, 20.243 Ukrainer). Vgl. Agentstvo Respubliki Kazachstan po statistike: Kazachstan i strany SNG, Almaty 1999, S. 35 und Statističeskoe obozrenie Kazachstana, 1/1999, Almaty 1999, S. 10. Obwohl im Vergleich zu 1995 ein deutliche Abnahme der Emigration zu verzeichnen ist, bleibt die Zahl der jährlichen Auswanderer auf einem konstant hohen Niveau.

²⁴ Zur Bevölkerungsverteilung Kasachen - Russen nach Gebieten (*oblasti*) im Jahre 1995 siehe Tabelle 2 im Anhang.

²⁵ Breuer, Margit, Kasachstan wird kasachisch. Emigration der russischsprachigen Bevölkerung, in: Osteuropa, 45, 6/1995, A 341

²⁶ So urteilt beispielsweise Martha Brill Olcott: „Die enorme Popularität Nursultan Nazarbajevs [...] ist bisher eine Quelle politischer Stabilität in seiner Republik gewesen.“ Vgl. dies., Kazakhstan: a republic of minorities, in: Bremmer, Ian/Taras, Ray (Hg.), Nation and politics in the Soviet successor states, Cambridge 1993, S. 313 - 330, hier S. 313

dent selbst tut auch alles, um das In- und Ausland in dem Eindruck zu bestärken, als sei es allein sein persönliches Verdienst, daß es in Kasachstan bisher nicht zu den befürchteten Nationalitätenunruhen gekommen ist.

Ist aus Kasachstan, dem ehemaligen „Laboratorium der Völkerfreundschaft“, tatsächlich eine „Sprengladung“, eine tickende „Zeitbombe“ geworden? Sicherlich könnte man dem entgegenhalten, daß die sowjetische Präsentation der Kasachischen SSR ideologisch „geschönt“ war und den Propagandisten eines sowjetischen Internationalismus als Vorzeigebispiel diente, um das Heranreifen eines neuen Kulturtypus, des Sowjetmenschen, zu belegen. Doch was kam zum Vorschein, nachdem der schwere Schleier des Marxismus-Leninismus gelüftet worden war? Entspricht das Bild vom „Völkervulkan“ der ungeschönten Realität? Die heutigen Untersuchungen nehmen für sich in Anspruch, entideologisiert zu sein und den „wahren“ Ist-Zustand zu erfassen. Aber hinter einer Darstellungsweise, die eine Gesellschaft pauschal nach ethnischen Gruppen auseinanderdividiert und ethnische Gruppengrenzen mit Konfliktlinien gleichsetzt, verbergen sich letztendlich auch ideologische - nämlich nationalistische - Denkschemata. Es sind Nationalisten, die ethnische Antagonismen konstruieren, um damit ihre Zielsetzungen zu rechtfertigen. Die mehr oder weniger unreflektierte Übernahme dieser Perspektive in die wissenschaftliche Analyse und in die öffentliche Meinung erscheint deshalb fahrlässig. Es handelt sich dabei um eine reduktionistische Darstellung, die komplexere Zusammenhänge verdeckt und nur einen kleinen Ausschnitt eines Gesamtbildes beleuchtet. Sicherlich ist sie griffig: die Kasachen hier, die Russen da - und der Präsident als Klammer, die alles zusammenhält. Dieses Schema vermittelt den Eindruck von Überschaubarkeit und einer klaren Rollenverteilung, erfaßt jedoch die tatsächliche innenpolitische und innergesellschaftliche Situation in Kasachstan nur ungenügend. Wie wenig aussagekräftig die bloße Gegenüberstellung ethnischer Kategorien ist, soll im folgenden anhand des so häufig thematisierten kasachisch-russischen Antagonismus gezeigt werden.

2.2 Die vieldeutige Eindeutigkeit des kasachisch-russischen Gegensatzes

Die kasachisch-russischen Beziehungen sowie der Gegensatz zwischen „kasachischen Interessen“ und „russischen Interessen“ stehen im Mittelpunkt vieler Betrachtungen über Kasachstan.²⁷ Der Tatsache, daß zwei Ethnien zahlenmäßig dominant und annähernd gleich groß sind, messen die meisten Autoren grundlegende Bedeutung bei - allerdings auf völlig verschiedene Art und Weise. Vergleicht man die unterschiedlichen Interpretationen zu ein und demselben Tatbestand, stößt man schnell auf Widersprüchlichkeiten. Einerseits wird die kasachisch-russische Bevölkerungsstruktur als besonders problematisch eingestuft: Rustem Kadyrżanov behauptet, daß solche Systeme das größte Konfliktpotential enthielten.²⁸ Andererseits soll eben jenes paritätische Verhältnis dafür verantwortlich sein, daß es in Kasachstan bisher nicht zu Blutvergießen zwischen Kasachen und Russen gekommen ist: „Der ethnische Frieden in Kasachstan ist sehr zerbrechlich und existiert hauptsächlich wegen der quantitati-

²⁷ Stellvertretend für eine Fülle solcher Darstellungen sollen hier lediglich zwei Titel exemplarisch angeführt werden: Kaiser, Robert/Chinn, Jeff, Russian-Kazakh Relations in Kazakhstan, in: Post-Soviet Geography, 36, 5/1995, S. 257 - 273; Buřkov, Valentin I./Sitnjanskij, Georgij Ju., Russen und Russischsprachige in Zentralasien. Sonderveröffentlichung des BIOst 2/97, Köln 1997

²⁸ Vgl. Kadyrşanow, Rustem, Die ethnopolitische Situation im multiethnischen Kasachstan. Berichte des BIOst 4/1996, Köln 1996, S. 9

ven Gleichheit der beiden größten ethnischen Gruppen.“²⁹ Besaß diese Argumentation zu Beginn der neunziger Jahre zumindest noch eine faktische Grundlage, ist sie heute allein schon aufgrund der veränderten demographischen Situation fragwürdig geworden. Denn die bereits angesprochenen Migrationsprozesse sowie das hohe natürliche Bevölkerungswachstum der kasachischen Bevölkerung, das jenes der Russen weit übertrifft,³⁰ haben dazu geführt, daß sich das zahlenmäßige Verhältnis zwischen Kasachen und Russen stark zugunsten der Titulnation verschoben hat. Standen 1989 6,2 Millionen Russen 6,5 Millionen Kasachen gegenüber, so ist die Zahl der ethnischen Kasachen bis zum Jahr 1997 auf 8 Millionen (51 Prozent der Gesamtbevölkerung) angewachsen, während die russische Bevölkerungsgruppe auf 5,1 Millionen (32 Prozent) zusammenschrumpfte. Von einem quantitativen Gleichgewicht kann demnach heute nicht mehr gesprochen werden, was gemäß Khazanov eine Destabilisierung der Situation zur Folge haben müßte. Eine solche Entwicklung läßt sich jedoch real nicht belegen.

Insbesondere kasachische Wissenschaftler argumentieren gegenläufig. Sie sehen gerade in den rapiden demographischen Veränderungen eine Möglichkeit, die „ethnische Rivalität“ zwischen Russen und Kasachen zu beenden, ohne daß es dabei zu einer direkten Konfrontation kommen müsse. Die Zeit erscheint dabei als wichtigster Verbündeter der Kasachen. Der Politologe Tatimov charakterisiert in terminologischer Anlehnung an Oswald Spenglers „Untergang des Abendlandes“ die Kasachen als „junge“ und die Russen als „alte“ Nation.³¹ Tatsächlich ist das Durchschnittsalter der Kasachen mit 26 Jahren wesentlich jünger als das der Russen, das bei 50 Jahren liegt.³² Tatimov zufolge befindet sich in einer Konkurrenzsituation der Vorteil immer auf seiten der jungen Nation, weil deren natürliches Zuwachspotential (Geburtenrate) höher sei. Auf lange Sicht werde sich der kasachisch-russische Gegensatz auf natürlichem, unblutigem Weg von selbst entschärfen, weil die Russen gegenüber der Titulnation immer mehr an Boden (im wahrsten Sinne des Wortes) verlören. Pål Kolstø faßt Tatimovs Ansatz pointiert in der Bemerkung zusammen: „Die ethnische Schlacht [...] wird im Schlafzimmer ausgefochten, wo die Kasachen zwangsläufig siegreich sein werden.“³³ Aber auch das von den kasachischen Experten entworfene Szenario kann leicht „auf den Kopf gestellt“ werden, indem man genau entgegengesetzt argumentiert: Wenn die Russen in Kasachstan realisieren, daß sie vis à vis der Titulnation unaufhaltsam demographische und politische Stärke einbüßen, könnten sich russische Nationalisten dazu genötigt fühlen zu handeln, bevor es zu spät ist, und drastischere Maßnahmen gegen die fortschreitende Kasachisierung beschließen.

Je nach Interpretation kann die quantitative Parität zwischen Kasachen und Russen als eskalationsverhindernd oder eskalationsfördernd wahrgenommen werden. Sicherlich spielt die Frage

²⁹ Khazanov, Anatoly M., Ethnic Stratification and Ethnic Competition in Kazakhstan, in: ders., After the USSR. Ethnicity, Nationalism, and Politics in the Commonwealth of Independent States, Madison/ London 1995, S. 156 - 173, hier S. 168

³⁰ Im Jahr 1996 betrug der Koeffizient des natürlichen Bevölkerungswachstums (errechnet aus dem Verhältnis zwischen Geburten- und Sterblichkeitsrate) à 1.000 Einwohnern bei den Kasachen +13,5, bei den Russen hingegen -4,9. Vgl. Soobščaeť Nacstatagentstvo. O demografičeskom položenii v 1995 - 1996 gg., in: Kazachstanskaja pravda, 27.5.1997

³¹ Vgl. Tatimov, M. B., Das Bevölkerungswachstum des kasachischen Volkes. Unveröffentlichtes Manuskript in deutscher Sprache, Almaty 1995, sowie Kolstø, Pål, Anticipating Demographic Superiority: Kazakh Thinking on Integration and Nation Building, in: Europe-Asia Studies, 50, 1/1998, S. 51 - 69, hier S. 62f.

³² Vgl. Kadyrshanow, Rustem, Die ethnopolitische Situation, S. 13f.

³³ Kolstø, Pål, Anticipating Demographic Superiority, S. 62

nach Mehr- bzw. Minderheiten bei ethnisch motivierten Auseinandersetzungen eine Rolle, doch Analysen, die lediglich Bevölkerungsstatistiken miteinander vergleichen und daraus Schlußfolgerungen hinsichtlich des Konfliktpotentials bzw. des Konfliktverlaufs ziehen wollen, sind nur von geringem analytischen Wert, denn sie übersehen einen viel grundlegenden Aspekt. Anstatt nach dem zahlenmäßigen Verhältnis zwischen Russen und Kasachen muß zunächst danach gefragt werden, welche politische Bedeutung ethnische Differenz besitzt.

Viele Autoren erweitern den kasachisch-russischen Gegensatz, um die Bipolarität der kasachstanischen Gesellschaft noch deutlicher herauszustellen. Sie fassen unterschiedliche Bevölkerungsgruppen zu einer „Superethnie“ zusammen und begründen dies, indem sie auf „Verwandtschaftsbeziehungen“ (Russen, Ukrainer, Weißrussen etc. = Slawen) oder gemeinsame Interessen („Nicht-Kasachen“) verweisen. So wird je nach Autor aus dem russisch-kasachischen Gegensatz ein kasachisch-‘nicht-kasachischer’, slawisch-kasachischer, russischsprachig-kasachischer, russischsprachig-kasachischsprachiger oder auch ein christlich-islamischer Gegensatz. Keine dieser Kategorisierungen umfaßt die gleiche Personengruppe; was die eine Gegenüberstellung voneinander trennt, faßt die andere unter einem gemeinsamen Namen zusammen. Die von den Einteilungen suggerierte Eindeutigkeit der Verhältnisse in Kasachstan wird schon allein dadurch in Frage gestellt, daß die Einteilungen nicht deckungsgleich sind, sondern von Autor zu Autor variieren. Manchmal herrscht nicht einmal Übereinstimmung darüber, wen oder was eine ethnische Kategorie überhaupt bezeichnet. Dies soll kurz am Beispiel der „Russischsprachigen“ verdeutlicht werden.

Der Begriff „Russischsprachige“ findet sich in beinahe jeder Untersuchung über die politischen und sozialen Verhältnisse in Kasachstan wieder. Er bezeichnet in jedem Fall eine Zusammenfassung von Menschen zu einer „Einheit“ aufgrund des gemeinsamen Merkmals Sprache. Beim genaueren Hinsehen allerdings ist diese Kategorie alles andere als eindeutig. So spricht Saulesh Esenova von „*Russian-speakers*“ im Sinne von „*non-Kazakhs*“. Unter den Terminus „Russischsprachige“ fallen bei ihr demnach alle Nicht-Kasachen, die sprachlich russifiziert sind, also beispielsweise auch die in Kasachstan lebenden Deutschen, Juden oder Koreaner. Esenova erwähnt zwar in ihrem Aufsatz, daß ca. 30 Prozent der ethnischen Kasachen nur Russisch sprechen,³⁴ trotzdem zählt sie jene nicht zu den „Russischsprachigen“.³⁵ Kadyrżanov zieht den Kreis der unter diese Bezeichnung fallenden Personen noch enger: Er verwendet „Russischsprachige“ als Synonym für Slawen, meint also außer den ethnischen Russen in erster Linie Ukrainer und Weißrussen (nicht aber sprachlich russifizierte Deutsche, Koreaner etc.). Bezug nehmend auf A. B. Galiev begründet er diese Zusammenfassung mit der Kultur und Mentalität der Ukrainer und Weißrussen, die dem Russentum naheständen.³⁶ Die am weitesten gefaßte Definition des Begriffes liefert Konstantin Dmitriev: „Russischsprachige sind Menschen, die nicht [notwendigerweise] ethnische Russen sind, jedoch zu Hause Russisch sprechen und in manchen Fällen die Sprache ihrer eigenen ethnischen Gruppe nicht fließend beherrschen.“³⁷ Diese Definition von „Russischsprachigen“ ist die einzige, die wirk-

³⁴ Andere Schätzungen schwanken zwischen 28% und 40%. Vgl. Dave, Bhavna, National Revival in Kazakhstan: Language Shift and Identity Change, in: Post-Soviet Affairs, 12, 1/1996, S. 154f.

³⁵ Vgl. Esenova, Saulesh, The Outflow of Minorities from the Post-Soviet State: The Case of Kazakhstan, in: Nationalities Papers, 24, 4/1996, S. 691 - 707, hier: S. 692f.

³⁶ Vgl. Kadyrşanow, Rustem, Die ethnopolitische Situation, S. 9

³⁷ Dmitriev, Constantine, Hostages of the Former Soviet Union, in: Transition, 2, 1/1996, S. 17 - 26, hier S. 19

lich nur die konkrete Sprachsituation zugrunde legt und nicht linguistische mit ethnokulturellen Kriterien vermischt.

Die Gegenüberstellung ethnischer Kategorien im Sinne binärer Oppositionen suggeriert zum einen die Homogenität ethnischer Gruppen und zum anderen deren eindeutige Abgrenzbarkeit voneinander. Doch schon die Unterschiedlichkeit der Kategorisierungen führt diese Behauptung ad absurdum. Vielmehr erscheinen die hier aufgedeckten Inkonsistenzen als ein Beleg dafür, daß die von außen aufgelegten „ethnischen Schablonen“ zu statisch sind, um die in der kasachstanischen Gesellschaft existierenden Brüche und Bindungen vollständig erfassen zu können. Der unterschiedliche Zuschnitt der Kategorien muß als Anzeichen dafür gewertet werden, daß Spaltungslinien auf mehreren Ebenen existieren und die Teilung in ein russisches und ein kasachisches „Lager“ der Komplexität der Situation nicht gerecht wird.

2.3 Die Segmentierung der kasachstanischen Gesellschaft

Eine Analyse ethnischer Identitäten in Kasachstan zeigt, daß Angehörige der gleichen ethnischen Gruppe oft ganz unterschiedliche oder sogar widersprüchliche sprachliche, kulturelle, soziale und ökonomische Interessen haben. Es existieren ebenso wenig das Kasachentum und die kasachischen Interessen wie das Russentum und die russischen Interessen. So grenzt sich beispielsweise die kasachische, meist russischsprachige Stadtbevölkerung entschieden von jenen aus ihrer Sicht unkultivierten Kasachen ab, die in immer größerer Zahl vom Land in die urbanen Zentren drängen, meist nur kasachisch sprechen und in der Regel ein niedrigeres Bildungsniveau besitzen. In Lebensweise und Wertvorstellungen besteht häufig eine größere Übereinstimmung zwischen kasachischen „Städtern“ und den Russen als zwischen dem urbanen und dem ruralen Teil der kasachischen Bevölkerung. Auch die russischen Kasachstaner geben in bezug auf ihre Identität und ihre Integrationsbereitschaft in den kasachstanischen Staat ein eher uneinheitliches Bild ab. Während z. B. jene Russen, deren Familien schon seit mehreren Generationen in Kasachstan leben, oft sehr stark mit dem Land verwurzelt sind, dort bleiben wollen und deshalb die kasachstanische Staatsbürgerschaft angenommen haben, bereitet es besonders jenen Russen, die in der ersten Generation in Kasachstan leben, Probleme, den fremden, nicht-russischen Staat zu akzeptieren. Sie waren meist nach dem 2. Weltkrieg als Industriespezialisten oder Landarbeiter dorthin gekommen, fühlten sich als „entsandte“ Sowjetbürger und entwickelten nur eine schwache Bindung an Kasachstan, weshalb sie sich heute oft zur Auswanderung - zumeist nach Rußland - entschließen.

Sowohl hinsichtlich der Relevanz als auch des Inhalts der ethnischen Selbstdefinition bestehen teilweise erhebliche Unterschiede, was die Umdeutung von Ethnizität in politisch relevante, ethnonationale Interessen erschwert. Gerade bei der kasachischen Landbevölkerung ist eine ethnonationale Identität, also ein politisches Bewußtsein bezüglich der Einheit aller Kasachen nur schwach ausgeprägt. Mit dem Attribut „kasachisch“ verbindet sich dort eher eine kulturelle Zuordnung, die das nomadische Erbe und islamische Normen umfaßt. Zudem wird im Alltag der ruralen Bevölkerung die ethnische Selbstzuschreibung oft von anderen, traditionellen Gemeinschaftsbezügen wie familiären und tribalen Zusammenhängen überlagert. Im urbanen Milieu dagegen ist ethnische Selbstzuschreibung in höherem Maße präsent und auch als politische Bewußtseinsform existent. Neben einer national gesinnten Intelligenz sind es vor allem Studenten und die Zuwanderer aus den ländlichen Gebieten, die sich selbst in ethnischen Kategorien definieren.

Die Einschränkung der allgemeinen Wahrnehmung auf ethnische Kategorien hat außerdem zur Folge, daß andere Identitätsbezüge und Spaltungslinien innerhalb der kasachstanischen Gesellschaft völlig ausgeblendet werden und bei der Analyse keine Beachtung finden. Ethnische Zugehörigkeit ist jedoch lediglich einer von verschiedenen, die kasachstanische Gesellschaft horizontal und vertikal spaltenden Gruppenbezügen. Zu den wichtigsten dieser „*cross-cutting cleavages*“ gehört zweifelsohne die sozioökonomische Schichtung. Durch die Auswirkungen des „*rassloenie*“, der sozialen Differenzierung, die der wirtschaftliche Niedergang Kasachstans nach dem Zerfall der Sowjetunion mit sich brachte, hat diese Spannungslinie innerhalb der kasachstanischen Gesellschaft noch deutlich an Brisanz hinzugewonnen. Die fortschreitende Einkommensdifferenzierung sowie das Auseinanderklaffen zwischen einer dünnen, äußerst wohlhabenden Oberschicht und einer breiten, zunehmend verarmenden Masse der Bevölkerung stellen in Kasachstan derzeit das dringlichste soziale Problem dar. Ihre übergeordnete Relevanz bezieht die sozioökonomische Spaltung aus dem Umstand, daß sie zum einen die gesamte Gesellschaft erfaßt und zum anderen stark polarisierend wirkt.

Ein Blick auf die volkswirtschaftlichen Eckdaten erlaubt die Prognose, daß sich die sozioökonomische Situation in nächster Zeit noch verschärfen wird. Die Republik Kasachstan weist heute Züge eines industrialisierten Entwicklungslandes und struktureller Unterentwicklung auf. Nach einer kurzen gesamtwirtschaftlichen Erholungsphase in den Jahren 1996 und 1997, als das Bruttoinlandsprodukt erstmals seit dem Ende der Sowjetunion wieder gesteigert werden konnte, hat die ökonomische Talfahrt inzwischen wieder eingesetzt. In den ersten fünf Monaten dieses Jahres fiel das Bruttoinlandsprodukt um gut drei Prozent, nachdem es 1998 bereits um 2,5 Prozent zurückgegangen war.³⁸ Verantwortlich für diesen Negativtrend ist in erster Linie die im August 1998 einsetzende Wirtschaftskrise in Rußland, die inzwischen mit aller Wucht nach Kasachstan überschwappt, da das zentralasiatische Land wirtschaftlich sehr eng mit dem großen Nachbarn im Norden verflochten ist. Die soziale Lage im Land verschlimmert sich weiterhin; während die Arbeitslosigkeit steigt, sinkt der Lebensstandard weiter Teile der Bevölkerung.³⁹ Wo eine wirtschaftliche Krise zur existenziellen Bedrohung wird, bildet sie die Grundlage für soziale Spannungen. Ihre Notlage scheint die Menschen zumindest zeitweise aus ihrer bisherigen politischen Apathie zu reißen. Seit 1996 ist in Kasachstan ein leises, aber stetiges Anwachsen von Streikbewegungen und Demonstrationen zu verzeichnen, die sich gegen die katastrophale soziale Situation im Land und gegen die Untätigkeit der Regierung richten.⁴⁰ Rentner, Lehrer, Fabrikarbeiter und andere „*bjudžetniki*“⁴¹ protestieren, weil sie seit Monaten keine Löhne bzw. Pensionszahlungen mehr erhalten haben. Die kasachstanische Regierung versucht indes, weitgehend erfolglos, die Protestaktionen zu unterbinden, indem sie die Demonstrationen offiziell untersagt und Führer der Opposition verhaften läßt oder gerichtliche Schritte gegen sie einleitet. Doch proportional zu den steigenden Preisen und

³⁸ Vgl. Koch, Stefan, Kasachstaner sollen Regierung ihren Schmuck spenden, in: Frankfurter Rundschau, 16.6.1999

³⁹ Die Zahl der Arbeitslosen ist wegen der hohen verdeckten Arbeitslosigkeit kaum zu benennen. Im Februar 1997 sprach die kasachstanische Arbeitsministerin, Nina Koržova, von beinahe 400.000 Arbeitslosen im Land. Vgl. RFE/RL Newline (Internetausgabe), 13.02.1997. Die tatsächliche Arbeitslosenzahl dürfte indes wesentlich höher liegen; unabhängige Schätzungen des Giller-Institutes in Kasachstan belaufen sich auf ca. eine Million Menschen (15,3 %). Vgl. Omri Daily Digest (Internetausgabe), 25.06.1996

⁴⁰ Vgl. Omri Daily Digest (Internetausgabe), 08.11.1996, 11.11.1996, 17.11.1996, 09.12.1996, RFE/RL Newline (Internetausgabe), 30.7.1997, 31.7.1997, 07.10.1997, 08.10.1997, 31.10.1997, 04.12.1997

⁴¹ Darunter ist der Teil der arbeitenden Bevölkerung zu verstehen, der aus dem Staatshaushalt bezahlt wird, also Beamte, Mitarbeiter staatlicher Betriebe etc.

den sich verschlechternden Lebensbedingungen wächst die Unzufriedenheit in der Bevölkerung.⁴²

Oft verhält es sich so, daß sich eine ökonomische Krise zum Katalysator für ethnopolitische Konflikte entwickelt, wenn soziale Unterschiede und ethnische Grenzen kongruent sind oder zumindest von der Bevölkerung als deckungsgleich wahrgenommen werden. In bezug auf Kasachstan ist Khazanov der Auffassung, daß die ethnische Arbeitsteilung zwischen Kasachen und Russen einen ethnopolitischen Konflikt heraufbeschwöre, weil jede der beiden Gruppen gewisse Nischen auf dem Arbeitsmarkt besetze, in denen die jeweils andere Gruppe unterrepräsentiert sei.⁴³ Aus dieser Situation ergebe sich ein beidseitiges Gefühl der Diskriminierung, welches sich noch dadurch verstärke, daß in Kasachstan gewisse soziale Unterschiede parallel zu ethnischen Grenzen verliefen.⁴⁴ Diese Einschätzung gilt es zu hinterfragen. Zunächst muß angemerkt werden, daß ethnische Arbeitsteilung keine zwangsläufig konfliktträchtige Konstellation darstellt. Tatsächlich erweisen sich Systeme, in denen die einzelnen ethnischen Gruppen spezielle Nischen besetzen, oft als sehr stabil und relativ konfliktfrei, weil die Konkurrenz und die Abhängigkeit zwischen den Gruppen relativ gering bleiben. Dies gilt selbst dann, wenn mit der ethnischen Arbeitsteilung große soziale Ungleichheiten verbunden sind.⁴⁵

Des weiteren bleibt die Annahme, daß in Kasachstan eine Hierarchie der ethnischen Gruppen bezüglich ihres Lebensstandards bestünde, zu undifferenziert. Die eigentliche Situation gestaltet sich schon allein deswegen komplexer, weil sich die ethnische Arbeitsteilung im Zuge der fortschreitenden Indigenisierung der Arbeitskraft aufzulösen beginnt. Indigenisierung der Arbeitskraft meint den Prozeß der Kasachisierung, der in nahezu allen Berufssparten zu verzeichnen ist. Zwar waren und sind die Kasachen in vielen Bereichen noch unterrepräsentiert, doch machen sie gegenüber den Russen zusehends an Boden gut. In den traditionell von Russen dominierten Branchen, insbesondere in der Industrie, hat die Titularnation stark aufgeholt, was gleichzeitig ein Zurückdrängen der Russen bedeutet.⁴⁶ Sicherlich haben die Kasachen im Durchschnitt immer noch niedrigere Einkommen als die Russen, doch solche Mittelwerte verschleiern die tatsächliche soziale Schichtung innerhalb der kasachstanischen Gesellschaft, in

⁴² Vgl. McAdams, Lisa/Pannier, Bruce, President Meets Challenge of Growing Discontent, in: RFE/RL features (Internetausgabe), 1.7.1999

⁴³ Da die industrielle Modernisierung in Kasachstan weitgehend von qualifizierten Fachkräften aus dem europäischen Teil der UdSSR, vor allem aus Rußland, getragen wurde, ergab sich während der fünfziger und sechziger Jahre eine weitreichende ethnische Teilung der Arbeitswelt Kasachstans. Eine grobe Einteilung wägend, könnte man sagen, daß die autochthone Bevölkerung, allen voran die Kasachen, hauptsächlich in der Landwirtschaft, in der Wissenschaft (vor allem Geisteswissenschaften) sowie in Lehr- und Pflegeberufen vertreten war. Die Immigranten, insbesondere die Russen, dominierten dagegen die Industrie (vor allem stellten sie einen Großteil der Facharbeiterschaft) sowie die technischen und naturwissenschaftlichen Berufe. Noch im Jahre 1989 stellten die Kasachen lediglich 25% der Industriearbeiterschaft, demgegenüber waren 52% der berufstätigen Russen in der Industrie beschäftigt. Auf dem Agrarsektor waren die Proportionen umgekehrt: 57% der in der Landwirtschaft Beschäftigten waren Kasachen und nur 18% Russen. Sowohl in der Landwirtschaft als auch in der Industrie hatten die Russen die höher qualifizierten Stellen inne. Vgl. Khazanov, Anatoly M., Ethnic Stratification, S. 160ff.

⁴⁴ Ebd., S. 165

⁴⁵ Vgl. dazu Wimmer, Andreas, Interethnische Konflikte, S. 470f. sowie Horowitz, Donald L., Ethnic Groups in Conflict, Berkeley/Los Angeles/London 1985, S. 113ff

⁴⁶ Vgl. Kaiser, Robert J., Nationalizing the Work Force: Ethnic Restructification in the Newly Independent States, in: Post-Soviet Geography, 36, 2/1995, S. 257 - 273, hier S. 91ff. Vgl. dazu auch Tabelle 3 im Anhang.

der die dünne Oberschicht von äußerst wohlhabenden Kasachen - ehemalige KP-Nomenklatura, Fabrikdirektoren und sogenannte „Neue Kasachen“ (im Volksmund auch „Kazanovy“ genannt, was sich zum einen aus den beiden russischen Wörtern für „kazach“/Kasache sowie „novyj“/neu ableitet und zum anderen eine lautliche Anspielung auf den berühmten italienischen Herzensbrecher Casanova darstellt) - gebildet wird. Eine Ebene darunter folgt eine ständig vom sozialen Abstieg bedrohte städtische „Mittelschicht“, die ethnisch heterogen ist und ebenso Kasachen wie Russen umfaßt. Noch weit unter diesem Niveau lebt die Masse der überwiegend kasachischen Landbevölkerung. Am unteren Ende der sozialen Skala stehen die Pensionäre sowie die neuen Marginalen, d. h. die vor allem kasachischen Zuwanderer vom Land.⁴⁷

Teilweise wird die zunehmende soziale Differenzierung in ethnischen Kategorien wahrgenommen. Russen, die seit dem Zerfall der UdSSR einen Statusverlust hinnehmen mußten, führen ihren sozialen Abstieg auf die aus ihrer Sicht korrumpierte kasachische Elite zurück, während die kasachischen Zuwanderer vom Land in der neuen urbanen, russifizierten Umgebung vor allem die Russen als Hauptkonkurrenten auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt ausmachen. Einzelne, durch Sozialneid ausgelöste Nationalitätenunruhen fanden bereits in den achtziger Jahren statt, doch sind bis heute in den seltensten Fällen Russen darin verwickelt. Meist ereignen sich solche Zusammenstöße zwischen Kasachen und Angehörigen „kleinerer“ Nationalitäten. Insgesamt kann man zur Zeit allerdings davon ausgehen, daß die konfliktive Übertragung des horizontalen „rassloenie“ auf die vertikale ethnische Unterteilung kein gesamtgesellschaftliches Phänomen darstellt. Umfragen seit 1992 zeigen nicht nur, daß sauberlich zwischen ökonomischen und interethnischen Problemen unterschieden wird, sondern auch, daß der sozialen und ökonomischen Krisensituation mehr Bedeutung zugemessen wird als dem Nationalitätenproblem.⁴⁸

Im April 1996 schlossen sich Repräsentanten des öffentlichen Lebens und der Intelligenz zu einer neuen Bürgerbewegung namens „Azamat“ (Bürger) zusammen. Mit dieser Organisation entstand in Kasachstan erstmals eine breit angelegte, ethnisch übergreifende Oppositionsbewegung, die sich gegen das „katastrophale soziale Klima“ im Land wendet. Schuld an der gesellschaftlichen Misere trage die Staatsführung, weshalb sich Azamat für die Bildung einer neuen, „ehrlichen und kompetenten“ Regierung einsetzt, die sich auf das Vertrauen der Bevölkerung stützt.⁴⁹ Gemeinsam mit den freien Gewerkschaften Kasachstans organisierte Azamat bereits mehrere Demonstrationen, und möglicherweise kann sich mit der Bewegung längerfristig eine unabhängige, gesellschaftliche Kraft etablieren, die in der Lage ist, die grundlegenden Interessen der kasachstanischen Bevölkerung unabhängig von ihrer ethnischen Zu-

⁴⁷ Vgl. Eschment, Beate, Hat Kasachstan ein „russisches Problem“? Revision eines Katastrophenbildes. Sonderveröffentlichung des BIOst, Februar 1998, Köln 1998, S. 76

⁴⁸ Einer Erhebung im Jahre 1994 zufolge sahen sowohl Kasachen (60,3 %) als auch Russen (44,4 %) in der angespannten ökonomischen und sozialen Lage das Hauptproblem des Landes. Die Bedrohung des innerstaatlichen Friedens durch einen Konflikt zwischen Kasachen und Russen hielten beide Gruppen für geringer (Kasachen 9,9 %, Russen 27,4 %). Andere Umfragen und Autoren bestätigen ein ähnliches Stimmungsbild innerhalb der kasachstanischen Bevölkerung. Vgl. Guboglo, Michail N., Etnopolitičeskaja situacija v Kazachstane v predstavlenijach ego graždan, in: Kazachstan: Realii i perspektivy nezavisimogo razvitija, Moskva 1995, S. 258; Abdygaliev, Berik, Rossija i kazachstanskije russkie. Kazachstanskij institut strategičeskich issledovanij pri Prezidente Respubliki Kazachstan, Almaty 1997, S. 24; Eschment, Beate, Hat Kasachstan ein „russisches Problem“?, S. 25f.

⁴⁹ Die durch Anführungszeichen hervorgehobenen Formulierungen stammen aus der Charta von Azamat, zitiert in: Dave, Bhavna, A New Opposition Movement is Launched in Kazakhstan. OMRI Analytical Brief No. 76 (Internetausgabe), 23.04.1996

gehörigkeit aufzufangen und zu kanalisieren. Zumindest aber darf die Gründung dieser Bürgerbewegung, die sich Ende März 1999 als politische Partei rekonstituierte,⁵⁰ als Indiz dafür gelten, daß die sozialen Probleme die unterschiedlichen Nationalitäten nicht zwangsläufig voneinander trennen, sondern durchaus auch vereinen können.

Eine weitere relevante Spannungs- bzw. Spaltungslinie innerhalb der kasachstanischen Gesellschaft stellen die weit verzweigten klientelistischen Netzwerke dar, die als Systeme selektiver Privilegierung fungieren. Es besteht kein Zweifel daran, daß Klientelstrukturen heute eine zentrale Rolle im gesellschaftlichen Leben und im politischen Prozeß Kasachstans spielen. Dies beginnt beim täglichen „Beschaffungsklientelismus“⁵¹ und reicht bis in die höchste politische Führungsetage. Den Fokus der Klientelstrukturen in Kasachstan bildet dabei die Bürokratie. Die hohe Effektivität und Rendite von Administrationsklientelismus ergeben sich daraus, daß innerhalb der Verwaltung die staatlichen Ressourcen registriert, kontrolliert und verteilt werden. Seit dem Beginn der „Kunaevščina“⁵² sind diese Kanäle stetig entwickelt und ausgebaut worden, und heute muß die Bürokratie als maßgebendes Herrschafts- und Wirtschaftssubjekt in Kasachstan angesehen werden. Nicht nur interne Regimekritiker beklagen „die hohe Machtkonzentration in den Händen der regierenden Nomenklatura (vor allem der Staatsbeamtenschaft)“⁵³ und entlarven die Allmacht der Bürokratie als Haupthindernis für ökonomische und politische Reformen. Gerade im Zusammenhang mit der Privatisierung tauchen auch von ausländischen Experten immer wieder Vorwürfe dahingehend auf, daß die Regierungsvertreter ihre Position zu ihrem eigenen Vorteil mißbrauchten und daß von der Privatisierung nur „insider“ profitierten.⁵⁴

Der im vergangenen Oktober unter nebulösen Umständen entlassene Premierminister Akejan Kažegel'din äußerte einen Tag vor seiner Absetzung gegenüber Journalisten, daß die Privatisierung in Kasachstan als Aufteilung staatlicher Ressourcen unter einer „Oligarchie“ definiert werden könne.⁵⁵ Die Position dieser Oligarchie wird zusätzlich gefestigt durch eine derzeit noch „schwache“ Gesellschaft, die kaum fähig ist, ihre Probleme zu artikulieren bzw. ihre Interessen zu vertreten, und immer noch sehr stark auf den Staat als einzige und universelle Problemlösungsinstanz hofft. Aus dieser Situation heraus erwächst ein Interesse der Nomenklatura, ihre Kontrolle über Wirtschaft und Politik in Kasachstan zu wahren. Zu diesem Zweck muß es ihr als nützlich erscheinen, den derzeitigen Zustand der Gesellschaft, d. h. vor allem die unterentwickelten sozialen und politischen Strukturen, zu erhalten.

Es ist unübersehbar, daß der Klientelismus in Kasachstan eine starke ethnische Komponente besitzt, weil die Angehörigen der Titularnation viel stärker in diese Strukturen eingebunden sind als beispielsweise die Russen oder andere „Europäer.“ Viele Autoren bewerten die seit

⁵⁰ Vgl. RFE/RL Newline (Internetausgabe), 30.3.1999

⁵¹ Benner, Katrin, Der Vielvölkerstaat Kasachstan. Ethnische Heterogenität in friedlicher Koexistenz?, Hamburg 1996, S. 119

⁵² So wird der Zeitraum zwischen 1964 und 1986 charakterisiert, in dem der Erste Parteisekretär der KP Kasachstans, Dinmuchamed Kunaev, die Geschicke der Sowjetrepublik lenkte und sich als Gegenleistung für seine Loyalität gegenüber dem Moskauer Zentrum mit Hilfe einer konsequenten „Personalpolitik“ eine beachtliche Hausmacht in der eigenen Republik aufbauen konnte.

⁵³ Amrekulov, Nurlan/Masanov, Nurbulat: Kazachstan meždu prošlym i buduščim, Almaty 1994, S. 106

⁵⁴ Vgl. Partridge, Ben, Kazakhstan and Uzbekistan Weigh Haste Versus Gradualism, in: RFE/RL features (Internetausgabe), 17.04.1998

⁵⁵ Vgl. Sharipzhan, Merhat, As One Door Closes For The Elite, Another Opens, in: RFE/RL features (Internetausgabe), 30.10.1997

Mitte der sechziger Jahre vor sich gehende personelle Umstrukturierung in Regierung, Verwaltung, Kultur- und Bildungseinrichtungen etc. ausschließlich als Trend zur kasachischen Ethnokratie, der sich seit der Unabhängigkeit des Landes in verstärktem Maße fortsetzt.⁵⁶ Tatsächlich handelt es sich um ein unbestreitbares Faktum, daß mit dem Amtsantritt Kunaevs eine Indigenisierung der politischen Elite einsetzte und heute die Kasachen - gemessen an ihrem Bevölkerungsanteil - in den politischen Gremien aller Ebenen sowie in den meisten Bereichen der Verwaltung überrepräsentiert sind.⁵⁷

Doch die Schlußfolgerung, daß diese Entwicklung allein Ausdruck eines zunehmenden ethnisch-kasachischen Nationalismus sei, der das Ziel verfolge, den kasachischen Ethnos als ganzen gegenüber den Nicht-Kasachen zu privilegieren, bleibt zu undifferenziert, denn es besteht ein wichtiger qualitativer Unterschied zwischen den auf ethnischer Loyalität beruhenden Klientelstrukturen und einem allgemeinen Ethnozentrismus. Der Prozeß der Kasachisierung muß zu einem beträchtlichen Teil als Ausbau solcher klientelistischer Netzwerke verstanden werden, die sich um ethnische Loyalitäten gruppieren. Klientelstrukturen sind auf Vertrauen angelegt, und Ethnizität kann als Vertrauensbasis nach innen fungieren. Allerdings endet diese Art der auf ethnischer Gemeinsamkeit basierenden Bevorzugung an den Grenzen des Netzwerkes, weswegen „Kasachisierung“ nicht unmittelbar mit der Privilegierung des kasachischen Ethnos als ganzem bzw. mit der Benachteiligung aller Nicht-Kasachen gleichgesetzt werden darf. Trotz der fortschreitenden Kasachisierung in den obersten Machtorganen sind die Kasachen nicht zum privilegierten Bevölkerungsteil geworden.⁵⁸ Die beiden kasachischen Politologen Amrekulov und Masanov heben diesen Tatbestand schärfer hervor, indem sie schreiben, die Kasachen seien der akuten Gefahr ausgesetzt, selbst „Geiseln und Opfer der nationalen Idee“ zu werden. Der Nationalstaat in seiner jetzigen Form sei nichts weiter als eine Ideologie zum Machterhalt der herrschenden Elite.

Über Privilegierung und Benachteiligung entscheidet demnach nicht allein die ethnische Zugehörigkeit, sondern vor allem die Einbindung bzw. Nicht-Einbindung in die klientelistischen Netzwerke. Zwar besteht für Angehörige der Titularnation eine größere Chance, in ein solches Beziehungsgeflecht integriert zu werden. Doch Kasachen, die nicht in dieses System eingebunden sind, partizipieren ebensowenig an dessen „Erträgen“ wie Angehörige anderer ethnischer Gruppen. Aus diesem Grunde birgt die zunehmende Kasachisierung der staatlichen Machtstrukturen erst in zweiter Instanz die Gefahr einer ethnischen Spaltung auf gesellschaftlicher Ebene. Vielmehr stärkt der Ausbau der klientelistischen Loyalitäten zunehmend die sozioökonomische Stratifikation des Landes in „*verchuška*“⁵⁹ und Masse der Bevölkerung, in reich und arm, die abhängig ist von der Einbindung bzw. Nicht-Einbindung in die Netzwerke.

Als spezielle Form eines informellen Beziehungsnetzwerkes fungieren die traditionellen tribalen Gruppenbezüge, die die Einheit der Kasachen als Titularnation relativieren und somit eine intraethnische Spaltungslinie innerhalb der kasachstanischen Gesellschaft darstellen. Die tribale Identität der Kasachen gründet sich auf die Zugehörigkeit zu einer von drei Horden

⁵⁶ Vgl. Kaiser, Robert/Chinn, Jeff, Russian-Kazakh Relations

⁵⁷ 1994 machten ethnische Kasachen auf der oberen Ebene des Präsidialapparates 74,3 % des Personals aus. Ein ähnliches Bild bietet sich bei der Betrachtung der ethnischen Zusammensetzung der Regierung. Vgl. Kadyrshanow, Rustem, Die ethnopolitische Situation, S. 17f. Siehe dazu auch Tabelle 4 im Anhang.

⁵⁸ Vgl. Götz, Roland/Halbach, Uwe, Politisches Lexikon GUS, München 1996³, S. 173

⁵⁹ „*Verchuška*“ ist der umgangssprachliche, leicht negativ konnotierte russische Ausdruck für die (politische) Oberschicht, die „Oberen Zehntausend“.

oder Žuzy.⁶⁰ Ihre grundlegende offizielle Bedeutung verloren die Horden spätestens infolge der Annexion Kasachstans durch das zaristische Rußland zwischen 1824 und 1864, doch gibt es eine Menge von Hinweisen darauf, daß das Žuz-System als spezielle Form eines klientelistischen Netzwerkes auch in sowjetischen Zeiten einen beträchtlichen Einfluß besaß, der im unabhängigen Kasachstan fortwirkt. Das Problem bei der Einschätzung seiner Relevanz innerhalb des politischen Prozesses in Kasachstan liegt darin, daß die Žuz-Strukturen zwar allgemein als existent bekannt sind, jedoch von offizieller Seite als unbedeutend heruntergespielt werden. Das Hordensystem und seine Bedeutung liegen außerhalb der „*political correctness*“ und werden deshalb totgeschwiegen. Wegen seines informellen Charakters existieren nur wenige Fakten über das Žuz-System in der Republik Kasachstan, doch ranken sich umso mehr Spekulationen und Gerüchte darum, was eine neutrale Analyse erschwert. In jedem Fall kann festgehalten werden, daß das Bewußtsein für die eigene tribale Zugehörigkeit bei den Kasachen heute immer noch stark ausgeprägt ist. Selbst in Großstädten wie der ehemaligen Hauptstadt Almaty gilt die Frage nach der tribalen Herkunft des anderen als üblicher Bestandteil der Begrüßungsformel zwischen zwei Kasachen.

Die Žuz-Zugehörigkeit kann in bestimmten Kreisen mit Privilegien verbunden sein. Masanov weist darauf hin, daß bereits vor der Oktoberrevolution eine Konkurrenzsituation zwischen den drei Horden um die Rekrutierung der kasachischen Elite existiert habe. Der heutige Staatspräsident Nazarbaev gehört der Älteren Horde an und verdankt seinen politischen Aufstieg zu großen Teilen seinem Gönner Dinmuchamed Kunaev, der ebenfalls ein Abkömmling der Älteren Žuz war und mittels einer konsequenten Personalpolitik Schlüsselpositionen innerhalb der Republik mit „seinen“ Gefolgsleuten besetzte, so daß die Ältere Horde innerhalb des tribalen Machtkampfes um Einfluß und Ämter die Oberhand gewann. Seitdem Nazarbaev 1989 zunächst als erster Parteisekretär und ab 1991 als Präsident der Republik die politische Führung des Landes übernahm, soll er nach Angaben Masanovs die einseitige Begünstigung der Älteren Horde fortgeführt und deren dominante Stellung vor allem innerhalb der politischen Elite ausgebaut haben. So habe der Präsident nach der Unabhängigkeitserklärung damit begonnen, Schlüsselpositionen an seine engsten Verwandten zu vergeben. Diese Praxis nahm solche Ausmaße an, daß man im Land bereits von einer „Čemolganizacija“ (Čemolgan ist der Name des Dorfes, aus dem Nazarbaev stammt) der staatlichen Machtstrukturen zu sprechen begann. Sowohl der Erste Leiter des Präsidialapparates, Abykaev, als auch Vize-Premierminister, Esimov, stammten aus Čemolgan; doch nachdem die sehr zweifelhafte Personalpolitik Nazarbaevs publik geworden war, sah sich der Präsident gezwungen, seine engen Vertrauten ihrer Posten zu entheben.⁶¹ Trotzdem gibt es deutliche Hinweise darauf, daß der Faktor Verwandtschaft bei der Besetzung von öffentlichen Posten weiterhin eine wichtige

⁶⁰ „Žuz“ wird im Deutschen in der Regel mit „Horde“ wiedergegeben. Eigentlich ist es jedoch der kasachische Begriff für „Hundert“, „Hundertschaft“ und bezieht sich auf eine militärische Organisationsform türkisch-mongolischer Stämme. Die verschiedenen Horden bildeten sich aus einer Vielzahl von Stämmen seit dem Ende des 16. Jahrhunderts als Militärverbände gemäß der natürlichen, geographischen Aufteilung des Landes und der damit verbundenen nomadischen Wanderungszyklen heraus: die Ältere Horde (Ulu Žuz) im Südosten Kasachstans, im sogenannten Siebenstromland (Semireč'e), der Mittleren Horde (Orta Žuz) im zentralen Steppengebiet und der Jüngeren Horde (Kiši Žuz) im Westen. Die Dreiteilung besaß jedoch nicht nur regionale Unterscheidungsfunktion, sondern das Žuz-System implizierte gleichzeitig eine soziale Einordnung, weil den einzelnen Horden unterschiedliche Attribute und Aufgaben innerhalb der nomadischen Gemeinschaft zugeschrieben wurden. Deshalb war die Zugehörigkeit zu einer Horde auch mit einem bestimmten sozialen Status verbunden und spielte eine außerordentlich wichtige Rolle bei der Elitenschichtung.

⁶¹ Vgl. Masanov, Nurbulat, Kazachskaja političeskaja i intelektual'naja elita: klanovaja prinadležnost' i vnutrietničeskoje soperničestvo, in: Vestnik Evrazii, 1/1996, S. 46 - 61, hier S. 55

Rolle spielt. So leitet z. B. Nazarbaevs älteste Tochter heute den staatlichen Fernsehsender „Chabar“.

Der Zusammenhang zwischen Position und Verwandtschaftsgrad wie in den o.g. Fällen ist oftmals zu augenscheinlich, als daß man die Existenz tribaler Seilschaften ignorieren könnte. Allerdings läßt sich die Herrschaftssicherung durch den Aufbau von auf Verwandtschaft oder gemeinsamer Herkunft beruhender Netzwerke auch in anderen Nachfolgestaaten der UdSSR beobachten; man denke nur an die Rolle von El'cins Tochter oder an seine „Gefolgschaft“ aus Ekaterinburg. Das Wiedererstarken eines Tribalismus auf gesamtnationaler Ebene, der die kasachische Nation und evtl. sogar das Land in drei „Hordenstaaten“ aufspaltet, ist äußerst unwahrscheinlich. Das Žuz-System stellt weder die Existenz der kasachischen Nation noch der Republik Kasachstan in Frage. Vor allem bei der ruralen kasachischen Bevölkerung spielen die Clanstrukturen eine wichtige Rolle bei der Selbstdefinition, jedoch stellen sie einen kulturellen Identitätsfaktor und kein politisches Zugehörigkeitsbewußtsein dar. Tatsächlich ist es so, wie Akiner schreibt, daß es keine offizielle politische Vertretung von „Horden-Interessen“ in Kasachstan gibt.⁶² Deshalb ist die politische Wirkungsweise der Hordenstrukturen weniger auf gesamtnationaler Ebene spürbar, sondern nur innerhalb des Machtkampfes der Eliten, in dem das Žuz-System die Funktion eines spezifischen Klientelnetzes übernimmt.

Aufgrund seiner Funktionsweise als informelles Netzwerk hat das Hordensystem ähnliche Auswirkungen auf die ethnische Konfliktlinie wie andere Formen von Klientelbeziehungen. Die intraethnische Konkurrenz um Einfluß und materiellen Nutzen zwischen unterschiedlichen kasachischen Gruppierungen verschlechtert die Chancen der Nichtkasachen, Zugang zu Machtpositionen zu bekommen, weil sie meist nicht in derart effiziente Seilschaften eingebunden sind. Dadurch verstärkt sich das Bild der zunehmenden Kasachisierung, die allerdings weniger das gewollte Ergebnis bewußt ethnozentrischer Politik darstellt, sondern vielmehr auf einem System informeller Favorisierung innerhalb kleiner Kreise der Titularnation beruht.

Die Aufschlüsselung der unterschiedlichen sozioökonomischen, klientelistischen, intraethnischen Spaltungslinien hat die Einschätzung bestätigt, daß es sich bei der kasachstanischen Gesellschaft um eine „plural society“ mit „cross-cutting cleavages“ handelt.⁶³ Die multiplen Identitäten tragen entscheidend dazu bei, daß ethnische Grenzen bisher nicht zur sozialen Bruchstelle und zum akuten Konfliktherd geworden sind. Speziell auf seiten der Titularnation relativiert das Nebeneinander von traditionellen und modernen Gruppenbezügen die Bedeutung ethnischer Selbstzuschreibung. Im folgenden soll nun der Frage nachgegangen werden, welche Resonanz ethnisch definierte Interessen im politischen Prozeß Kasachstans finden. Welche Ereignisse trugen bzw. tragen dazu bei, daß ethnische Differenz zum Politikum wird? Welche Themen sind „ethnisch belegt“, und welche Akteure gibt es, die ihre Interessen ethnisch definieren und sie auf der politischen Bühne vertreten? Nur auf der Grundlage dieser Überlegung ist eine realistische Einschätzung darüber möglich, wie hoch die Gefahr der Eskalation eines ethnopolitischen Konflikts in Kasachstan derzeit ist.

⁶² Vgl. Akiner, Shirin, *The Formation of Kazakh Identity. From Tribe to Nation-State*, London 1995, S. 76

⁶³ Vgl. Eschment, Beate, *Hat Kasachstan ein „russisches Problem“?*

3 Ethnische Differenz als Konfliktgegenstand auf politischer Ebene

3.1 „Alltagsnationalismus“ und tatsächliche Nationalitätenunruhen in Kasachstan – Eine Bestandsaufnahme

Zwar trug Kasachstan in sowjetischer Zeit den Beinamen „Laboratorium der Völkerfreundschaft“, doch wird heute eingeräumt, daß auch damals „Alltagsnationalismus“ in unterschiedlichster Form in Erscheinung trat und es hin und wieder zu gewaltsamen Auseinandersetzungen kam, die jedoch von offizieller Seite weitgehend vertuscht wurden.⁶⁴ So forderten z. B. 1978 kasachische Studenten in Alma-Ata mit nationalistischen Parolen einen bevorzugten Hochschulzugang für Angehörige der Titularnation und griffen russische Studenten tätlich an.⁶⁵ Ein Jahr später demonstrierten Kasachen in Celinograd, dem heutigen Astana, mit der Parole „Kasachstan ist unteilbar“ gegen einen gerüchteweise bekanntgewordenen Plan der Republikführung, der dortigen deutschen Bevölkerungsgruppe ein eigenes autonomes Gebiet zu gewähren.⁶⁶ 1989 kam es in Novyj Uzen' und anderen Standorten der Ölindustrie in Westkasachstan zu gewaltsamen Übergriffen von Kasachen auf Arbeitsmigranten aus dem Kaukasus. Die Unruhen forderten mehrere Todesopfer.

Von besonderer Bedeutung waren die Ereignisse, die sich am 17./18. Dezember 1986 in Alma-Ata abspielten, weil es sich dabei um die ersten offiziell bekanntgewordenen Unruhen mit nationalitätenpolitischem Hintergrund in einer Sowjetrepublik handelte. Jedoch sind Ursachen, Hergang und Folgen der Geschehnisse bis heute nicht wirklich geklärt, weshalb eine eindeutige Bewertung nicht möglich ist. Als Auslöser der Unruhen gilt die von Moskau initiierte Absetzung des langjährigen Parteichefs der kasachischen KP, Dinmuchamed Kunaev, auf dessen Position nun der hohe russische Parteifunktionär Gennadij Kolbin nachrückte, welcher zuvor jedoch keinerlei Beziehung zu Kasachstan gehabt hatte. Als die Umbesetzung bekannt wurde, fanden sich am 17. Dezember Studenten zu einer friedlichen Demonstration zusammen, der sich später auch andere Bevölkerungsteile anschlossen. Mit der wachsenden Zahl der Demonstranten⁶⁷ nahmen Unruhe und Gewaltbereitschaft zu. Parteiführung und Behörden waren von der Situation augenscheinlich überfordert und reagierten mit aller Härte. Sie schickten bewaffnete Spezialtruppen des Innenministeriums, Armee und Bürgerwehr, um die Unruhen zu beenden. Daraufhin entbrannten regelrechte Straßenschlachten, Autos wurden angezündet, Geschäfte geplündert. Erst in der Nacht vom 18. auf den 19. Dezember setzten die Regierungstruppen dem Aufstand ein Ende. Die Auseinandersetzungen forderten mindestens drei Todesopfer.⁶⁸ Zudem wurden über 1.000 Menschen verletzt. Infolge der Unruhen wurden mehrere tausend Menschen verhaftet, 99 Beteiligte zu zum Teil langjährigen Gefäng-

⁶⁴ Vgl. Orekozev, Konstantin, Kazachstan stanovitsja kazachskim, in: Argumenty i fakty, 45/1994, S. 5

⁶⁵ Vgl. Halbach, Uwe, Der Schock von Alma-Ata, S. 7

⁶⁶ Igor Trutanov vertritt die Ansicht, daß es sich bei der Demonstration in Celinograd nicht um spontanen Protest, sondern um eine vom KGB geplante Aktion gehandelt habe, welche darauf abzielte, den seit Beginn der siebziger Jahre zunehmenden Forderungen der deutschen Bevölkerungsgruppe nach Wiedereinrichtung einer eigenen nationalen Territorialeinheit entgegenzuwirken. Vgl. ders.: Zwischen Koran und Coca Cola, Berlin 1994, S. 19ff.

⁶⁷ Die Zahlenangaben diesbezüglich differieren sehr stark, auch zuverlässige Schätzungen schwanken zwischen 1.200 und 5.000 Menschen. Vgl. Eschment, Beate, Hat Kasachstan ein „russisches Problem“?, S. 20

⁶⁸ Allerdings ist auch diese Zahl bis heute umstritten. So schwanken Halbach zufolge die Angaben über die Zahl der Todesopfer zwischen 2 und 44. Vgl. ders., Der Schock von Alma-Ata, S. 11

nisstrafen verurteilt und zudem viele Demonstranten aus ihren Arbeitsstellen entlassen bzw. von den Hochschulen exmatrikuliert.

Inwieweit ein Zusammenhang zwischen den Dezemberereignissen und dem Verhältnis zwischen Kasachen und Russen in Kasachstan besteht, wird bis heute unterschiedlich beurteilt. Einige Bewertungen lassen sich allerdings sofort als realitätsfremd ad acta legen, so z. B. die Einschätzung, bei den Protesten habe es sich um die „erste wirkliche ‘Moslem’-Revolte“⁶⁹ in der UdSSR gehandelt. Kadyrshanow interpretiert die Unruhen als Übergang der interethnischen Konkurrenz von einer latenten in eine offene Form.⁷⁰ Andere Stimmen billigen der ethnischen Komponente der Auseinandersetzungen eine geringere Bedeutung zu. Es sei nicht so sehr die Tatsache entscheidend gewesen, daß der ethnische Kasache Kunaev durch den ethnischen Russen Kolbin ersetzt wurde, sondern vielmehr Moskaus koloniale Arroganz, mit der diese Umbesetzung geschah.⁷¹ Auch viele Kasachen, die den Ereignissen selbst beigewohnt hatten, wiesen im Anschluß daran die Behauptung zurück, es habe sich um eine antirussische Demonstration gehandelt.⁷² Dieser Auffassung folgte ebenfalls die sogenannte Šachanov-Kommission, die 1989 von der Republikführung eingesetzt worden war, um die Ereignisse von Alma-Ata zu untersuchen. Sie widersprach der ursprünglichen, sowjetischen Darstellung der Unruhen als „nationalistischem Exzeß“. Für die Kommission waren Nationalismus und russisch-kasachische Gegensätze nicht Ursachen der Unruhen, sondern Folge der von Moskau daraufhin ergriffenen Maßnahmen.⁷³ Tatsächlich verstanden sich die ersten Parteien und Bewegungen mit kasachisch-nationaler Ausrichtung als Bewahrer der „geistigen Tradition“ der Dezemberunruhen, so z. B. die national-demokratische Partei „Želtoksan“ („Dezember“), die sich bereits in ihrem Namen auf die Ereignisse in der Hauptstadt bezieht und auch von Teilnehmern der Demonstration gegründet wurde. Für die kasachischen Nationalisten wurde der Dezember 1986 nachträglich zu einem nationalen Mythos und deswegen sicherlich auch zu einem Katalysator der kasachischen Nationalbewegung.

Insbesondere in den ersten beiden Jahren nach der Unabhängigkeitserklärung soll es von kasachischer Seite verstärkt zu „Alltagsnationalismus“ in unterschiedlicher Ausprägung gekommen sein.⁷⁴ Dabei fällt auf, daß sich gerade diese lokalen Auseinandersetzungen seltener gegen Russen als gegen Angehörige kleinerer Nationalitäten richteten bzw. richten.⁷⁵ Zusammenstöße zwischen Kasachen und Tschetschenen, deren Auslöser häufig Sozialneid ist,⁷⁶ sind im unabhängigen Kasachstan mehrfach bekanntgeworden. Nationalistisch provokative Auftritte von russischer Seite sind vor allem durch die Kosaken zu verzeichnen. Der bislang schwerste derartige Zwischenfall ereignete sich im April 1994, als es in zwei Dörfern im Verwaltungsbezirk Taldykorgan zu ernsthaften Zusammenstößen zwischen Kasachen und

⁶⁹ Nahaylo/Swoboda, zitiert in: Kaiser, Robert/Chinn, Jeff, Russian-Kazakh Relations, S. 265f.

⁷⁰ Vgl. Kadyrshanow, Rustem, Die ethnopolitische Situation, S. 17

⁷¹ Vgl. Bransten, Jeremy/Jiyenday, Abdougani, Almaty - A Look Back To Events Of December, 1986, in: RFE/RL features (Internetausgabe), 17.12.1996

⁷² Vgl. Akiner, Shirin, The Formation, S. 56

⁷³ Vgl. Eschment, Beate, Hat Kasachstan ein „russisches Problem“?, S. 21

⁷⁴ Vgl. Bremmer, Ian: Nazarbaev and the North: State-building and Ethnic Relations in Kazakhstan, in: Ethnic and Racial Studies, 17, 4/1994, S. 619 - 635, hier S. 629, sowie Orekozev, Konstantin, Kazachstan stanovitsja kazachskim.

⁷⁵ Vgl. Amrekulov, Nurlan/Masanov, Nurbulat, Kazachstan meždu prošlym i buduščim, S. 119

⁷⁶ Gerade die „Kaukasier“ (Tschetschenen, Georgier etc.) kontrollieren vielerorts den Warenhandel und haben deswegen häufig einen höheren Lebensstandard als die Kasachen.

Kosaken kam, nachdem letztere die Dörfer zu kosakischen Grenzsiedlungen erklärt hatten. Die Unruhen konnten von der örtlichen Polizei eingedämmt werden.

Die Auflistung dieser Zusammenstöße mit ethnischer Komponente verdeutlicht die in der kasachstanischen Gesellschaft existierenden Spannungen, doch läßt sich daraus nicht zwangsläufig ein allgemeines Stimmungsbild herauslesen, das eine grundsätzliche Feindseligkeit in den interethnischen Beziehungen belegt. Lokal begrenzte, unsystematische, nicht miteinander in Verbindung stehende Unruhen, an denen Angehörige verschiedener ethnischer Gruppen beteiligt waren, müssen sauber von organisiertem „Nationalchauvinismus“ getrennt werden. Die einzelnen Zusammenstöße hatten weder die gleichen Ursachen, noch verfolgten sie ein gemeinsames Ziel. Ihre gesellschaftliche Tiefenwirkung blieb - mit Ausnahme der Dezemberereignisse 1986 in Alma-Ata - sehr gering. Deshalb ist der Vorwurf Abdygalievs an die Adresse der rußländischen Presse durchaus berechtigt, letztere rücke einzelne nationalistisch motivierte Übergriffe fälschlicherweise ins Licht eines allgemeinen kasachischen Nationalismus bzw. allgegenwärtiger Diskriminierung der russischen Bevölkerung und heize damit selbst die „nationale Frage“ im Land nur unnötig an.⁷⁷

Tatsächlich ist in der rußländischen Presse seit 1992 immer wieder von der Etablierung einer Ethnokratie in Kasachstan und einem zunehmenden Antagonismus zwischen Russen und Kasachen zu lesen.⁷⁸ Dieser Sichtweise stehen allerdings die Ergebnisse vieler Umfragen über die ethnopolitische Situation im Land entgegen. So spricht Guboglo in der Schlußbetrachtung seiner „ethnosoziologischen“ Studie davon, daß die Ergebnisse der Umfragen alle Hoffnungen übertroffen hätten. Im Verhältnis zwischen Kasachen und Russen sei ein verblüffendes Maß an gegenseitiger Toleranz zu verzeichnen, „ungeachtet der Publikationen in der Presse, die nicht selten gegensätzliche Gefühle und Stimmungen anfachen“.⁷⁹ Nichtsdestotrotz sind einige akute Probleme im Zusammenleben zwischen den Nationalitäten auszumachen.

3.2 Die „wunden Punkte“ im Zusammenleben der ethnischen Gruppen

Wenn der Stellenwert, den die Bevölkerung einem gesellschaftlichen Problem beimißt, als Indikator für dessen Ernsthaftigkeit verstanden werden kann, so stehen die interethnischen Beziehungen nicht an der Spitze der „Sorgenskala“ der Kasachstaner. In erster Linie ist es die wirtschaftliche Notsituation, welche die Menschen beunruhigt. Politische Probleme wie die Beziehungen zwischen den verschiedenen ethnischen Gruppen treten hinter alltägliche Sorgen wie die materielle Versorgung der Familie oder die Zukunft der Kinder zurück. Diese Tatsache ist ethnienübergreifend feststellbar, allerdings bestehen beim näheren Hinsehen Unterschiede in der Gewichtung. So ist der Anteil der Russen, die einen gewaltsamen Konflikt zwischen Kasachen und Russen fürchten, wesentlich höher als bei der Titularnation. Diese Angst bleibt jedoch mehr diffuser als konkreter Art, denn sowohl bei Kasachen als auch bei Russen ist die Bereitschaft sehr gering, selbst für die „eigene Sache“ einzutreten bzw. sich politisch in einer national orientierten Partei zu organisieren.⁸⁰

⁷⁷ Vgl. Abdygaliev, Berik, *Rossija i kazachstanskije russkie*, S. 92ff.

⁷⁸ Vgl. dazu exemplarisch Orekozev, Konstantin, *Kazachstan stanovitsja kazachskim*

⁷⁹ Guboglo, Michail N., *Etnopolitičeskaja situacija*, S. 285

⁸⁰ Vgl. ders.: *Trudno byt' bratom: bolevye točki etnopolitičeskoi situacii v Kazachstane*, in: *Segodnja*, 25.11.1995

An dieser Stelle muß ein weit verbreitetes Fehltrium richtiggestellt werden, das die Ursachen für die Emigration der „Europäer“ aus Kasachstan betrifft. Die bis Mitte der neunziger Jahre hohe Emigrationsrate der Russen und Angehöriger anderer ethnischer Gruppen wird immer wieder als Beleg für deren schlechte Behandlung und anwachsenden Nationalismus in Kasachstan verwendet, was aber durch Zahlen und Meinungsumfragen kaum zu belegen ist. Eine Befragung unter Emigranten im Oktober 1995 ergab, daß die meisten (41 Prozent der Respondenten) aufgrund des sinkenden Lebensstandards und der Unzufriedenheit mit dem eigenen Einkommen (40 Prozent) das Land verlassen wollten.⁸¹ Demzufolge treten bei den unterschiedlichen Motivationen, die der Auswanderung zugrunde liegen, die ethnopolitischen Probleme ebenfalls hinter die wirtschaftliche Krise und die Hoffnung auf ein „besseres“ Leben im Ausland zurück. Für eine stark ökonomisch motivierte Emigration spricht zudem der direkte Vergleich mit der Auswanderungssituation in anderen Nachfolgestaaten der ehemaligen UdSSR. Im Baltikum, wo die nationalen Minderheiten (in erster Linie Russen) bezüglich ihrer politischen und kulturellen Rechte am restriktivsten behandelt werden, der Lebensstandard jedoch relativ hoch ist, zeigen die Minoritäten eine äußerst geringe Auswanderungstendenz.⁸²

Eine separate Betrachtung der ethnopolitischen Probleme macht deutlich, daß bei der Bevölkerung weniger die reale Angst vor gewaltsamen Konflikten als das Gefühl der gesellschaftlichen Benachteiligung einer ethnischen Gruppe gegenüber einer anderen im Vordergrund steht. Dieses Gefühl der kollektiven Diskriminierung macht sich besonders an einigen Streitfragen fest, die ethnienpezifisch wahrgenommen und von einzelnen Gruppierungen auch politisch instrumentalisiert werden. Die nicht-kasachische Bevölkerung empfindet die zunehmende Kasachisierung aller Öffentlichkeitsbereiche als Problem, das die interethnischen Beziehungen belastet. Dies beginnt bei der weitreichenden Änderung von Toponymen, d. h. von Städte- und Straßennamen, bei der die alten russischen bzw. sowjetischen Namen durch kasachische ausgetauscht wurden. So heißt Ust-Kamenogorsk heute offiziell Oskemen, Semipalatinsk nun Semej usw. Solche Veränderungen hinterlassen bei der nicht-kasachischen Bevölkerung ein diffuses Gefühl der Entfremdung, das allerdings in anderen Bereichen wesentlich konkretere Formen annimmt.

Die zunehmende Indigenisierung der Arbeitswelt, der Studentenschaft, der politischen Organe und Führungspositionen wird von den Nicht-Kasachen oft als systematische Verdrängung wahrgenommen, ethnische Zugehörigkeit als soziales Ausschlußkriterium empfunden. Ein Blick auf die Entwicklung der Situation auf dem Arbeitsmarkt, an den Hochschulen und in den politischen Gremien bestätigt, daß in diesen Bereichen eine fortschreitende Kasachisierung zu verzeichnen ist, die teilweise bereits in den siebziger Jahren einsetzte und bis heute andauert (siehe die Tabellen 3, 4 und 5 im Anhang). Mit diesem Trend ist unweigerlich eine Verdrängung der Nicht-Kasachen verbunden. So erweist es sich für Nicht-Kasachen heute oft als besonders schwierig, eine Arbeitsstelle bzw. einen Studienplatz zu finden oder sich in einer politischen Führungsposition zu etablieren, allerdings bestätigt dies noch nicht den Vorwurf einer systematischen, von staatlicher Seite geplanten Kasachisierung, den vor allem russische Interessenvertretungen erheben. Direkte staatliche Maßnahmen in Form restriktiver gesetzlicher Bestimmungen, die darauf abzielen, den Zugang von Nicht-Kasachen zu Arbeits- oder Ausbildungsplätzen zu behindern, gibt es in Kasachstan nicht. Deshalb kann die fort-

⁸¹ Vgl. Abdygaliev, Berik, *Rossija i kazachstanskije russkie*, S. 18.; Ähnliche Ergebnisse für das Jahr 1996 finden sich bei Halbach, Uwe: *Zentralasien als Auswanderungsregion*. Berichte des BIOst 44/1997, Köln 1997, S. 25

⁸² Vgl. Esenova, Saulesh, *The Outflow of Minorities*, S. 691f.

schreitende Indigenisierung kaum als unmittelbare Folge der offiziellen kasachstanischen Politik bezeichnet werden. Dagegen spricht auch die Tatsache, daß dieser Trend bereits in sowjetischer Zeit einsetzte, also kein Phänomen der Eigenstaatlichkeit darstellt. Es handelt sich vielmehr um eine „schleichende“ Kasachisierung, da über die Vergabe solcher „Privilegien“ wie Arbeits- oder Studienplätze häufig innerhalb informeller Beziehungsnetzwerke entschieden wird. Dies ändert jedoch nichts an dem eigentlichen Problem - dem Gefühl kollektiver Diskriminierung bei den Nicht-Kasachen. Im Gegenteil: Es wird dadurch noch schwerer greifbar, weil es durch die bloße Abänderung von Gesetzesbestimmungen nicht zu lösen ist.

Vor allem in den ersten Jahren der Eigenstaatlichkeit thematisierten russische Nationalisten die Verweigerung der doppelten (kasachstanisch-rußländischen) Staatsbürgerschaft für russische Kasachstaner als Ungerechtigkeit. Sie stützten sich dabei auf die im Staatsbürgerschaftsgesetz von 1992 festgehaltene Sonderregelung, die den im Ausland lebenden Kasachen den Besitz von zwei Pässen zubilligte. Die Forderungen der Russen wurden zunächst von der rußländischen Regierung unterstützt, doch seit 1995 bestehen konkrete Vereinbarungen zwischen Rußland und Kasachstan, welche den Rechtsstatus von Bürgern des einen Staates klären, die im anderen Staat leben. Außerdem wurden beidseitige Erleichterungen bei der Einbürgerung beschlossen.⁸³ Dem Vorwurf der Diskriminierung ist heute weitgehend die Grundlage entzogen, weil die neue kasachstanische Verfassung aus dem Jahre 1995 die Möglichkeit der doppelten Staatsbürgerschaft für die Auslandskasachen nicht mehr vorsieht.⁸⁴ Trotzdem haben die russischen Interessenvertretungen ihre Forderungen nach zwei Pässen beibehalten.

Die genannten Themen spielten in der öffentlichen, politischen Diskussion bisher nur eine eher untergeordnete Rolle und besaßen ein relativ geringes Mobilisierungspotential. Auch der Streit um die doppelte Staatsbürgerschaft entwickelte sich nicht zu dem Sprengsatz, den einige Autoren dahinter vermuteten.⁸⁵ In Kasachstan zeigt sich vielmehr ein allgemein typisches Entwicklungsmuster, denn auch hier erweist sich die Sprach- und Kulturpolitik als Kristallisationspunkt für die Politisierung ethnischer Differenz. Die *Sprachenfrage* steht seit 1989 an erster Stelle jener gesellschaftlichen Themen, die „ethnisch belegt“ sind. Der Streit um den Status der russischen Sprache entbrannte mit deren Herabstufung auf den Status einer „Sprache der interethnischen Kommunikation“ im Sprachengesetz von 1989, das gleichzeitig die kasachische Sprache zur alleinigen Staatssprache erhob. Bis heute entlädt sich die stark emotional aufgeladene Diskussion um die Stellung des Russischen in Kasachstan immer wieder aufs neue und erfaßt dabei weite Teile der Öffentlichkeit.

Die grundlegenden Argumentationslinien im Sprachenstreit sind bis heute unverändert und nur bedingt logisch nachvollziehbar. Von kasachischer Seite wird angeführt, daß die Sprache ein wesentliches Merkmal der Nation sei, weswegen das Kasachische wiederbelebt und gefördert werden müsse. Am deutlichsten formulierte diese Position der Präsident selbst, der in einem Interview äußerte: „Wenn es keine Sprache gibt, dann gibt es auch keine Nation, und wenn es keine Nation gibt, dann gibt es auch keinen Nationalstaat.“⁸⁶ Aus kasachischer Perspektive wird es als arrogant und beleidigend empfunden, daß die Russen und andere „Europäer“ praktisch nie Kasachisch gelernt haben und auch heute nur eine geringe Bereitschaft

⁸³ Zu detaillierten Informationen über die Diskussion um die doppelte Staatsbürgerschaft in Kasachstan vgl. Eschment, Beate, *Hat Kasachstan ein „russisches Problem“?*, S. 45ff.

⁸⁴ Vgl. *Konstitucija Respubliki Kazachstan*, Almaty 1996. Art. 10.3; ebenso Kolstø, Pål, *Anticipating Demographic Superiority*, S. 58

⁸⁵ Vgl. Kaiser, Robert/Chinn, Jeff, *Russian-Kazakh Relations*, S. 269

⁸⁶ Nazarbaev, Nursultan, zitiert in: Guboglo, Michail N., *Trudno byt' bratom*

zeigen, sich die Sprache der Titularnation anzueignen. Die Anhänger der russischen Sprache führen zur Untermauerung ihrer Position an, daß das Russische die lingua franca Kasachstans und darüber hinaus eine anerkannte Weltsprache sei. Demgegenüber sei die kasachische Sprache durch ihre langjährige Verdrängung aus dem öffentlichen Leben nicht in der Lage, die ihr zugewiesene Funktion als Staatssprache zu erfüllen. Einige Autoren sprechen davon, daß das Kasachische als Schriftsprache noch gar nicht endgültig standardisiert sei und außerdem nicht über das notwendige Vokabular verfüge, um einer solchen Aufgabe gerecht zu werden.⁸⁷ Aus diesen Gründen fordern die Anhänger der russischen Sprache die offizielle Aufwertung des Russischen zur zweiten Staatssprache.

Eines der größten Hindernisse, das der Schlichtung des Sprachenstreits im Wege steht, ist das Beharren beider Seiten auf ihren Maximalforderungen. Ein Großteil der Kasachen wehrt sich entschieden gegen die Aufwertung des Russischen zur zweiten Staatssprache, weil dies ihrer Ansicht nach - wie bereits unter sowjetischer Herrschaft - zwangsläufig zu einer Verdrängung des Kasachischen aus dem öffentlichen Leben führte. Damit ignorieren sie die Tatsache, daß ein gesetzlich geregelter Bilingualismus (ohne ideologische Stoßrichtung wie zu Sowjetzeiten) durchaus praktikabel ist und keineswegs zum Nachteil einer Sprache ausfallen muß. Weder ist der Erfolg bei der Wiederbelebung des Kasachischen davon abhängig, ob das Russische nun den Status einer zweiten Staatssprache besitzt oder nicht, noch erhöht das gewaltsame Zurückdrängen der russischen Sprache automatisch die Bereitschaft der Bevölkerung, Kasachisch zu lernen. Die Kasachen sehen jedoch die Forderungen der russischen Seite als Versuch, ihre traditionell privilegierte Stellung zu retten, während die Russen die neue Sprachenregelung als gegen sie gerichtetes Druckmittel, als Diskriminierung, empfinden.⁸⁸ Das Sprachengesetz von 1989 bedeutete für sie eine „psychologisch schwer zu verkraftende Niederlage“;⁸⁹ weshalb die Reaktionen darauf entsprechend heftig ausfielen.

Wenn Anhänger der russischen Sprache anführen, die Sprachenpolitik der Regierung sei das wichtigste Instrument zur Verwirklichung einer kasachischen Ethnokratie, kommt darin das „irrationale“ Element innerhalb ihrer Argumentation zum Ausdruck, denn die Sprachengesetzgebung in Kasachstan gehört zu den liberalsten auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion. Mit dem Inkrafttreten der neuen Verfassung im Jahre 1995 hat die russische Sprache den Status einer dem Kasachischen in allen öffentlichen Bereichen gleichberechtigten Sprache erhalten (Art. 7.2). Das neueste Sprachengesetz, das im Juli 1997 verabschiedet wurde, bestätigte die Stellung des Russischen als zweite, offizielle Amtssprache.⁹⁰ Hinzu kommt, daß das Russische nach wie vor das gesamte öffentliche Leben dominiert. Kasachisch fristet in der modernen Berufswelt, dem (höheren) Bildungswesen sowie als Verwaltungssprache immer noch ein Schattendasein;⁹¹ lediglich auf dem Mediensektor zeigt sich eine ausgeglichene

⁸⁷ Vgl. Dave, Bhavna, National Revival in Kazakhstan, S. 55

⁸⁸ Vgl. Kadyrshanow, Rustem, Die ethnopolitische Situation, S. 22

⁸⁹ Guboglo, Michail N., Sprachengesetzgebung und Sprachenpolitik in der UdSSR und in den Nachfolgestaaten der UdSSR seit 1989. Berichte des BIOst 32/1994, Köln 1994, S. 9

⁹⁰ Vgl. „Neues Sprachengesetz in Kasachstan in Kraft getreten“, in: DW-Monitordienst (Internetausgabe), 15.07.1997

⁹¹ Im Jahre 1994 fand der überwiegende Teil des Unterrichtes an kasachstanischen Bildungseinrichtungen auf russisch statt. Während 262.511 Kinder in kasachischsprachige Vorschulen gingen, besuchten 478.490 analoge russischsprachige Einrichtungen. 806.100 Schüler wurden auf kasachisch unterrichtet, 1.033.900 auf russisch. An den Hochschulen besuchten 77.243 Studenten kasachischsprachige Veranstaltungen, während 189.416 ihrer Kommilitonen Vorlesungen in russischer Sprache hörten. Im gleichen Jahr zeigte sich in den öffentlichen Institutionen und im Arbeitsleben eine ähnliche Sprachensituation: In 70,3% der insgesamt 55.008 staatlichen Organisationen erfolgte die gesamte Geschäftsführung ausschließlich auf

Bilanz, weil viele Periodika zweisprachig erscheinen und ein Großteil der Fernseh- und Hörfunkstationen sowohl auf russisch als auch auf kasachisch sendet.⁹² Angesichts der rechtlichen Grundlagen und der realen Sprachensituation im Land kann von einer Diskriminierung der russischen Sprache nicht die Rede sein. Doch russische Nationalisten ziehen es offenbar überhaupt nicht in Erwägung, Kasachisch zu lernen, denn nur so ist ihr Vorwurf erklärbar, das Beherrschen der Staatssprache als Voraussetzung für die Ausübung bestimmter Tätigkeiten im Staatsdienst (beispielsweise des Präsidentenamtes) sei gleichbedeutend mit dem Ausschluß der Nicht-Kasachen von der staatlichen Macht.

Es ist offensichtlich, daß das Sprachenproblem durch die bisherigen gesetzlichen Regelungen nicht gelöst werden konnte. Die Anhänger der russischen Sprache fühlen sich weiterhin benachteiligt, weil das Russische nach wie vor nicht den Status der zweiten Staatssprache besitzt. Während sich die russischen Forderungen auf einen Wortlaut im Gesetzestext beziehen, haben die Fürsprecher des Kasachischen das Problem, daß sich für sie und ihre Sprache durch die juristische Formulierung allein nichts ändert. Solange das Kasachische lediglich auf dem Papier als Staatssprache ausgewiesen ist, seine gesellschaftliche Bedeutung jedoch zweitrangig bleibt, werden kasachische Nationalisten ihre Ansprüche weiterhin geltend machen.

Der Sprachenstreit wird von nationalistischen Kreisen und Parteien beider Seiten als Ausdruck des kasachisch-russischen Antagonismus dargestellt und auf diese Weise für ihre eigenen Zwecke nutzbar gemacht. Tatsächlich entzweit die Diskussion jedoch Kasachischsprachige und Russischsprachige. Die Reduzierung auf eine russisch-kasachische Auseinandersetzung blendet nicht nur die Interessen von 20 Prozent der Bevölkerung, d. h. der übrigen Minderheiten, völlig aus, sondern ignoriert auch die Tatsache, daß ein erheblicher Teil der ethnischen Kasachen sprachlich russifiziert ist und deswegen im Sprachenstreit eher „russische Interessen“ vertritt. Die Sprachenfrage spaltet somit auch die kasachische Bevölkerung. Auch wenn die Auseinandersetzung darüber sowohl kasachische als auch russische ethnonationale Stimmungen produziert, so stellt sie ihrem Wesen nach nur bedingt einen Streitpunkt dar, der die kasachstanische Bevölkerung entlang ethnischer Linien spaltet. Die Instrumentalisierung für diese Zwecke läßt darauf schließen, daß es in der Diskussion nicht in erster Linie um die Sprachenfrage als gesamtgesellschaftliches Problem geht, sondern vielmehr um Statusfragen und Aufstiegsmöglichkeiten innerhalb der (politischen) Elite Kasachstans. Die Sprachenfrage ist eng mit dem Zugang zur Macht verknüpft, wobei der Machtkampf auf zwei Ebenen stattfindet: Zum einen versuchen die gesellschaftlichen Vertreter der russischen Bevölkerung über den Status ihrer Sprache auch ihren politischen Einfluß gegenüber der indigenen Elite zu sichern.⁹³ Zum anderen findet innerhalb der Titularnation eine Auseinandersetzung zwischen dem alten, russischsprachigen und dem neuen, kasachischsprachigen Teil der kasachischen Nomenklatura statt, weswegen die Sprachenpolitik derzeit vielleicht weniger ein Indikator für das kasachisch-russische Verhältnis als für die innerkasachische Konstellation in den politischen Führungsgremien ist.⁹⁴

russisch, lediglich 16,6% der Organisationen arbeiteten zweisprachig. Vgl. Abdygaliev, Berik, Gosudarstvennaja politika, S. 46ff.

⁹² Vgl. ebd., S. 47

⁹³ Vgl. Kadyrshanow, Rustem, Die ethnopolitische Situation, S. 22

⁹⁴ Vgl. Eschment, Beate, Hat Kasachstan ein „russisches Problem“?, S. 35

3.3 Zur Politisierung ethnischer Gruppengrenzen in Kasachstan – Eine dreistufige Analyse

Aufbauend auf den bisher gewonnenen Erkenntnissen, geht es nun darum, zu erfassen, wie weit der Prozeß der Politisierung ethnischer Gruppengrenzen in Kasachstan fortgeschritten ist. Dies soll anhand des Stufenmodells von Wimmer geschehen, indem die in der Theorie unterschiedenen Stadien der Politisierung von Ethnizität bzw. der Entstehung von Nationalbewegungen auf die reale ethnopolitische Situation in Kasachstan angewendet werden.

3.3.1 Die Ethnisierung der staatlichen Bürokratie

Als erste Voraussetzung für die konfliktschöpfende Aufladung ethnischer Differenz nennt Wimmer die *Ethnisierung der staatlichen Bürokratie*. Die administrative Praxis eröffnet die Möglichkeit, Arbeitsplätze in der Verwaltung, öffentliche Aufträge und andere „Ressourcen“ selektiv zu verteilen, um sich damit die dauerhafte Unterstützung durch eine Gruppe von Bevorzugten zu sichern. Falls diese Privilegierung entlang ethnischer Zugehörigkeiten erfolgt, entsteht bei den Angehörigen anderer ethnischer Gruppen ein Gefühl der Diskriminierung, weil der Staat in ihren Augen einer anderen Ethnie „gehört“. In Kasachstan setzte bereits während der „Kunaevščina“, also noch in sowjetischer Zeit, eine Nationalisierung der Exekutive ein, die sich bis heute in verstärktem Maße fortsetzt. Inzwischen sind Regierung und Verwaltung zu weiten Teilen kasachisiert. Was jedoch die Auswirkungen dieser fortschreitenden Indigenisierung betrifft, so muß man berücksichtigen, daß sie weniger das Symptom eines allgemeinen Ethnozentrismus, als vielmehr die Folge informeller Ämterpatronage darstellt. Die kasachisierten Verwaltungsstrukturen und die damit verbundene Kontrolle über die staatlichen Ressourcen werden nicht dazu genutzt, den gesamten kasachischen Ethnos selektiv zu unterstützen und gegenüber anderen Nationalitäten zu bevorzugen. Die Privilegierung beschränkt sich auf einen kleinen Elitenkreis, der sich als ein relativ geschlossenes System präsentiert, was sich an der Personalpolitik innerhalb der politischen Führung ablesen läßt.

Zwar zeichnet sich der Führungsstil Nursultan Nazarbaevs bislang durch ein häufiges Auswechseln der Regierungsmannschaften und Akime (Gebietsgouverneure) aus, doch der Verlust eines hohen Postens bedeutet für die Betroffenen nicht automatisch das Ende der Karriere, sondern ermöglicht in vielen Fällen sogar den Zugang zu lukrativeren Stellungen. So übernahm der seines Amtes enthobene ehemalige Vize-Premierminister Asygat Jabagin die Leitung eines großen, internationalen Unternehmens. Er war entlassen worden, weil er in dubiose Machenschaften im Zusammenhang mit dem Privatisierungsprozeß verwickelt gewesen war, kehrte jedoch bald darauf als Minister für Handel, Industrie und Wirtschaft wieder auf die politische Bühne zurück. Jabagin ist kein Einzelfall; der wegen finanzieller Mißwirtschaft abgesetzte ehemalige Gouverneur des Verwaltungsbezirks Ostkasachstan, Amangeldy Mammažev, leitet heute die staatliche Landwirtschaftsgesellschaft *Ken Dala*.⁹⁵ Und dem ehemaligen Ministerpräsidenten Tereščenko gelang erst kürzlich ein erfolgreiches „comeback“ als Wahlkampfmanager Nazarbaevs für die Präsidentenwahlen im Januar 1999.

Die Beispiele aus der Personalpolitik innerhalb der Staatsführung verdeutlichen die Funktionsweise der Klientelstrukturen in der kasachstanischen Exekutive. Umbesetzungen finden dort eher nach dem Prinzip einer internen Rotation als im Sinne eines echten „Kaderwech-

⁹⁵ Vgl. Sharipzhan, Merhat, *As One Door Closes*

sels“ statt, so daß die personelle Kontinuität weitgehend gewahrt bleibt.⁹⁶ Die Umverteilung der staatlichen Ressourcen erfolgt innerhalb eines kasachisch dominierten Elitennetzwerkes, das seine „Distributionsgewalt“ hauptsächlich für sich selbst nutzt, weshalb kritische Stimmen im Land angesichts dieser Strukturen von einer Oligarchie oder Eliten-Ethnokratie sprechen.⁹⁷ Auch ausländische Analysen heben die personelle „Unbeweglichkeit“ der politischen Klasse in Kasachstan als Problem hervor, das nicht nur die Herausbildung einer neuen politischen Elite erschwert, sondern auch die Staatsführung zunehmend von der Bevölkerung isoliert.⁹⁸ Die Dominanz der Kasachen in der staatlichen Bürokratie hat deswegen bisher nicht zu einer spürbaren Verschlechterung der interethnischen Beziehung auf gesamtgesellschaftlicher Ebene geführt, weil die Menschen weniger die ethnische Zusammensetzung der Staatsführung wahrnehmen, sondern in erster Linie den sozialen Unterschied zwischen dem Lebensstandard „derer da oben“ und ihrer eigenen materiellen Notlage.

3.3.2 Die Entstehung politischer Nationalbewegungen

Die zweite Stufe im Prozeß der Politisierung ethnischer Gruppengrenzen sieht Wimmer in der Entstehung einer Schicht politischer Vordenker, die durch Agitation und Konzeptionalisierung den (ethno)nationalen Gedanken zu einer politischen Bewegung umformen und breitere Schichten der eigenen ethnischen Gruppe dafür gewinnen. Um die Situation in Kasachstan diesbezüglich beurteilen zu können, muß die Entwicklung und Etablierung von Parteien mit nationaler Programmatik ins Auge gefaßt werden. Dabei beschränkt sich die Perspektive zwangsläufig auf kasachische und russische Gruppierungen, da eine politische Organisation der Interessen anderer Minderheiten bisher nicht stattgefunden hat. Die Mitte der achtziger Jahre in allen Teilen der UdSSR beginnende „nationale Wiedergeburt“ fiel in Kasachstan wesentlich schwächer aus als in anderen Sowjetrepubliken. Es entstanden dort keine national motivierten Volksfronten, vielmehr erfolgte die weitgehend von der russischsprachigen Intelligenz getragene politische Mobilisierung der Bevölkerung über ökologische Themen. Eine Vorreiterrolle übernahm in diesem Zusammenhang die Antinuklearbewegung „Nevada-Semipalatinsk“, die sich gegen die sowjetischen Atomwaffentests auf dem Gebiet der Kasachischen SSR wandte. Hinsichtlich ihrer regierungskritischen Einstellung und mobilisierenden Funktion bildete Nevada-Semipalatinsk das Pendant zu den Volksfronten in den anderen Sowjetrepubliken.⁹⁹

Erst im Jahre 1989 entstanden die ersten politischen Parteien mit kasachisch-nationaler und - als Reaktion darauf - auch russisch-nationaler Ausrichtung. Die Rolle der „blockierten Mittelschicht“ als Initiator einer Nationalbewegung fiel dabei der kasachisch(sprachig)en Bildungselite zu. Im Kontext des fortschreitenden „Nationalisierungsprozesses“ innerhalb der Sowjetrepubliken bot sich ihr erstmals die Möglichkeit, die empfundene Benachteiligung ge-

⁹⁶ Dieses „Rotationssystem“ hat solche Ausmaße angenommen, daß im kasachstanischen Parlament bereits darüber diskutiert wurde, ob man staatlichen Amtsträgern, die aus ihrer Position entlassen wurden, für ein bis zwei Jahre den erneuten Zutritt zu offiziellen Ämtern gesetzlich verbieten sollte. Vgl. Sharipzhan, Merhat, *As One Door Closes*

⁹⁷ Vgl. Amrekulov, Nurlan/Masanov, Nurbulat, *Kazachstan meždu prošlym i buduščim*, S. 140

⁹⁸ Vgl. Goble, Paul, *Analysis from Washington – The Criminalization of Politics*, in: RFE/RL features (Internetausgabe), 30.4.1999

⁹⁹ Vgl. Eschment, Beate, *Hat Kasachstan ein „russisches Problem“?*, S. 51

genüber den Russen auf politischer Ebene zu thematisieren, wobei sich die Sprachenfrage zum entscheidenden Instrument dieses Unrechtsdiskurses entwickelte. Auf kasachischer Seite besitzt die 1990 gegründete Bürgerbewegung „Azat“ (Freiheit) den höchsten Bekanntheitsgrad. Ihr Name ist Programm und steht für die Forderung nach Befreiung der Kasachen von der russischen Vorherrschaft, was jedoch ausdrücklich auf friedlichem Wege, d. h. durch die gesetzliche Förderung der kasachischen Bevölkerung, ihrer Sprache und Kultur geschehen soll. Der Islam spielt im Programm der Bewegung keine Rolle.¹⁰⁰ Unmittelbar vor der Unabhängigkeitserklärung Kasachstans besaß *Azat* ihren größten Einfluß, wobei sie den stärksten Zuspruch im Süden des Landes erhielt.¹⁰¹ Seither sinkt ihre gesellschaftliche Bedeutung.¹⁰² Daneben muß auf die radikal nationalistischen Gruppierungen mit starker islamischer Ausrichtung, „*Alaš*“ und „*Želtoksan*“, hingewiesen werden. Die 1990 gegründete „Partei der nationalen Freiheit - *Alaš*“ tritt für die Vereinigung aller muslimischen Turkvölker in einem Staat Großturkestan ein. Sie betrachtet den islamischen Glauben als einigendes Element der kasachischen Nation, distanziert sich allerdings vom politischen Islam iranischer Ausprägung. *Želtoksan* strebt eine komplette „Dekolonialisierung“ Kasachstans an und betrachtet den Islam als einen bedeutenden ideologischen und politischen Faktor für die zukünftige Entwicklung des Staates. Wegen ihrer radikalen Programme sind sowohl *Alaš* als auch *Želtoksan* bis heute nicht offiziell registriert. Wie gering das politische Mobilisierungspotential solcher Gruppierungen in Kasachstan ist, verdeutlicht die Tatsache, daß die Zahl der aktiven Parteimitglieder von *Alaš* 1994 auf 70 Personen geschätzt wurde.¹⁰³

Auf russischer Seite sind in erster Linie die politisch-kulturelle Bewegung „*Lad*“ (Eintracht) mit der dazugehörigen „Partija demokratičeskogo progressa“ (Partei des demokratischen Fortschritts) sowie die „Russkaja Obščina“ (Russische Gemeinde) zu nennen. Darüber hinaus existieren weitere spezifisch russische Organisationen wie z. B. „*Edinstvo*“ (Einheit) oder „*Russkij Centr*“ (Russisches Zentrum). Auch die drei Kosakenschaften Kasachstans - die Semireč'e-Kosaken im Südosten, die Sibirischen Kosaken im Norden und die Ural-Kosaken im Nordwesten des Landes - müssen zu den russischen Interessenvertretungen gezählt werden. *Lad* gilt als die größte und einflußreichste jener Organisationen,¹⁰⁴ die versucht, durch Beteiligung an Wahlen eigene Vertreter in die verschiedenen, politischen Institutionen zu entsenden. Die wichtigsten Ziele der Bewegung bestehen in der Wahrung und Förderung der russischen nationalen Kultur sowie im Schutz der Rechte der Russen in Kasachstan.¹⁰⁵ Nach wie

¹⁰⁰ Vgl. das Programm von *Azat*, in: *Političeskie partii i obščestvennye dviženija sovremennogo Kazachstana*. Spravočnik, vypusk 2, S. 2ff.

¹⁰¹ Angaben über die Zahl der Aktivisten und Anhänger der Organisation schwanken erheblich, weil es keine fixierte Mitgliedschaft gibt. Während die Führer der Bewegung von mehr als 300.000 sprechen, ist in anderen Quellen von 1.200 die Rede. Vgl. *Političeskie partii*, S. 1 sowie Eschment, Beate, *Hat Kasachstan ein „russisches Problem“?*, S. 52

¹⁰² Dies hängt sicherlich auch damit zusammen, daß *Azat* in ihrer Gründungsphase 1990/91 nicht als Oppositionskraft auftrat, sondern den Regierungskurs Nazarbaevs unterstützte, der die damals populären Ziele der kasachischen Nationalisten übernommen hatte. Inzwischen hat sich *Azat* – wie alle anderen kasachischen und russischen Interessenvertretungen auch – vom Regierungskurs distanziert und ist in die Opposition übergegangen, weil die offizielle Politik nicht ihren Erwartungen entspricht und sie sich um ihre zeitweilige Loyalität betrogen fühlt. Der Wechsel ins Oppositionslager bedeutete jedoch gleichzeitig den Verlust von gesellschaftlichem Einfluß und politischer Bedeutung.

¹⁰³ Vgl. *Političeskie partii*, Vypusk 1, S. 62ff.

¹⁰⁴ Die Anzahl ihrer Mitglieder wird in unabhängigen Quellen mit ca. 10.000 beziffert. Vgl. *Političeskie partii*, vypusk 2, S. 9

¹⁰⁵ Vgl. das Programm von *Lad*, in: ebd., S. 9f.

vor tritt *Lad* für die Aufwertung des Russischen zur zweiten Staatssprache und für die doppelte Staatsbürgerschaft ein. Sie betont, daß Kasachstan ein multinationales Land sei und bleiben solle, womit sie sich gegen die Massenemigration der Russen wendet und sich gleichzeitig von jeglichen Sezessionsforderungen distanziert.¹⁰⁶ Damit unterscheidet sich *Lad* von anderen russisch-nationalen Kreisen im Verwaltungsbezirk Ostkasachstan und von den Kosakenschaften, welche die territoriale Integrität Kasachstans mit ihren Forderungen in Frage stellen.

Sowohl innerhalb des kasachischen als auch des russischen nationalen Spektrums besteht die Tendenz zur Aufspaltung in immer kleinere Einheiten. Personelle und organisatorische Grenzen zwischen den einzelnen Gruppierungen sind oft fließend und ständiger Veränderung unterworfen, da es immer wieder zu kurzfristigen Zusammenschlüssen und Abspaltungen kommt.¹⁰⁷ Diese Entwicklung wird sicherlich dadurch unterstützt, daß die Parteien und Bewegungen in Kasachstan im allgemeinen sehr stark auf eine Führungspersonlichkeit ausgerichtet sind, sich aber programmatisch oft nur minimal voneinander unterscheiden. Ein Journalist charakterisierte die existierenden Parteien als „Proto-Parteiformationen“, die zwar den organisatorischen Aufbau einer Partei, jedoch kein fest umrissenes politisches Programm besäßen.¹⁰⁸ Diese Uneinigkeit und die daraus resultierende Zersplitterung der kasachischen und russischen nationalen Bewegung in Kasachstan müssen als eine Ursache für ihre bisher geringe gesellschaftliche Bedeutung herausgestellt werden.

Ein zweiter Grund für die eingeschränkten Möglichkeiten nationaler Mobilisierung in Kasachstan liegt in dem Problem, echte Opposition in einem zunehmend autoritären politischen System zu etablieren. Die Grundvoraussetzung für das öffentliche Wirken gesellschaftlicher Vereinigungen und Parteien in Kasachstan, vor allem für ihre Teilnahme an Wahlen, ist die staatliche Registrierung, über die das Justizministerium zu befinden hat. In der staatlichen Registrierung sehen einige Autoren ein von der Regierung bewußt aufgestelltes bürokratisches Hindernis, um die Bildung von Opposition zu erschweren.¹⁰⁹ Von russischer Seite ist häufig der Vorwurf zu hören, die offizielle Registrierung werde als einseitige Diskriminierung gegen russische Interessenvertretungen angewendet, was jedoch nicht den Tatsachen entspricht, denn von der Verweigerung der Anerkennung sind sowohl kasachische als auch russische Gruppierungen betroffen.¹¹⁰ Daß die Hürde der staatlichen Registrierung tatsächlich ein Mittel darstellt, mit dem die Etablierung von Oppositionskräften jeglicher Art behindert werden soll, läßt sich am Beispiel liberal-demokratischer Parteien und Bewegungen ohne nationalistische Ausrichtung ablesen. Kann die offizielle Ablehnung solcher Gruppierungen wie *Alaš* oder der Kosakenverbände durchaus mit deren verfassungswidrigen Zielsetzungen begründet werden,

¹⁰⁶ Vgl. Benner, Katrin, Der Vielvölkerstaat Kasachstan, S. 91

¹⁰⁷ Vgl. Eschment, Beate, Hat Kasachstan ein „russisches Problem“?, S. 53f.

¹⁰⁸ Zitiert in: Dave, Bhavna, Heading Toward Dictatorship, in: Building Democracy. The OMRI Annual Survey of Eastern Europe and the Former Soviet Union 1995, Armonk/London 1996, S. 271

¹⁰⁹ Vgl. ebd., S. 271 sowie Benner, Katrin, Der Vielvölkerstaat Kasachstan, S. 93

¹¹⁰ Neben den radikal kasachisch-nationalistischen Bewegungen *Alaš* und *Želtoksan* blieb auch der russischen Interessenvertretung *Edinstvo* 1992 die Registrierung versagt. Ebenso hatte die *Russkaja Obščina* erhebliche Probleme mit ihrer Zulassung. Besonders problematisch gestaltet sich die offizielle Anerkennung der Kosakenverbände in Kasachstan, da sich die Verfassungsmäßigkeit dieser Zusammenschlüsse vor allem deshalb als zweifelhaft erweist, weil ihre Forderungen nach Rückführung Kasachstans in den Herrschaftsbereich Rußlands einen eindeutigen Angriff auf die territoriale Integrität der Republik darstellt. Die „Gesellschaft zur Unterstützung der Semireč'e-Kosaken“ ist bis heute die einzige Kosaken-Organisation, die staatlich registriert ist. Vgl. Bremmer, Ian/Welt, Cory, Kazakhstan's Quandary, in: Journal of Democracy, 6, 3/1995, S. 139 - 154, hier S. 145

so liefern solche Vereinigungen wie *Azamat* oder die im Januar 1999 gegründete Republikanische Volkspartei des ehemaligen Ministerpräsidenten Kažegel'din keinerlei verfassungsrechtliche Angriffspunkte. Trotzdem wurde ihnen erst nach monatelangen Schwierigkeiten die offizielle Registrierung durch das Justizministerium gewährt.¹¹¹

Betrachtet man das gegenwärtige Parteienspektrum in Kasachstan, das von den Sozialisten über „zentristische“, regierungsnahen Organisationen bis hin zu nationalistischen Gruppierungen am rechten Rand reicht, so läßt sich formal durchaus von ideologischer Vielfalt sprechen. Die bloße Existenz dieser Parteien sagt jedoch noch nichts über deren politische Bedeutung aus, denn realpolitisch ist von Vielfalt nur wenig zu spüren. Bei den offiziell in den politischen Prozeß integrierten Parteien kann von Interessenpluralismus kaum die Rede sein, da sie den Regierungskurs unterstützen. An erster Stelle der präsidententreuen Vereinigungen stand bis vor kurzem die 1995 gegründete präsidententreue Partei „*Narodnoe Edinstvo Kazachstana* [*PNEK*]“ (Partei der Volkseinheit Kasachstans), in deren Parteiprogramm sich der Kurs der Regierung Nazarbajev widerspiegelte. Die *PNEK* stellte die einflußreichste politische Organisation in Kasachstan dar, in der der größte Teil der politischen Führung, u. a. zahlreiche Mitglieder des Präsidialapparates und Regierungsmitglieder, zusammengeschlossen waren. Bei den letzten beiden Parlamentswahlen errang sie jeweils die meisten Sitze. Im Januar 1999 ging die *PNEK* gemeinsam mit der Liberalen Bewegung und der Demokratischen Partei in der neu gegründeten Partei „*Otan*“ (Vaterland) auf, an deren Spitze der ehemalige Premierminister und diesjährige Wahlkampfmanager Nazarbajevs, Sergej Tereščenko, steht. 44 von 67 Abgeordneten der *Mažilis*, des parlamentarischen Unterhauses, gehören dieser neuen politischen Vereinigung an.¹¹² *Otan* hat es sich bezeichnenderweise zum Ziel gesetzt, Nazarbajev als Kandidaten für die nächsten Präsidentenwahlen im Jahre 2006 vorzuschlagen.¹¹³

In diesem schwierigen politischen Klima haben es national orientierte Parteien bislang nicht geschafft, sich zu etablieren. Ein Anhaltspunkt dafür ist die Tatsache, daß sowohl kasachische als auch russische Nationalisten bei allen bisherigen Parlamentswahlen nur wenige Mandate erringen konnten. Der Umstand, daß das zunehmend autoritäre politische System auch die Etablierung nationaler Kräfte behindert, darf jedoch nicht zu dem falschen Umkehrschluß führen, daß bei einer konsequenteren Demokratisierung die ethnopolitischen Spannungen in Kasachstan zunehmen würden. Denn abseits der Hindernisse, die ihnen das politische System in den Weg stellt, sehen sich die national orientierten Parteien und Bewegungen mit einem weiteren, viel grundlegenden Problem konfrontiert, das ihre gesellschaftliche Position schwächt. Durch die schwache Resonanz, die der Großteil dieser Vereinigungen in der Bevölkerung findet, fehlt ihnen jegliche Massenbasis. Der geringe Zuspruch für nationale Parteien muß im Zusammenhang mit der allgemein schwachen politischen Mobilisierung der Kasachstaner gesehen werden, die nicht nur an den derzeit niedrigen Mitgliederzahlen der politischen Organisationen abzulesen ist, sondern auch an der fehlenden Bereitschaft oder Fähigkeit der Menschen, eine politische Position zu vertreten.¹¹⁴ Auch in den oft als spannungsgeladen charakte-

¹¹¹ Sharipzhan, Merhat, Opposition Groups Prepare for Polls, in: RFE/RL features (Internetausgabe), 27. April 1999

¹¹² Vgl. Pannier, Bruce: Fairness of Parliamentary Elections Will Be Scrutinized, in: RFE/RL features (Internetausgabe), 22.6.1999

¹¹³ Vgl. RFE/RL Newline (Internetausgabe), 14.1.1999 und 1.3.1999

¹¹⁴ Bei einer Umfrage in mehreren Städten Kasachstans, wo ein höherer politischer Mobilisierungsgrad angenommen werden darf als auf dem Land, sahen sich 85,5 % der Russen und 89,1 % der Kasachen nicht in der Lage, ihre Haltung zu einer bestimmten politischen Partei zu definieren bzw. zogen es vor, überhaupt keiner politischen Partei beizutreten. Vgl. Guboglo, Michail, Trudno byt' bratom

risierten, nördlichen Regionen des Landes haben die russischen Interessenvertretungen mit der politischen Apathie der Bevölkerung zu kämpfen.¹¹⁵

Eine Hauptursache für die politische Apathie der Menschen liegt in der immer noch weit verbreiteten „sowjetischen Mentalität“, die sich darin äußert, daß die meisten Kasachstaner eine deutliche Trennung zwischen der Bevölkerung und dem politischen Prozeß vornehmen und sich nicht als Teil des letzteren betrachten. Daraus erwächst ein Gefühl der Machtlosigkeit. Hinzu kommt, daß den demokratischen Strukturen allgemein eine gewisse Skepsis entgegengebracht wird, weil die Menschen mit der Demokratisierung seit dem Zerfall der Sowjetunion vor allem eine Verschlechterung ihrer eigenen Lebenssituation verbinden. Die anfängliche Souveränitätseuphorie hat längst einem Gefühl der Enttäuschung und Verbitterung Platz gemacht. In einer solchen Situation werden Rufe nach einer „Politik der starken Hand“ laut, wie sie die Präsidenten der mittelasiatischen Nachbarrepubliken Turkmenistan und Usbekistan schon seit Jahren betreiben. Die augenscheinlich hohe Akzeptanz für einen „starken Führer“ im Stile des „*Turkmenbaschi*“¹¹⁶ Nijazov oder des „*Uzbekbaschi*“ Karimov macht sich Nursultan Nazarbajev auch in Kasachstan zusehends zunutze.

3.3.3 Die ethnische Blockbildung

Die Untersuchung der politischen Mobilisierung der kasachstanischen Bevölkerung führt zur dritten Stufe der Politisierung ethnischer Gruppengrenzen, d. h. zur Frage, inwieweit in Kasachstan die Möglichkeit zur Entstehung *klassenübergreifender ethnischer Blöcke* gegeben ist. Ethnische Blockbildung setzt die Dominanz einer ethnisch geprägten Freund-Feind-Semantik in weiten Teilen der Bevölkerung voraus. Die Analyse der komplexen Segmentierung der kasachstanischen Gesellschaft mit ihren „*cross-cutting cleavages*“ hat jedoch ergeben, daß eine derartige Polarisierung entlang ethnischer Linien durch die Vielzahl der Identitätsbezüge verhindert wird. Der einzige Konflikt, welcher derzeit die gesamte Gesellschaft erfaßt und, mehr oder weniger, in zwei Lager aufspaltet, ist ein Verteilungskonflikt, der sich aus der fortschreitenden sozialen Differenzierung ergibt. Allerdings existieren nur wenige Anzeichen dafür, daß dieser Verteilungskonflikt von der Masse der Bevölkerung ethnisch uminterpretiert werden könnte.

Es konnte gezeigt werden, daß weder die kasachische noch die russische Nationalbewegung bislang Massencharakter angenommen haben. Für einen Zusammenschluß der national orientierten Eliten mit großen Teilen der Bevölkerung scheinen die Bedingungen auf russischer Seite ungünstiger als auf kasachischer. Die russischen Kasachstaner besitzen weder ein ausgeprägtes Gemeinschaftsbewußtsein noch Erfahrung darin, für ihre eigenen Interessen einzutreten, weil bis vor wenigen Jahren Moskau dafür zuständig war. Die national orientierte russische Intelligenz bleibt ohne breite Unterstützung durch ihre Landsleute, die ihre Unzufriedenheit bezeugen, indem sie „mit den Füßen“ abstimmen und das Land verlassen, anstatt sich in Kasachstan gesellschaftlich zu organisieren.

Auf kasachischer Seite scheinen zumindest die strukturellen Voraussetzungen zur ethnischen Blockbildung deshalb eher gegeben, weil mit den stetig wachsenden kasachischen Marginalen in den Städten eine potentielle Basis für die massenwirksame Politisierung von Ethnizität ent-

¹¹⁵ Vgl. Kolstø, Pål, *Anticipating Demographic Superiority*, S. 64

¹¹⁶ „-*baschi*“ bedeutet der „Erste“, „Oberste“, „Höchste“.

steht. Die Entfremdung in der neuen russifizierten Umgebung, gepaart mit der materiellen Notsituation, bildet die Grundlage für ethnonationalistische Stimmungen in den Reihen der Zuwanderer, die von der Regierung eines „kasachischen Staates“ erwarten, daß diese vorrangig für die Interessen der Titularnation eintritt.¹¹⁷ Von der zahlenmäßigen Größe der Marginalen darf jedoch nicht auf deren politischen Einfluß geschlossen werden, der alles andere als „wesentlich“¹¹⁸ ist. Tatsächlich fehlt den kasachischen Zuwanderern jegliche Lobby und damit die Möglichkeit, ihre Forderungen auf politischer Ebene zu thematisieren sowie Druck auf die Regierung auszuüben. Die kasachische Elite zeigt wenig Neigung, sich der Probleme ihrer Landsleute anzunehmen und sich mit ihnen zu solidarisieren. Ganz im Gegenteil distanziert sie sich von den aus ihrer Sicht ungebildeten, unkultivierten Landbewohnern. Es existiert keine Verbindung zwischen der kasachischen Intelligenz und der Masse der Marginalen, weshalb auch auf kasachischer Seite keine klassenübergreifende ethnische Blockbildung stattfindet. Die Elite verfolgt weitgehend ihre eigenen Interessen, die nicht auf den kasachischen Ethnos, sondern auf den Machtgewinn bzw. -erhalt innerhalb eines begrenzten Personenkreises ausgerichtet ist. Folgerichtig fehlt ethnonationalistischen Stimmungen in der Bevölkerung der „Transmitter“, der die entsprechenden Forderungen organisiert und in eine politische Bewegung umsetzt.

4 Die Nationalitätenpolitik der Republik Kasachstan – Die „nationale Frage“ als Instrument zur Herrschaftssicherung

4.1 Die offizielle Darstellung – Nazarbaev als einzige Antwort auf die „nationale Frage“

Mit der Unabhängigkeitserklärung der Republik Kasachstan wurde die ethnisch heterogene Bevölkerungsstruktur des Landes zum vorherrschenden innenpolitischen Thema, das auch heute noch eine zentrale Stellung in der öffentlichen Diskussion um den weiteren Entwicklungsweg des jungen Staates einnimmt. Zu der allgegenwärtigen Präsenz der interethnischen Beziehungen tragen Präsident und Regierung entscheidend bei. Besonders während der ersten Jahre der Eigenstaatlichkeit betonte Nursultan Nazarbaev bei nahezu jeder sich ihm bietenden Gelegenheit die Dringlichkeit der „nationalen Frage“ und nannte die „nationale Eintracht“ (nacional’noe soglasie) als die wichtigste Voraussetzung für „politische Stabilität“ im Land. In der offiziellen Darstellung wird die multiethnische Zusammensetzung des Staatsvolkes sowohl als Chance wie auch als Gefahr für die Zukunft Kasachstans präsentiert. So beziehe die Republik einerseits ihren „unikalen Charakter“, ihre „Einzigkeit und Stärke“ aus der ethnischen Vielfalt,¹¹⁹ welche andererseits aber auch zur Bedrohung für die staatliche Integrität werden könne. Als warnendes Beispiel verweist Nazarbaev immer wieder auf die Ereignisse in Jugoslawien, Nagornyj Karabach oder Tadschikistan, um die zerstörerischen Folgen „inte-

¹¹⁷ Vgl. Akiner, Shirin, *The Formation*, S. 76f.

¹¹⁸ Vgl. Brusina, O. I., *Russkie v stranach Baltii i Srednej Azii. Prava i social’nye vozmožnosti*, in: *Etnografičeskoe Obozrenie*, 5/1997, S. 142 - 155, hier S. 150

¹¹⁹ Vgl. Nazarbaev, Nursultan, *K obnovlennomu Kazachstanu - čerez uglublenie reform, obščėnacional’noe soglasie. Vystuplenie Prezidenta N. A. Nazarbaeva na zasedanii Verchovnogo Soveta*, 9 ijunja 1994 g., in: *Kazachstanskaja pravda*, 15.06.1994

rethnischer Spannungen“ zu verdeutlichen.¹²⁰ In Gegenüberstellung dazu hebt der Präsident das bisher friedliche Zusammenleben der über 100 ethnischen Gruppen in Kasachstan hervor und präsentiert diesen Frieden als Erfolg seiner Politik. Dabei lautet die offizielle Argumentation, daß zwar in den ersten Jahren der staatlichen Unabhängigkeit ein hohes Konfliktpotential in den interethnischen Beziehungen bestanden hätte, dieses jedoch durch die Nationalitätenpolitik der Regierung entschärft werden konnte.¹²¹

Nazarbaev stellt sich selbst als Garanten des inneren Friedens dar,¹²² was angesichts des Aufkommens gewaltsamer Konflikte und Kriege mit ethnischem Hintergrund in anderen Teilen der ehemaligen Sowjetunion ein durchaus geeignetes Argument ist, um sowohl die Bürger Kasachstans als auch „westliche“ Beobachter von seinen Qualitäten als Staatsoberhaupt zu überzeugen. Zieht man jedoch die bisherigen Ergebnisse dieser Studie in Betracht, wird deutlich, daß die offizielle Darstellung von falschen Gegebenheiten ausgeht. Die ethnopolitische Stabilität im Land ist nicht in erster Linie das Ergebnis einer erfolgreichen Umsetzung vorbeugender staatlicher Maßnahmen, sondern erklärt sich aus der Spezifik der gesellschaftlichen Situation. Ein akuter, die Existenz des Staates gefährdender ethnopolitischer Konflikt existierte in Kasachstan weder zu Beginn der neunziger Jahre, noch ist er heute vorhanden. Wenn aber die reale gesellschaftliche Situation im Grunde keinen Anlaß gibt, die Gefahr ethnopolitischer Konflikte derart zu thematisieren, muß es möglicherweise eine andere Erklärung dafür geben, warum die „nationale Frage“ das dominierende politische Schlagwort der vergangenen Jahre in Kasachstan gewesen ist.

4.2 „Kazachstanskij narod“¹²³ – Das Konzept des kasachstanischen Staatsbürgernationalismus

Die staatliche Unabhängigkeit kam für Kasachstan unerwartet und traf deshalb sowohl die politische Führung als auch die Bevölkerung mehr oder weniger unvorbereitet. Der Schritt in die Eigenstaatlichkeit stellte für die ehemalige Sowjetrepublik weniger das Resultat einer zielgerichteten gesellschaftlichen und politischen Entwicklung, eines „natürlichen“ Nationsbildungsprozesses dar, sondern war vielmehr die unvermeidbare Konsequenz des Zerfalls der UdSSR. Kasachstan wurde durch die Aufkündigung des Unionsvertrages seitens Rußlands, der Ukraine und Weißrußlands am 8. Dezember 1991 förmlich aus der UdSSR „hinausgeworfen“¹²⁴ und in die Unabhängigkeit gedrängt. Zwar stieß die Entwicklung im nachhinein durchaus auf Zustimmung, und das sowohl bei Teilen der Bevölkerung als auch in den Reihen der politischen Akteure, doch in der Geburtsstunde der Republik Kasachstan war der Anteil an

¹²⁰ Vgl. Strany i narody

¹²¹ Nazarbaev, Nursultan, Istoričeskaja pamjat', nacional'noe soglasie i demokratičeskie reformy - graždanskij vybor naroda Kazachstana. Doklad na IV sessii Assamblei narodov Kazachstana, Akmola, 6 ijunja 1997 g., in: Kazachstanskaja pravda, 07.06.1997

¹²² Nazarbaev, Nursultan: O položenii v strane i osnovnyh napravlenijach vnutrennej i vnešnej politiki: Demokratizacija obščestva, ekonomičeskaja i poličičeskaja reforma v novom stoletii. (Poslanie Prezidenta Respubliki Kazachstan narodu Kazachstana), 30.9.1998. Homepage des Präsidenten: www.president.kz

¹²³ Zu deutsch: „Kasachstanisches Volk“

¹²⁴ Olcott, Martha Brill, Central Asia's New States. Independence, Foreign Policy, and Regional Security. Washington 1996, S. 4; vgl. dazu weiterhin Simon, Gerhard, Warum ging die Sowjetunion unter? Berichte des BIOst 52/1995, Köln 1995, S. 26

Eigeninitiative eher gering. Wie bereits dargestellt, waren die Ende der achtziger Jahre entstandenen sozialen Gruppierungen und Bewegungen mit nationaler Programmatik aufgrund ihrer schmalen Basis ohne nennenswerten politischen Einfluß geblieben und hatten daher nicht jene zentrifugalen Kräfte entfalten können, wie dies beispielsweise in den baltischen Republiken der Fall gewesen war. Auch die politische Führung um Nursultan Nazarbajev hatte nicht auf die Eigenstaatlichkeit hingearbeitet, vielmehr war der Gorbačev-Protegé Nazarbajev bis zum Schluß für den Erhalt der Union eingetreten.

Die unerwartete Unabhängigkeit konfrontierte Kasachstan mit dem Problem, daß für das neue Gebilde kein staatliches Konzept existierte. Im Gegensatz zu Armenien oder Georgien konnte sich Kasachstan beim Übergang in die Eigenstaatlichkeit nicht auf die Weiterführung historischer Traditionen berufen, denn auf seinem Territorium hatte zuvor niemals ein zentral gesteuertes, unabhängiges Staatswesen existiert, auch wenn kasachische Historiker heute oft das Gegenteil zu beweisen versuchen.¹²⁵ Das Bekenntnis zur Staatsnation blieb die einzige Möglichkeit, den neu entstandenen Staat überhaupt zu legitimieren, denn die Selbstdefinition auf der Grundlage des ethnischen Nationsbegriffes, d. h. als Staat der Kasachen, war aufgrund der ethnographischen Situation im Land unmöglich, wollte man die territoriale Integrität der Republik nicht in Frage stellen. Diese war ohnehin von Beginn an scharfen Attacken von außen ausgesetzt. In Rußland gab und gibt es nationalistische Kreise, welche die gegenwärtigen Grenzen Kasachstans nicht anerkennen, weil sie besonders die nördlichen Landesteile als „russische Erde“ betrachten und deshalb deren Anschluß an Rußland fordern.¹²⁶ Ihr prominentester Vertreter ist der Schriftsteller Aleksandr Sol’ženicyn, der bereits in seiner 1990 erschienenen Schrift „*Kak nam obostroit’ Rossiju*“ die Grenzziehung zwischen Rußland und Kasachstan in Frage stellte.

Auch wenn solche Forderungen niemals auf Regierungsebene vorgebracht wurden und die Rußländische Föderation mit Kasachstan bereits im Sommer 1991 einen Vertrag über die gegenseitige Anerkennung der Staatsgrenzen schloß, erzeugten die Visionen von einer Aufteilung des Staatsterritoriums doch einen gewissen Druck, der die Entscheidung der politischen Führung für das Konzept einer kasachstanischen Staatsnation beeinflusste. Die Legitimation der Republik durch das Bekenntnis zu Demokratie und Bürgerrechten war nicht zuletzt auch dem Machterhalt der alten, sowjetischen Eliten zuträglich, denn sie sicherte die internationale Anerkennung des Landes und dessen politischer Führung. Die Bestätigung der neuen Staatlichkeit Kasachstans durch die Staatengemeinschaft unterstrich nicht nur die Existenzberechtigung der ehemaligen Sowjetrepublik in den bestehenden Grenzen, sondern erleichterte es der politischen Elite, mit internationaler „Rückendeckung“ die personelle Kontinuität in der staatlichen Führungsspitze zu wahren.

Sowohl in der ersten Verfassung aus dem Jahre 1993 als auch in der von 1995 wurde der Staatsnationalismus fest verankert. Die Präambel der neuen Verfassung beginnt mit der Formel: „Wir, das Volk Kasachstans, ...“ und enthält das Bekenntnis zur „bürgerlichen Gesellschaft“ und deren „Ideale[n] der Freiheit, Gleichheit und Eintracht“.¹²⁷ Artikel 1.2 legt die

¹²⁵ In der neuen kasachstanischen Geschichtsschreibung wird die „*Qazaq Orda*“ (Kasachische Horde), eine zu Beginn des 16. Jahrhunderts entstandene, lose strukturierte Stammesföderation kasachischer Nomaden, als erste Form der Staatlichkeit auf kasachischem Boden bezeichnet. Vgl. Kuzembajuly, Amanžol/Abilev, Erkin, *Istorija Kazachstana. S drevnejšich vremen do 20-ch godov XX. veka*. Almaty 1996, S. 324

¹²⁶ Vgl. Migranjan, Andranik, *Rossija i bližnee zarubež’e. Stanovlenie novogo vnešnepolitičeskogo kursa RF*, in: *Nezavisimaja gazeta*, 12.01. und 18.01.1994

¹²⁷ Vgl. Konstitucija Respubliki Kazachstan

grundlegenden staatlichen Prinzipien fest, die in der „gesellschaftlichen Eintracht“, der „politischen Stabilität“, der „ökonomischen Entwicklung zum Wohle des ganzen Volkes“ und dem „kasachstanischen Patriotismus“ bestehen. Die Verfassung weist Kasachstan als unitarischen Staat mit demokratischem Präsidialsystem aus; alleiniger Träger der staatlichen Macht ist das Volk. Den Bürgern wird ein Katalog individueller Grund- und Freiheitsrechte garantiert, der u. a. auch Meinungs- und Versammlungsfreiheit umfaßt.¹²⁸ Ebenso enthalten die ersten Artikel der Verfassung die Bestimmungen bezüglich der Bildung und Tätigkeit gesellschaftlicher Vereinigungen (Art. 5), des Staatsbürgerschaftsrechtes (Art. 10) sowie der Sprachenfrage (Art. 7). Neben der Festlegung des Kasachischen als Staatssprache und des Russischen als offiziell gleichgestellter, zweiter Amtssprache verpflichtet die Verfassung den Staat, sich um den Erhalt und die Entwicklung aller in Kasachstan gesprochenen Sprachen zu bemühen (Art. 7.3).

Die durchaus nach westlichen Demokratievorstellungen ausgerichteten Verfassungsbestimmungen liefern die rechtlichen Voraussetzungen für die politische Einheit des Staatsvolkes auf der Grundlage einer Bürgergemeinschaft, wobei die Sprachen- und Kulturpolitik der ethnischen Vielfalt des Landes Rechnung trägt.¹²⁹ Auch auf „ideeller“ Ebene wird die Entstehung einer kasachstanischen Identität staatlich gefördert. Ein Blick auf die offiziell festgelegten Feiertage in Kasachstan zeigt, daß diese darauf abzielen, ein gesamtstaatliches Gemeinschaftsgefühl zu stärken. Neben dem Tag der Verfassung der Republik Kasachstan am 30. August und dem Tag der Unabhängigkeit (16. Dezember) ist es vor allem der „*den' pobedy*“ (Tag des Sieges) am 9. Mai, der alle Kasachstaner ansprechen soll. Tatsächlich ist der Sieg der Sowjetunion im „Großen Vaterländischen Krieg“ 1941 - 1945 immer noch sehr stark im kollektiven Gedächtnis der Bevölkerung verankert und besitzt ein Integrationspotential, das nicht an ethnischen oder konfessionellen Grenzen endet. Auch bei der Auswahl von Symbolen, auf welche die nationale Identität projiziert wird, läßt sich eine solche „vermittelnde“ Strategie erkennen. So galt der bislang größte Aufwand an nationalen Feierlichkeiten in Kasachstan dem Dichter und Schriftsteller Abai Kunanbaev (1845 - 1904). Der kasachische Gelehrte, der an einer Koranschule studierte, aber auch eine fundierte russischsprachige Ausbildung genoß, trat für eine Synthese der kasachischen Traditionen und der modernen Errungenschaften der russischen Kultur ein. Er verkörperte die Vermittlung zwischen kasachischen, russischen und islamischen Werten. Auf solche Figuren bezieht sich Präsident Nazarbaev, wenn er betont, daß die kasachstanische Nation ein „neues kulturelles Phänomen“¹³⁰ darstelle, in dem sich die „Eurasische Idee“ (*Evrasijskaja ideja*), d. h. die Vereinigung östlicher, asiatischer und westlicher, europäischer Komponenten, widerspiegele.¹³¹

¹²⁸ Das Recht auf Versammlungsfreiheit kann aber „im Interesse der staatlichen Sicherheit“ und der „gesellschaftlichen Ordnung“ durch Gesetze eingeschränkt werden. Vgl. ebd., Art. 32

¹²⁹ So findet beispielsweise der Unterricht an Vorschulen und allgemeinbildenden Schulen in Kasachstan nicht ausschließlich in kasachischer oder russischer Sprache statt. Es existieren spezielle Bildungseinrichtungen, in denen in usbekischer, uigurischer, deutscher, tadschikischer und türkischer Sprache unterrichtet wird. Eine ähnliche sprachliche Vielfalt ist auf dem Mediensektor, d. h. im Pressewesen, Funk und Fernsehen zu verzeichnen. Vgl. Abdygaliev, Berik, *Rossija i kazachstanskije russkie*, S. 19ff. Insgesamt sind jedoch die Möglichkeiten zur staatlichen Förderung der ethnischen Gruppen und ihrer kulturellen Zentren aufgrund fehlender finanzieller Mittel beschränkt.

¹³⁰ Nazarbaev, Nursultan, *Istoričeskaja pamjat'*

¹³¹ Der Begriff enthält eine bewußte Anlehnung an die „Eurasische Bewegung“, jene kulturphilosophische Strömung innerhalb russischer Emigrantenzirkel in den zwanziger und dreißiger Jahren dieses Jahrhunderts, die Rußland aufgrund seiner geographischen Ausdehnung als eigenes „eurasisches“ Phänomen definierte, das weder zu Europa noch zu Asien gehöre. Inhaltlich erweist sich diese Bezugnahme jedoch als fragwürdig, denn die Eurasische Lehre zeichnete sich nicht durch die in ihrem Namen enthaltene Synthese zwischen Europäischem und Asiatischem aus, sondern offenbarte eine feindselige Einstellung gegenüber

4.3 Die Schwächen des Konzepts

Obwohl die Verfassungsnormen auf die Entstehung einer Staatsnation abzielen und der kasachstanische Patriotismus von offizieller Seite unentwegt propagiert wird, ist eine gesamtstaatliche, ethnienübergreifende Identifikation als Staatsvolk in der Bevölkerung bis heute praktisch nicht existent. Hingegen kommt ethnischen, sozioökonomischen oder lokalen Selbstzuschreibungen weiterhin große Bedeutung zu. Sicherlich muß berücksichtigt werden, daß der Transformationsprozeß auf sozialer, politischer und wirtschaftlicher Ebene noch in vollem Gange ist. So darf in Hinblick auf den politischen Systemwandel nicht davon ausgegangen werden, daß sich in einer bis dato politisch weitgehend apathischen Bevölkerung binnen sechs Jahren eigenstaatlicher Entwicklung eine „Bürgerkultur“ (*civic culture*) etablieren kann. Noch weniger wahrscheinlich als die Ausbildung eines politischen Bewußtseins ist der Wechsel der kulturellen Identität innerhalb so kurzer Zeit. Ob das staatlich verordnete „eurasische“ Gemeinschaftsgefühl jemals Fuß fassen und eine integrative Funktion innerhalb der kasachstanischen Gesellschaft übernehmen kann, erscheint aufgrund seines schwammigen und konstruierten Charakters aus heutiger Perspektive fraglich. In jedem Fall bedürfte es dazu Jahrzehnte oder sogar mehrere Generationswechsel, da Identitätsfindung einen langwierigen Prozeß darstellt.

Doch reicht der „Faktor Zeit“ allein nicht aus, um die mangelnde Umsetzung des Konzeptes der Staatsbürgernation in Kasachstan zu erklären. Andere Gründe hierfür liegen zum einen in ungünstigen „äußeren“ Ausgangsbedingungen, vor allem aber in gravierenden, dem Konzept innewohnenden Inkonsistenzen sowie einer Diskrepanz zwischen der in der Verfassung festgelegten Ordnung und den realpolitischen Verhältnissen. Besonders das Mißverhältnis zwischen Verfassungsnorm und Verfassungswirklichkeit stellt nicht nur das gesamtstaatliche Integrationskonzept in Frage, sondern erschwert in zunehmendem Maße eine Prognose darüber, in welche Richtung sich der Transformationsprozeß in Kasachstan entwickelt und ob der politische Systemwechsel seinen Namen tatsächlich verdient.

4.3.1 Probleme der territorialen Integration

Da „nation-building“ über die Schaffung eines Gemeinschaftsbewußtseins hinausgeht und auch eine Vernetzung in anderen Bereichen wie Kommunikation, Ökonomie oder Verkehr voraussetzt, erweisen sich die derzeitigen infrastrukturellen Bedingungen in Kasachstan, gekoppelt mit den geographischen Dimensionen des Landes, als Hindernis für die Verwirklichung der nationalen Einheit. Kasachstan stellt bis heute keinen zusammenhängenden Verkehrs- und Wirtschaftsraum dar. So wird z. B. der gesamte Osten der Republik von Rußland

der europäischen Kultur und idealisierte dafür alle asiatischen Einflüsse. Vgl. Böss, Otto, Die Lehre der Eurasier. Ein Beitrag zur russischen Ideengeschichte des 20. Jahrhunderts, Wiesbaden 1961. Nazarbaev verwendet den Eurasismus als innenpolitisches und außenpolitisches Integrationskonzept. Er möchte den lockeren Staatenbund der GUS durch eine „Eurasische Union“, eine konkrete Integrationsstruktur mit handlungsfähigen politischen Organen, ersetzen, die eine einheitliche Staatsbürgerschaft und Währung, supranationale Leitungsgremien (Rat der Regierungschefs, der Verteidigungsminister etc.) und ein gemeinsames Parlament vorsieht. Vgl. Ne SSSR, no i ne SNG. Nursultan Nazarbaev razoslal proekt formirovanija evrazijskaja sojuza glavam gosudarstv SNG, in: Nezavisimaja gazeta, 11.06.1994. Das Projekt stieß jedoch bei den meisten GUS-Staaten auf Ablehnung.

her mit Waren versorgt, weil Ost-West-Verbindungen durch das Land fehlen.¹³² Die anhaltenden Migrationsströme verstärken zudem die Teilung des Landes in eine nördliche und eine südliche Region, wohingegen die zentralen Steppengebiete zusehends menschenleerer werden. Zudem verhält es sich so, daß die westlichen Landesteile am Kaspischen Meer im ökonomischen Bereich einseitig auf Erdöl- bzw. Erdgasförderung angewiesen und über den Verlauf der Pipelines eng mit Rußland verbunden sind, während die südlichen und südöstlichen Gebiete in enger Handelsbeziehung zu China, Kirgistan und Usbekistan stehen. Im Norden und Nordosten des Landes verstärkt sich derzeit die wirtschaftliche Kooperation mit den angrenzenden, südsibirischen Regionen Rußlands, um die Reintegration der kasachstanischen Industrie in den Wirtschaftsraum der ehemaligen UdSSR zu fördern.¹³³

Das Fehlen gemeinsamer Märkte sowie eines ausgebauten Verkehrs- und Kommunikationssystems erschwert derzeit (noch) die Verwirklichung einer echten nationalen Einheit Kasachstans. Allerdings handelt es sich dabei um infrastrukturelle Probleme, die durch gezielte Planung und Investitionen in absehbarer Zeit überwunden oder zumindest gelindert werden könnten. Vor diesem Hintergrund muß auch die Entscheidung der politischen Führung verstanden werden, die Hauptstadt von Almaty ins zentral gelegene Astana zu verlegen. In der offiziellen Begründung für den Umzug steht das Argument der territorialen Integration an oberster Stelle. Die Randlage Almatys sei aus verkehrstechnischen Gründen ungünstig, wohingegen Astana „im Zentrum Eurasiens“¹³⁴ liege und über bessere Verkehrs- und Transportverbindungen verfüge. Die Entscheidung für die Verlegung der Hauptstadt von der Metropole Almaty in die nördliche „Provinz“ stieß in der Öffentlichkeit nicht zuletzt wegen der damit verbundenen Kosten auf Ablehnung. Zudem vermuten kritische Beobachter, daß mit dem Umzug - abseits der offiziellen Begründungen - auch gewichtige machtpolitische Interessen der politischen Führung verbunden sind.

Nach Einschätzung des kasachischen Politologen Masanov verfolge Nazarbaev mit dem Umzug der Hauptstadt aus dem äußersten Südosten der Republik in das 1000 Kilometer nordwestlich gelegene Astana u. a. das Ziel, den Einflußbereich der Älteren Žuz auf das angestammte Territorium der Mittleren Žuz auszuweiten.¹³⁵ Es gehe darum, die Position der Mittleren Horde zu schwächen und sich den Zugriff auf die Industriestandorte in Zentralkasachstan zu sichern. Andere Erklärungsansätze rücken nicht die intraethnische Konkurrenz zwischen den drei kasachischen Horden, sondern die ethnopolitische Situation in den Vordergrund: Die Verlegung der Hauptstadt solle einer weiteren Spaltung des Landes in einen „russischen Norden“ und einen „kasachischen Süden“ entgegenwirken. Mit dem Umzug der kasachisch dominierten Staatsbürokratie und der zu erwartenden Zuwanderung überwiegend kasachischer Bevölkerung aus dem Süden werde sich die russische Bevölkerungsmehrheit in den nördlichen Landesteilen relativieren, was möglichen Sezessionsbestrebungen die Grundlage entziehe und damit die staatliche Integrität sichere.¹³⁶ Am Beispiel der Verlegung der Hauptstadt läßt sich zweierlei verdeutlichen: Erstens besteht bei politischen Entscheidungen

¹³² Vgl. Götz, Roland, Die Wirtschaftsentwicklung der GUS-Staaten in den neunziger Jahren. Berichte des BIOst 38/1996, S. 31

¹³³ Vgl. Götz, Roland/Halbach, Uwe, Politisches Lexikon GUS, S. 201

¹³⁴ Nazarbaev Nursultan, zitiert in: „Akmola wird ab 10. Dezember neue Hauptstadt Kasachstans sein“, DW-Monitordienst, 20.10.1997. Als andere Gründe für den Umzug nennt der Präsident die Nähe Almatys zur „unsicheren“ chinesischen Grenze sowie dessen Lage in einem extrem erdbebengefährdeten Gebiet.

¹³⁵ Vgl. Masanov, Nurbulat, Kazachskaja političeskaja i intelektual'naja elita, S. 56f.

¹³⁶ Vgl. Dave, Bhavna, Heading Towards Dictatorship, S. 272

in Kasachstan oft eine große Diskrepanz zwischen offizieller Begründung und den eigentlich dahinter zu vermutenden Zielen, und zweitens reichen zur Analyse der kasachstanischen Politik monokausale Erklärungsansätze nicht aus.

4.3.2 „Kazachskaja nacija“ oder „kazachstanskij narod“?¹³⁷

Ein anderes Problem für die nationale Integration ist als innerer Widerspruch im Konzept des kasachstanischen Patriotismus angelegt und ergibt sich aus dem unklaren Verhältnis zwischen Staatsnationalismus und Titulernationalismus. Die Stellung der Kasachen als „*primus inter pares*“ läuft dem in der Verfassung festgeschriebenen Ideal der bürgerlichen Gleichheit zuwider, doch ist es die Verfassung selbst, die diese Doppeldeutigkeit des Nationsbegriffes in sich trägt. War in ihrer ersten Fassung aus dem Jahre 1993 noch von der „Republik Kasachstan als Form der Staatlichkeit der selbstbestimmten kasachischen Nation“ (Art. 1)¹³⁸ die Rede, so ist dieser Passus in der neuen Verfassung nicht mehr zu finden, weil er Proteste von Vertretern der nicht-kasachischen Bevölkerung hervorgerufen hatte. Auch das zunächst festgelegte Sonderrecht für die Auslandskasachen, eine doppelte Staatsangehörigkeit führen zu dürfen, taucht in der neuen Verfassung nicht mehr auf. Trotzdem findet sich in deren Präambel ein Verweis auf die besondere Rolle der Titularnation, weil die neue Staatlichkeit zwar vom „Volk Kasachstans“ (*narod Kazachstana*), jedoch „auf ureigenster kasachischer Erde“ (*na iskonnoj kazachskoj zemle*) gegründet wird.¹³⁹ Die Haltung des Präsidenten ist ebenfalls alles andere als durchsichtig oder eindeutig. Einerseits betont er die Einheit der kasachstanischen Nation, hebt aber andererseits die Stellung der Kasachen als „staatsbildendes Ethnos“ (*gosudarstvoobrazujuščij etnos*) hervor und spricht ebenfalls von der kasachischen Staatlichkeit, die auf dem Territorium der ehemaligen Sowjetrepublik verwirklicht worden sei.¹⁴⁰

Die unklare Linie des theoretischen Konzeptes spiegelt sich in der Bearbeitung konkreter Probleme wie der Sprachenfrage wider. Einerseits trat Nazarbaev bereits wiederholt als „Anwalt“ der russischen Sprache auf. Zuletzt weigerte er sich im Frühjahr 1997, das vom Parlament bereits verabschiedete Sprachengesetz zu unterzeichnen, weil es seiner Ansicht nach die Bürger dazu gezwungen hätte, Kasachisch zu lernen und zu sprechen.¹⁴¹ Andererseits fordert er von seiner Regierung, die Entwicklung des Kasachischen zur „echten“, d. h. alle Öffentlichkeitsbereiche dominierenden, Staatssprache zu beschleunigen.¹⁴² Bislang war die Umsetzung des Sprachengesetzes sowohl aufgrund fehlender finanzieller Mittel als auch wegen mangelnder Bereitschaft der Bevölkerung nur begrenzt möglich. Es gilt allerdings zu bedenken, daß das Russische in der derzeitigen Situation eine stabilisierende, einende Funktion in Kasachstan übernimmt, weil es die Kommunikation zwischen den vielen ethnischen Gruppen ermög-

¹³⁷ Zu deutsch: „Kasachische Nation“ oder „kasachstanisches Volk“?

¹³⁸ Zitiert nach Abdygaliev, Berik, Gosudarstvennaja politika, S. 17

¹³⁹ Vgl. Konstitucija Respubliki Kazachstan

¹⁴⁰ Vgl. Nazarbaev, Nursultan, Istoričeskaja pamjat', S. 6

¹⁴¹ Vgl. „Kasachischer Präsident lehnt Unterzeichnung des Sprachengesetzes ab“, in: DW-Monitordienst, 17.04.1997. Die vom Parlament verabschiedete Version sah feste Fristen vor, nach denen Kasachen bis zum Jahr 2001, Angehörige aller anderen ethnischen Gruppen bis zum Jahr 2006 die Staatssprache beherrschen sollten. Diese Bedingungen fehlen in der endgültigen Version des Sprachengesetzes, das am 15.07.1997 in Kraft trat.

¹⁴² Vgl. Nazarbaev, Nursultan, Istoričeskaja pamjat'

licht. Im Hinblick auf die Ausbildung einer staatsnationalen Identität sollte eine Schwächung seiner gesellschaftlichen Position deshalb nicht bewußt vorangetrieben werden. Die forcierte Entwicklung des Kasachischen zur alleinigen Staatssprache stünde dagegen im Widerspruch zur gegenwärtigen Sprachensituation im Land. Auch gesetzliche Bestimmungen, welche die kasachische Sprache zum „sehr wichtigen Faktor bei der Vereinigung des Volkes“ stilisieren und deren Beherrschung zur „Pflicht jedes Bürgers“ machen,¹⁴³ können nicht auf formaljuristischem Wege durchsetzen, daß das Kasachische von heute auf morgen die sozialen Funktionen des Russischen übernimmt.

Die Doppeldeutigkeit des kasachstanisch-kasachischen Selbstverständnisses in der offiziellen Darstellung erweckt den Eindruck, als wolle sich die politische Führung nicht zwischen dem ethnischen und dem bürgerlichen Nationskonzept entscheiden. So wurde im Mai 1996 in den Medien ein neues „Konzept zur Formung einer staatlichen Identität der Republik Kasachstan“ veröffentlicht, in dem zwar der multiethnische Charakter des Landes betont wird, jedoch mit dem Zusatz, daß keine andere ethnische Gruppe eine ähnliche Verbundenheit mit dem Staat geltend machen könne wie die Kasachen. Für letztere sei Kasachstan die einzige Heimat, während ein Großteil der Nicht-Kasachen im Land über eine (im ethnischen Sinne) „eigene“ Staatlichkeit anderswo verfüge.¹⁴⁴ Das neue Identitätskonzept sucht immer noch den Ausgleich zwischen ethnischem und bürgerlichem Nationsverständnis, doch es muß auf dem Weg zur kasachstanischen Staatsnation als Rückschritt gegenüber der weitgehenden ethnischen „Neutralität“ gewertet werden, die ein Jahr zuvor in der neuen Verfassung festgeschrieben worden war.

Das unklare Verhältnis zwischen Staatsnationalismus und Titulernationalismus trägt nicht dazu bei, ethnische Differenz zu entpolitisieren, sondern es tut das seinige dazu, die gesellschaftliche Bedeutung von Ethnizität zu unterstreichen, indem zwischen kasachischen und nicht-kasachischen Bürgern unterschieden wird. Diese Differenzierung erzeugt bei den Nicht-Kasachen unweigerlich das Gefühl, Staatsangehörige „zweiter Klasse“ zu sein, die der Titulernationalen zwar verfassungsrechtlich, jedoch nicht „ideell“ gleichgestellt sind. Viele Experten verstehen den unsteten Kurs Nazarbaevs als geschicktes Lavieren, um den unterschiedlichen ethnischen Gruppeninteressen gerecht zu werden, die ansonsten unvermittelt aufeinanderprallen würden.¹⁴⁵ Zweifelsohne ist die staatliche Nationalitätenpolitik auf Vermittlung und Ausgleich hin angelegt, weil es nicht im Interesse der politischen Führung liegen kann, durch staatsrechtlich fixierte Privilegierung bzw. Benachteiligung einer ethnischen Gruppe den sozialen Frieden im Land zu gefährden. Doch die Sichtweise, daß von einer angespannten ethnopolitischen Situation in der Gesellschaft ein starker politischer Druck ausgehe, der die Regierung zum Einschreiten in der „nationalen Frage“ zwingt, entspricht nicht den tatsächlichen Gegebenheiten, weil dieser Druck faktisch kaum existent ist. In erster Linie verfolgt der Präsident mit seiner Strategie sein Interesse nach Konsolidierung und Ausbau der eigenen Macht. Die Politik Nazarbaevs, die vielfach als Balanceakt, als vermittelnde Reaktion auf den kasachisch-russischen Gegensatz in Kasachstan interpretiert wird, enthält ein nicht zu unterschätzendes Maß an Kalkül und „Eigeninitiative“, wobei der wiederholte Rekurs auf die Ge-

¹⁴³ Die durch Anführungszeichen hervorgehobenen Formulierungen stammen aus dem neuen Sprachengesetz, zitiert nach: „Neues Sprachengesetz in Kasachstan in Kraft getreten“, in: DW-Monitordienst, 15.07.1997

¹⁴⁴ Vgl. Kolstø, Pål, *Anticipating Demographic Superiority*, S. 58

¹⁴⁵ Vgl. dazu exemplarisch Olcott, Martha Brill, *Kazakhstan: a republic of minorities*, S. 315

führung des inneren Friedens durch die ungelöste „nationale Frage“ dazu dient, undemokratische Herrschaftsmethoden und den Ausbau der Präsidentschaftsmacht zu rechtfertigen.

4.3.3 „Ein Orchester kann nur einen Dirigenten haben.“¹⁴⁶ – Der Ausbau des „Systems Nazarbaev“

Die von vielen westlichen Fachleuten noch vor wenigen Jahren geäußerte Hoffnung, in Kasachstan sei eine zügige demokratische Entwicklung durchaus denkbar, muß aus der heutigen Perspektive als unberechtigt bezeichnet werden. Auch wenn der Präsident immer wieder unterstreicht, sein Land befände sich auf dem Weg zur Demokratie, so offenbaren die innenpolitischen Entwicklungen spätestens seit 1995 eine zunehmend unverblühte Etablierung autoritärer Herrschaftsmethoden. Stationen dieser Entwicklungen waren die Auflösung des Parlamentes im März 1995, die von Nazarbaev initiierte Verlängerung seiner Amtszeit per Plebiszit bis zum Jahr 2000 sowie das Inkrafttreten der neuen Verfassung am 30. August 1995,¹⁴⁷ welche die ohnehin schon weitreichenden Vollmachten des Präsidenten nochmals erweiterte und im Gegenzug die Einflußmöglichkeiten der Staatsgewalten (vor allem der Legislative) auf den politischen Prozeß einschränkte.

Die neue Verfassung etabliert in Kasachstan ein Regierungssystem, in dem der einzige Schnittpunkt zwischen Legislative, Exekutive und Judikative in der Person des Präsidenten liegt, welcher über den Staatsgewalten steht. Nazarbaev besitzt nicht nur die Richtlinienkompetenz für die Innen- und Außenpolitik (Art. 40.1), sondern ernennt und entläßt auch weitgehend eigenverantwortlich den Ministerpräsidenten und die Minister (Art. 44.3). Die Regierung ist nur in seltenen Ausnahmefällen dem Parlament, ansonsten allein dem Präsidenten gegenüber rechenschaftspflichtig (Art. 64.2), der sich selbst gegenüber der Volksvertretung nicht politisch verantworten muß. Das neue Zwei-Kammer-Parlament hat im Vergleich zur ersten Verfassung an Bedeutung verloren. Es besitzt zwar, genau wie die Regierung, das Recht der Gesetzesinitiative (Art. 49.1), jedoch bestimmt der Präsident, welche Gesetzesentwürfe vorrangig behandelt werden. Außerdem kann dieser Gesetze in Kraft setzen, wenn die Volksvertretung sie nicht innerhalb eines Monats verabschiedet hat (Art. 53.3). Die Möglichkeit der Absetzung des Präsidenten durch das Parlament ist zwar vorgesehen, jedoch durch die an sie geknüpften Bedingungen kaum realisierbar (Art. 47). Der Präsident kann jedoch das Parlament im Falle der Uneinigkeit zwischen den beiden Kammern oder einer Krise zwischen der Volksvertretung und den anderen Staatsorganen auflösen (Art. 63).

Es ist offensichtlich, daß all die innenpolitischen Entwicklungen seit 1995 sehr stark auf Präsident Nazarbaev zugeschnitten waren. Durch die Verlängerung seiner Amtszeit per Volksentscheid und die Annahme der neuen Verfassung ebenfalls per Plebiszit wurden die Veränderungen der politischen Ordnung – zumindest formal – basisdemokratisch abgesichert, wodurch de jure die Verfassungsmäßigkeit jener Maßnahmen gewahrt blieb, mit denen Nazarbaev seine eigenen Machtbefugnisse erheblich erweiterte. Auf diese Weise konnte das „System Nazarbaev“ seine demokratische Fassade wahren. Aus demokratietheoretischer Perspek-

¹⁴⁶ So kommentierte Nursultan Nazarbaev den kritischen Einwand, daß die neue Verfassung die Machtbefugnisse des Präsidenten noch einmal erheblich erweitert habe, zitiert in: Götz, Roland/Halbach, Uwe, Politisches Lexikon GUS, S. 184

¹⁴⁷ Vgl. dazu Eschment, Beate, Das „Chanat Nazarbaevs“. Innenpolitische Entwicklungen 1995 in Kasachstan, in: Osteuropa, 46, 9/1996, S. 876 - 899

tive liegt das Problem des kasachstanischen Regierungssystems jedoch vor allem in den weitreichenden Vollmachten des Präsidenten, dessen Einfluß sich über alle drei Staatsgewalten erstreckt. So besitzt er z. B. das Recht, Dekrete zu erlassen, die den verbindlichen Status von Gesetzen besitzen (Art. 45.1, 45.2). Im März 1997 nutzte Nazarbaev dieses Dekretrecht z. B. dazu, das Innen-, Außen- sowie das Verteidigungsministerium der Zuständigkeit des Ministerpräsidenten zu entziehen und sie der direkten Kontrolle des Präsidenten zu unterstellen.¹⁴⁸

Die breite Masse der Bevölkerung empfand die Aussetzung der Präsidentschaftswahlen und das Inkrafttreten der neuen Verfassung weniger als Demokratieverlust denn als Mittel zur Vermeidung politischer Unsicherheit. Mit einem etwaigen Führungswechsel verbinden die meisten Menschen in Kasachstan die Gefahr einer Destabilisierung der gesamtstaatlichen Situation, weshalb sich Nazarbaevs grundlegende Rechtfertigung für seinen politischen Kurs auch weitgehend auf das Stichwort „politische Stabilität“ beschränken kann.¹⁴⁹ Die geringe Akzeptanz demokratischer Strukturen in der Gesellschaft weiß der Präsident für seine Zwecke zu nutzen. Die Bevölkerung ist weit davon entfernt, Demokratie für wichtig zu halten oder sogar aktiv für sie einzutreten, weil sie darin keinen Nutzen für sich selber erkennen kann. Demokratische Institutionen wie Wahlen und Parlamente besitzen keinen hohen Stellenwert, weshalb es Nazarbaev z. B. nicht schwer fiel, das Parlament als unnötige und zu teure Einrichtung darzustellen, die den Reformkurs des Präsidenten und damit auch den wirtschaftlichen Aufschwung blockiere. Die Auflösung der Volksvertretung 1995 bewirkte, daß die Unterstützung der Bevölkerung für den Präsidenten sprunghaft anwuchs.¹⁵⁰ Der bewußten Diskreditierung des Parlamentes folgte die Darstellung demokratischer Wahlen als potentielle Gefährdung für den inneren Frieden und die nationale Eintracht. So zog der Präsident sogar den Nationalsozialismus als Vergleich heran, um die Gefahren zu verdeutlichen, die von demokratischen Verfahren der Herrschaftslegitimation ausgingen, denn schließlich sei auch Hitler mit dem Mittel demokratischer Wahl an die Macht gekommen.¹⁵¹ Die kausale Verknüpfung von Demokratisierung und dem Verlust von Stabilität kommt auch in Nazarbaevs aktuellen innenpolitischen Leitlinien zum Ausdruck, die er nach seiner Wiederwahl im Januar 1999 formuliert hat. In einem Interview betonte der Präsident, daß für ihn eine Imitation von Gorbatschows Politik der offenen Systemkritik nicht in Frage komme, weil dies im schlimmsten Fall – der Untergang der Sowjetunion hat dies gezeigt – die Staatlichkeit Kasachstans gefährde. In bezug auf die Aktivitäten politischer Parteien und der Massenmedien bedeutet dies in der Interpretation Nazarbaevs, daß Meinungs- und Pressefreiheit dort enden, wo sie den Staat, d. h. den Präsidenten und seine Regierung, in Frage stellen.¹⁵²

Den aktuellsten Beleg für den zunehmend autoritären Führungsstil Nazarbaevs lieferten die Umstände, unter denen die ursprünglich für Dezember 2000 anberaumten Präsidentschaftswahlen auf den 10. Januar 1999 vorverlegt wurden. Hervorgerufen durch die Finanzkrise in Rußland kursierten in Almaty bereits im Spätsommer 1998 Gerüchte über eine Vorverlegung des Wahltermins. Die Initiative zur Umsetzung dieses Vorhabens ging schließlich vom Parlament aus, das im Oktober die Vorverlegung der Wahlen um fast zwei Jahre sowie mehrere Verfassungsänderungen beschloß. Im Zuge dieser Verfassungsänderungen wurde u. a. die

¹⁴⁸ Vgl. Sharipzhan, Merhat, Drastic Government Reorganisation Masks Power Play, in: RFE/RL features, 20.03.1997

¹⁴⁹ Vgl. Götz, Roland/Halbach, Uwe, Politisches Lexikon GUS, S. 183f.

¹⁵⁰ Vgl. Eschment, Beate, Das „Chanat Nazarbaevs“, S. 882

¹⁵¹ Nazarbaev, Nursultan, zitiert in: ebd., S. 887

¹⁵² Vgl. Fuller, Liz: President Outlines Policy Priorities, in: RFE/RL features (Internetausgabe), 11.5.1999

Amtszeit des Präsidenten von fünf auf sieben Jahre verlängert sowie jene Einschränkungen aus dem Verfassungstext ersatzlos gestrichen, die bislang verfügt hatten, daß der Präsident nur zwei Amtszeiten regieren und bei Amtsantritt nicht älter als 65 Jahre alt sein darf.¹⁵³ Einmal mehr verhielt es sich so, daß Parlamentsbeschlüsse und Verfassungsänderungen ganz im Sinne des Präsidenten ausfielen, welcher jedoch offiziell an all diesen Entscheidungen völlig unbeteiligt blieb und sich schließlich dem Willen der Mehrheit „beugen“ mußte. Diese Art von Politik hat in Kasachstan inzwischen Tradition: Demokratie wird inszeniert, um machtpolitische Bestrebungen zu kaschieren.

Für unabhängige Beobachter stand die Vorverlegung der Wahlen in einem unverkennbarem Zusammenhang mit der sich zuspitzenden Wirtschaftskrise. Die Wahlen sollten stattfinden, bevor das Image des Präsidenten durch die prognostizierte ökonomische Talfahrt Schaden nehmen konnte. Außerdem wurden durch diesen Schachzug die Chancen etwaiger Gegenkandidaten entscheidend geschwächt, da diese auf die verbleibende kurze Wahlkampfphase nicht vorbereitet waren. Das im Mai 1998 geänderte Wahlgesetz tat das seine dazu, um andere Politiker an einer Kandidatur zu hindern. So durfte der ehemalige Premierminister Kažegel'din, der wahrscheinlich aussichtsreichste Gegenkandidat, nicht kandidieren, weil er wegen der Teilnahme an der Gründungssitzung der nicht genehmigten Bewegung „Für faire Wahlen“ zu einer geringen Geldstrafe verurteilt worden war. Andere Politiker konnten sich eine Kandidatur erst gar nicht leisten, weil jeder registrierte Kandidat laut Wahlgesetz eine Gebühr von 30.000 US-\$ zu entrichten hat. Der Wahlkampf wurde in allen Medien von Nazarbaev dominiert, der die Wahl schließlich mit knapp 80 Prozent der abgegebenen Stimmen gewann.¹⁵⁴ Auch dieses Wahlergebnis, für das der Amtsbonus sowie die Prominenz des Präsidenten sicherlich ausschlaggebend waren, kann als Resultat autoritärer Politik gewertet werden, die keine „Gegenspieler“ duldet. Durch das häufige Auswechseln der Regierungsmannschaften und anderer politischer Würdenträger erhalten diese kaum die Möglichkeit, sich öffentliches Ansehen zu erwerben. Hinzu kommt, daß der Präsident es versteht, potentielle Konkurrenten rechtzeitig zu „neutralisieren“, indem er sie in den Kreis der staatstragenden Elite kooptiert oder sie auf andere Weise aus dem Rampenlicht der Innenpolitik entfernt.

In zunehmendem Maße entwickeln sich Maßnahmen wie Zensur, politisch motivierte Festnahmen und das Verbot von Demonstrationen oder gesellschaftlichen Vereinigungen zu Wesensmerkmalen von Nazarbaevs Führungsstil. Seit 1996 häufen sich die Meldungen über Verhaftungen von Oppositionspolitikern, denen z. B. zur Last gelegt wird, sie hätten nicht genehmigte Demonstrationen organisiert. Nachdem der Ex-Premier Kažegel'din mit zweifelhaften Methoden daran gehindert wurde, an der Präsidentenwahl teilzunehmen, halten die staatlichen Maßnahmen gegen seine Person an. Im April kündigte die kasachstanische Generalstaatsanwaltschaft ein Gerichtsverfahren gegen Kažegel'din und seine Frau wegen Steuerhinterziehung an. Ungeachtet dessen, ob diese Anschuldigungen gerechtfertigt sind oder nicht, entsteht der Eindruck, daß die Staatsführung mit solchen Aktionen systematisch das Ziel verfolgt, die Popularität Kažegel'dins, dem derzeit bekanntesten „Gegenspieler“ Nazarbaevs und Führer einer der wichtigsten Oppositionsparteien, auch im Hinblick auf die im Herbst anstehenden Parlamentswahlen zu schmälern.¹⁵⁵

¹⁵³ Vgl. Brauer, Birgit/Eschment, Beate, Präsidentschaftswahlen in Kasachstan. Fortschritt, Rückschritt oder Irrweg der Demokratisierung? Aktuelle Analysen des BIOst, Nr. 12/1999 (8. April), S. 2

¹⁵⁴ Vgl. ebd.

¹⁵⁵ Vgl. Sharipzhan, Merhat: Opposition Groups Prepare For Polls, in: RFE/RL features (Internetausgabe), 27.4.1999

Kasachstanische Journalisten beklagen die zunehmende Beschneidung ihrer Möglichkeiten zur unabhängigen Berichterstattung durch den Staat und befürchten, daß ein neues Gesetz über die Tätigkeit der Massenmedien, dessen Entwurf kürzlich veröffentlicht wurde, die Einschränkung der Pressefreiheit in Kasachstan institutionalisiert.¹⁵⁶ Bereits seit längerem werden vor allem private Fernseh- und Hörfunkstationen in Almaty unvermittelt mit Sendeverboten belegt, weil sie durch ihre Übertragung angeblich den Funkverkehr des internationalen Flughafens störten.¹⁵⁷ Zeitungen müssen ihr Erscheinen einstellen oder erhalten eine offizielle Verwarnung mit der Begründung, sie gefährdeten mit ihren Inhalten den interethnischen Frieden.¹⁵⁸ Immer deutlicher zeichnet sich die Tendenz ab, daß Maßnahmen wie z. B. das Verbot nationalistischer Agitation, die eigentlich dem Schutz der Verfassung dienen sollten, dazu mißbraucht werden, unliebsame Kritiker der Regierung auszuschalten und Opposition bereits in ihren Ansätzen zu bekämpfen. Diese politische Instrumentalisierung von Verfassungsbestimmungen widerspricht nicht nur demokratischen Prinzipien, sondern unterminiert auch die allgemeine Akzeptanz von Normen, die im Grunde gerechtfertigt sind.

Die Instrumentalisierung von Politik als Mittel zur Herrschaftssicherung steht dem von Nazarbaev offiziell postulierten Ziel, eine Nation der Staatsbürger schaffen zu wollen, diametral entgegen. Die neue Verfassung und vor allem deren Auslegung liefern keinerlei Voraussetzungen für die Entstehung eines „Verfassungspatriotismus“, der jedoch eine unverzichtbare Grundlage für die Identifikation als Staatsbürger darstellt. Es stellt sich die Frage, welche Bedeutung Bürgerrechte besitzen, wenn gesellschaftliche Kontrolle über diejenigen, die Macht ausüben, nicht gewährleistet ist und sich politische Partizipation weitgehend auf das elektorale Element zur Bestätigung der bestehenden Verhältnisse beschränkt. Eine bedenkliche Entwicklung besteht darin, daß die politische Führung bewußt demokratische Institutionen diskreditiert und demokratische Verfahren als Gefahr für den inneren Frieden darstellt, um sich auf diese Weise die Zustimmung für die eigenen Herrschaftsmethoden zu sichern. Durch eine solche Vorgehensweise wird die ohnehin schwache Akzeptanz der Bevölkerung für die neue Staatsordnung noch verringert und damit der Staatsbürgernation jegliche Existenzgrundlage entzogen. Für die Menschen hat sich in bezug auf ihre Einstellung zu Staat und Politik nur wenig gegenüber sowjetischen Zeiten verändert. An die Stelle der Einparteienherrschaft ist die Präsidialherrschaft getreten, doch das Gefühl der Ohnmacht, der Abkoppelung der Bevölkerung vom politischen Prozeß, ist geblieben.

4.4 Auswirkungen der autoritären Herrschaftssicherung auf die ethnopolitische Situation

Der erwähnte Mißbrauch von Verfassungsbestimmungen zur Machtsicherung des Präsidenten wirkt sich insofern negativ auf die interethnischen Beziehungen aus, als diese Strategie selbst dazu beiträgt, daß ethnische Differenz mit politischer Bedeutung versehen wird. Dies kann exemplarisch am „Fall Gun’kin“ verdeutlicht werden. Der Ataman der Semireč’e-Kosaken, Nikolaj Gun’kin, wurde im Herbst 1995 verhaftet, als er seine Kandidatur für die Unterhaus-

¹⁵⁶ Vgl. RFE/RL Newslines (Internetausgabe), 4.5.1999

¹⁵⁷ Vgl. OMRI Daily Digest, 26.02.1996, 19.11.1996, 03.12.1996

¹⁵⁸ Davon waren bislang nicht nur Zeitungen mit eindeutig nationalistischer Ausrichtung betroffen, sondern auch die *Komsomol’skaja pravda* und die unabhängige kasachstanische Tageszeitung *Karavan*.

Wahlen des Parlamentes registrieren lassen wollte. Gun'kin war wegen seiner aggressiven, nationalistischen Äußerungen auch bei den Russen in Kasachstan umstritten, doch führten die Umstände seiner Festnahme zu einer Solidarisierung innerhalb der russischen Bevölkerung. Die Staatsanwaltschaft begründete die Verhaftung des Kosakenführers damit, daß dieser zehn Monate zuvor eine nicht genehmigte Demonstration organisiert hätte. Der Zeitpunkt seiner Inhaftierung läßt jedoch darauf schließen, daß es sich um eine politisch motivierte Maßnahme handelte, um Gun'kin daran zu hindern, als Abgeordneter für die Mažilis zu kandidieren. Seine Festnahme führte nicht nur zu landesweiten Protestreaktionen von Vertretern der russischen Bevölkerung, sondern auch die rußländische Duma reagierte auf ein Hilfesuch der kasachstanischen Kosakenverbände, indem sie Menschenrechtsverletzungen gegenüber den in Kasachstan lebenden Russen anprangerte.¹⁵⁹ Der kasachstanischen Regierung brachte der „Fall Gun'kin“ mehr Schaden als Nutzen, denn sie selbst hatte durch ihre „ungeschickte“ Vorgehensweise nicht nur eine Störung des kasachisch-russischen Verhältnisses innerhalb der Republik provoziert, sondern auch kurzzeitige Spannungen in den kasachstanisch-rußländischen Beziehungen verursacht.

Auch die „schleichende“ Kasachisierung der Schaltstellen politischer Macht, d. h. der Exekutivorgane auf zentralstaatlicher und Gebietsebene, die insbesondere von der nicht-kasachischen Elite als eine einseitige Privilegierung der Titularnation wahrgenommen wird, muß in erster Linie auf die Machterhaltungsstrategie der Staatsführung zurückgeführt werden. Dieser Prozeß beruht auf einem Patronagesystem, an dessen Spitze der Präsident selbst steht, der durch die gezielte Besetzung von Minister- oder Gebietsgouverneursposten mit seiner, zumeist kasachischen, Klientel die eigene Position konsolidiert. Die Vergabe von Ämtern erfolgt zwar nicht nach einem staatsrechtlich fixierten Plan zur Kasachisierung, dennoch ist diese Entwicklung systemimmanent, weil sich die Präsidialherrschaft darauf stützt. Deshalb muß davon ausgegangen werden, daß sich der Trend zu einer monoethnischen Struktur der politischen Eliten weiter fortsetzt und konsolidiert. In gleichem Maße dürfte das Gefühl der Benachteiligung unter den Nicht-Kasachen erhalten bleiben bzw. sich sogar noch verstärken.

Insbesondere in den nördlichen Gebieten Kasachstans hat die Diskrepanz zwischen kasachisch dominierter *oblast'*-Führung und russischer Bevölkerungsmehrheit zu Protesten von russischer Seite geführt. Im Gebiet Ostkasachstan, das direkt an Rußland grenzt und den höchsten russischen Bevölkerungsanteil aufweist, hatte der russische Teil der politischen Elite seit 1990 immer wieder Forderungen nach mehr Autonomie oder sogar nach Separation vorgebracht.¹⁶⁰ Die Reaktion der zentralstaatlichen Führung auf diese Stimmungen war bezeichnend: Im April 1996 enthob Präsident Nazarbaev den russischen *Akim* (Gebietsgouverneur) von Ostkasachstan, Leonid Desjatnik, seines Amtes und ersetzte ihn durch einen Mann aus den „eigenen Reihen“, den Kasachen Kažymurat Nigmanov.¹⁶¹ Im Zuge einer Reform der Verwaltungseinheiten Kasachstans im Jahre 1997 wurde zudem das Gebiet Semipalatinsk aufgelöst und der *oblast'* Ostkasachstan angeschlossen. Nach offiziellen Angaben standen in erster Linie ökonomische Überlegungen hinter dieser Entscheidung.¹⁶² Allerdings hatte die Zusam-

¹⁵⁹ Zum „Fall Gun'kin“ vgl. Eschment, Beate, Hat Kasachstan ein „russisches Problem“?, S. 57f. sowie Dave, Bhavna, Heading Towards Dictatorship, S. 271

¹⁶⁰ Vgl. Bremmer, Ian, Nazarbaev and the North, S. 619 - 635

¹⁶¹ Vgl. Dave, Bhavna, More Than a Cadre Reshuffle: Nazarbayev Appoints New Head in East Kazakhstan, in: OMRI Analytical Brief, 19.04.1996

¹⁶² Vgl. Nedovol'stvo prisoedineniem Semipalatinskoi oblasti k Vostočno-Kazachstanskoi vyražajut v osnovnom činovniki oblastnogo ranga, in: Panorama, 16.05.1997

menlegung der beiden Gebiete den nicht zu übersehenden Nebeneffekt, daß sich in der neuen *oblast'* Ostkasachstan die russische Bevölkerungsmehrheit relativiert hat, da in Semipalatinsk die Kasachen zahlenmäßig dominierten (siehe Tabelle 2 im Anhang). Auf diese Weise wurde den russischen Forderungen nach Autonomie oder sogar Separation die argumentative Grundlage entzogen, jedoch das eigentliche Problem, das in der von den Russen empfundenen Benachteiligung besteht, nicht gelöst. Statt dessen ist zu erwarten, daß solche Maßnahmen eher zu einer stärkeren Solidarisierung innerhalb der russischen Bevölkerung führen. Die Vorgehensweise des Staates in diesem Fall verdeutlicht, daß gesellschaftliche Konflikte in Kasachstan nicht wirklich reguliert, sondern durch Verstärkung der Kontrolle von oben unterdrückt werden.

Der politische Kurs der kasachstanischen Staatsführung zeitigt eine zwiespältige Wirkung auf die gesellschaftliche Situation im Land. Einerseits wirkt das System der autoritären Kontrolle vordergründig stabilisierend, weil jegliche Form von Opposition zurückgedrängt und damit die öffentliche Artikulation bestehender Konflikte unterbunden wird. Andererseits erweist sich diese Art der Konfliktbearbeitung gerade in bezug auf die interethnischen Beziehungen als kontraproduktiv, denn sie führt vielfach - wenn auch nicht intendiert - zu einer verstärkten Wahrnehmung ethnischer Differenz in der Gesellschaft. Der undemokratische Umgang mit Konflikten ist in Kasachstan dafür verantwortlich, daß eine Reihe von Problemen im Zusammenleben der Ethnien überhaupt erst entstehen bzw. verschlimmert werden. Das „halbherzige“ Konzept eines kasachstanischen Staatsbürgernationalismus trägt nicht nur nicht dazu bei, alle in der kasachstanischen Gesellschaft existierenden „Teilidentitäten“ auf der Ebene eines gesamtstaatlichen Bewußtseins zu integrieren. Letztendlich wirkt die staatliche, in erster Linie auf Machterhalt abzielende Politik sogar konfliktverschärfend, weil die in der Gesellschaft bestehenden Spannungen nicht als zu lösende Probleme, sondern als unerwünschte Gefährdung der inneren Stabilität wahrgenommen und dementsprechend „bearbeitet“ werden.

Schlußbetrachtung

Prinzipiell ist Donald Horowitz zuzustimmen, wenn er von einer tief gespaltenen Gesellschaft in Kasachstan spricht, doch wird diese Spaltung nicht einzig und allein durch die ethnisch heterogene Bevölkerungsstruktur hervorgerufen. Die Vielfalt der „cleavages“ und der entsprechenden Identifikationsmuster wirkt insofern gewaltverhindernd, als sie der Entstehung dichotomischer Denkschemata und damit auch einer ethnozentrischen Freund-Feind-Semantik entgegenwirkt. Eine massenwirksame Politisierung ethnischer Differenz hat in Kasachstan vor allem deshalb nicht stattgefunden, weil es den nationalen Aktivisten nicht gelingt, größere Teile ihrer ethnischen Gruppe hinter sich zu vereinen, da deren Angehörige widersprüchliche sprachliche, kulturelle, soziale und ökonomische Interessen haben. Umgekehrt hat vor allem die kasachische politische Elite kein Interesse daran, sich mit dem ethnisch mobilisierten Teil der Bevölkerung zu solidarisieren und dessen Forderungen in einer politischen Bewegung zu kanalisieren. Da in Kasachstan bisher keine klassenübergreifenden ethnischen Blöcke entstanden sind und nur wenig auf eine solche Entwicklung hindeutet, kann die Gefahr der Eskalation eines ethnopolitischen Konfliktes als relativ gering eingeschätzt werden.

Demgegenüber gewinnt der fortschreitende Prozeß der „*rassloenie*“, der sozialen Differenzierung, zunehmend an Bedeutung. Analog zu den Entwicklungen in den übrigen GUS-Staaten führte der ökonomische und politische Transformationsprozeß auch in Kasachstan bislang vor allem zu einer einseitigen Verschärfung des sozialen Gegensatzes zwischen reich und arm, der

zunehmend die ethnische sowie alle anderen Konfliktlinien überlagert und deren Bedeutung relativiert. Des weiteren verstärken die auf Klientelnetzwerken beruhenden Patronagesysteme durch ihre Wirkungsweise der selektiven Privilegierung die sozioökonomische Spaltung der kasachstanischen Gesellschaft. Die Phase der postkommunistischen Modernisierung hat sich in Kasachstan in bezug auf die Identitätsbildung bisher eher polarisierend als diversifizierend ausgewirkt. Sollte sich der Graben zwischen einer dünnen, äußerst wohlhabenden Oberschicht und einer verarmenden Masse der Bevölkerung weiter vertiefen, so bewegt sich das Land eher in Richtung sozialer Unruhen als in Richtung eines offenen ethno-politischen Konfliktes. Einerseits ist seit ca. drei Jahren eine langsam zunehmende politische Mobilisierung der Bevölkerung zu beobachten (Streikbewegungen, Demonstrationen, Gründung politischer Organisationen), die in erster Linie über sozioökonomische und nicht über ethno-politische Themen erfolgt. Andererseits ist das für die Transformationsgesellschaften typische Phänomen der politischen Apathie immer noch so dominant, daß der Ausbruch einer gewaltsamen sozialen „Revolution“ aus der gegenwärtigen Perspektive unrealistisch erscheint. Wie sich die Situation letztendlich entwickeln wird, hängt jedoch in entscheidendem Maße davon ab, ob die Regierung die Unmutsäußerungen der Bevölkerung weiterhin ignoriert und zu unterdrücken versucht oder ob sie sich zu einer konstruktiven Konfliktbearbeitung bereit erklärt.

Letzteres setzt eine echte Demokratisierung des politischen Systems voraus, was jedoch dem vorrangigen Ziel des innenpolitischen Kurses von Nursultan Nazarbaev zuwiderläuft, der sich in folgender Formel zusammenfassen läßt: politische Stabilisierung durch autoritäre Herrschaftssicherung. Erfahrungen aus anderen Transformationsgesellschaften haben gezeigt, daß Demokratisierung in einer Phase des Überganges auch destabilisierende Wirkung haben kann. Nazarbaev mißbraucht dieses Argument, um undemokratische Maßnahmen und den Ausbau der Präsidialherrschaft zu rechtfertigen, wobei seine Strategie durch die geringe Akzeptanz demokratischer Normen in der Bevölkerung noch begünstigt wird. Der Rekurs auf die „nationale Frage“ dient dem Präsidenten dabei als Instrument zur Herrschaftssicherung. Indem er öffentlich immer wieder die Gefährlichkeit des Szenarios betont, nutzt er die im In- und Ausland existenten Ängste bezüglich der Eskalation eines ethno-politischen Konfliktes aus, um sich selbst ins Licht des einzigen Garanten für Ruhe und Ordnung zu rücken.

Der Präsident kann an einer massenwirksamen Politisierung ethnischer Differenz nicht interessiert sein, weil sich die daraus möglicherweise resultierenden ethno-politischen Konflikte destabilisierend auf den Staat und damit auf seine eigene Position auswirken würden. Das politische System als Ethnokratie, als Herrschaft der Titularnation über die ethnischen Minderheiten, zu charakterisieren, wie es vor allem russische Nationalisten in Kasachstan tun, ist aber auch insofern nicht korrekt, als eine Privilegierung der Kasachen gegenüber den Minoritäten nicht staatsrechtlich fixiert ist. Allerdings bleibt das Konzept des kasachstanischen Staatsbürgernationalismus durch das bestehende Demokratiedefizit nicht mehr als eine Fassade und kann deshalb keine integrierende, identitätsstiftende Wirkung auf gesamtstaatlicher Ebene entfalten. In Kasachstan herrscht heute eine zahlenmäßig kleine, überwiegend kasachische Elite über die Masse der Bevölkerung, weshalb letztlich der Ausdruck „Eliten-Ethnokratie“ zur Charakterisierung des politischen Systems durchaus geeignet erscheint.

Die autoritäre Kontrolle beruht auf dem Zurückdrängen von Opposition und jeglicher Kritik am Regierungskurs. Auf diese Weise wird die öffentliche Artikulation bestehender Konflikte verhindert und deren Existenz zu leugnen versucht, was nach außen den Eindruck „echter“ Stabilität vermittelt. Diese Art der Stabilisierung wird auch in der internationalen Politik akzeptiert. Nazarbaev sichert sich durch seine Politik die Anerkennung westlicher Geschäftspartner, weil für deren in erster Linie wirtschaftliche Interessen eine „kalkulierbare“ gesellschaftliche Situation von größerer Bedeutung ist als die demokratische Ausrichtung des

politischen Systems. Ein deutliches Indiz hierfür ist die einhellige Zufriedenheit, mit der die erneute Wahl Nazarbaevs zum Präsidenten sowohl in Moskau als auch bei den meisten „westlichen“ Geschäftspartnern aufgenommen wurde. Die heftige Kritik z. B. von Seiten der OSZE¹⁶³ an den Umständen, unter denen diese Wahl stattfand, blieb dagegen weitgehend ungehört. Tatsache ist jedoch, daß die undemokratische Art der Konfliktbearbeitung in Kasachstan nicht nur keine Ansätze zur Konfliktlösung bietet, sondern letztendlich konfliktverschärfend wirkt, was am Beispiel der ethnopolitischen Konfliktlinie belegt werden konnte.

Aus dieser Situation ergibt sich eine „Zwickmühle“ für das „System Nazarbaev“: Wenn es der zunehmenden politischen Mobilisierung in der Gesellschaft, die sich vor allem entlang der sozialen Konfliktlinie bereits abzeichnet, nur mit zunehmend autoritären Herrschaftsmethoden begegnen kann, rückt das postulierte Ziel einer kasachstanischen Staatsnation in immer weitere Ferne, weil für die Entstehung von Verfassungspatriotismus demokratische Strukturen und mündige Bürger die Voraussetzung bilden. Sollte diese Entwicklung anhalten, wächst zudem die Gefahr, daß sich bei einer Schwächung der Position Nazarbaevs, d. h. einem Kontrollverlust der zentralstaatlichen Macht, das aufgestaute Konfliktpotential spontan entlädt und die gesellschaftliche Situation dann tatsächlich unkontrollierbar wird.

¹⁶³ Vgl. dazu Wittschorek, Peter, Präsidentenwahlen in Kasachstan 1999. Erfahrungen einer ungewöhnlichen OSZE-Mission. Discussion Paper des Zentrums für Europäische Integrationsforschung (ZEI). C 38/1999

Bevölkerungsentwicklung in der Republik Kasachstan nach ethnischen Gruppen

(Tabelle 1)

	1991		1993		1994		1995		1996		1997	
Gesamt	16.793.000		16.913.753		16.870.362		16.607.091		16.041.300		15.860.700	
Kasachen	6.875.000	41,1%	7.287.635	43,1%	7.474.478	44,3%	7.636.205	46,0%	7.913.200	49,3%	8.033.400	50,7%
Russen	6.244.000	37,3%	6.168.740	36,5%	6.041.586	35,8%	5.769.711	34,8%	5.286.300	33,0%	5.104.600	32,2%
Ukrainer	890.000	5,3%	875.434	5,2%	856.665	5,1%	820.871	4,9%	750.600	4,7%	720.300	4,5%
Deutsche	845.000	5,1%	696.042	4,1%	613.820	3,6%	507.199	3,1%	370.700	2,3%	303.600	1,9%
Usbeken	348.000	2,1%	364.159	2,1%	371.662	2,2%	378.811	2,3%	354.100	2,2%	358.700	2,3%
Tataren	335.000	2,0%	335.514	2,0%	330.584	2,0%	319.592	1,9%	285.300	1,8%	277.600	1,8%
Weißrussen	183.000	1,1%	181.486	1,1%	177.615	1,1%	171.716	1,0%				
andere			1.004.743	5,9%	1.003.952	5,9%	1.002.986	6,0%	1.081.100*	6,7%	1.062.500*	6,6%

* Die Angaben enthalten auch den Anteil der weißrussischen Bevölkerung.

Quelle: Angaben für 1991: Länderbericht Kasachstan 1994. Statistisches Bundesamt. Wiesbaden 1995, S. 30ff.; Angaben für 1993 - 1995: Demografičeskij ežegodnik Kazachstana (Gosudarstvennyj komitet Respubliki Kazachstan po statistike i analizu), Almaty 1996, S. 56f.; Angaben für 1996/97: Soobščæet Nacstatagenstvo: O demografičeskom položenii v 1995 - 1996 gg., in: Kazachstanskaja pravda vom 27.05.1997

Bevölkerungsanteil der Kasachen und Russen nach Gebieten im Jahr 1995

(Tabelle 2)

Gebiete	Gesamtbevölkerung	Kasachen	in %	Russen	in %
KASACHSTAN	16.607.091	7.636.205	46,0	5.769.711	34,7
Akmola	845.710	217.159	25,7	390.785	46,2
Aktjubinsk	747.516	468.545	62,7	154.080	20,6
Almaty (Gebiet)	962.321	473.381	49,2	256.908	26,7
Almaty (Stadt)	1.161.772	323.090	27,8	623.443	53,7
Atyrau	452.028	377.499	83,5	49.589	11,0
Ostkasachstan	937.283	286.323	30,5	588.846	62,8
Žambyl	1.029.750	622.958	60,5	225.101	21,9
Žezkazgan	481.991	259.033	53,7	154.011	32,0
Westkasachstan	668.364	397.821	59,5	213.626	32,0
Karaganda	1.265.584	275.776	21,8	665.516	52,6
Kzyl-Orda	600.329	558.830	93,1	26.312	4,4
Kokšetau	654.918	226.438	34,6	253.430	38,7
Kustanaj	1.054.923	207.081	19,6	497.951	47,2
Mangistau	325.908	216.061	66,3	73.579	22,6
Pavlodar	942.232	313.708	33,3	414.480	44,0
Nordkasachstan	600.995	124.331	20,7	369.205	61,4
Semipalatinsk	807.021	476.349	59,0	258.645	32,0
Taldykorgan	716.758	415.874	58,0	199.606	27,8
Turgaj	308.971	147.872	47,9	81.236	26,3
Südkasachstan	1.974.586	1.225.880	62,1	236.436	12,0
Leninsk (Stadt)	68.135	22.196	32,6	36.926	54,2

Quelle: Demografičeskij ežegodnik Kazachstana (Gosudarstvennyj komitet Respubliki Kazachstan po statistike i analizu), Almaty 1996, S. 59f.

Indigenisierung der Arbeitskraft in Kasachstan nach ökonomischen Sektoren, 1987 - 1992*

(Tabelle 3)

Sektor	% der Arbeitskräfte		Zeigerwert	
	1987	1992	1987	1992
Industrie	21	24	0,58	0,67
Landwirtschaft	52	53	1,44	1,47
Transport/Kommunikation	28	32	0,78	0,89
Bauwirtschaft	21	22	0,58	0,61
Handel	29	33	0,81	0,92
Dienstleistungen	23	25	0,64	0,69
Gesundheitswesen	38	46	1,06	1,28
Erziehungswesen	43	51	1,19	1,42
Kunst und Kultur	42	42	1,17	1,17
Wissenschaft	25	30	0,69	0,83
Regierung	40	47	1,11	1,31

*Prozentsatz der Titularbevölkerung (Kasachen) an der Arbeitskraft und Zeigerwerte; Zeigerwert = Prozentsatz der Kasachen an der Arbeitskraft des ökonomischen Sektors/Prozentsatz der Kasachen an der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter. Werte < 1 zeigen eine relative Unterrepräsentierung an, Werte = 1 eine proportionale Repräsentierung, Werte > 1 eine proportionale Überrepräsentierung.

Quelle: Kaiser, Robert J.: Nationalizing the Work Force: Ethnic Restrification in the Newly Independent States, in: Post-Soviet Geography, 36, 2/1995, S. 103

Ethnische Zusammensetzung zentralstaatlicher Exekutivorgane

(Tabelle 4)

	1993			1994		
	Slawen	Kasachen	Minoritäten	Slawen	Kasachen	Minoritäten
Ministerkabinett	24,9	73,1	6,5	22,8	74,3	3,1
Präsidentialapparat	25,8	67,7	6,5	22,8*	74,3*	3,1*

* Die Angaben beziehen sich auf das erste Halbjahr.

Quelle: Kolstø Pål: Anticipating Demographic Superiority: Kazakh Thinking on Integration and Nation Building, in: Europe-Asia Studies, 50, 1/1998, S. 63

Studentenschaft an den Hochschulen Kasachstans nach ethnischen Gruppen

(Tabelle 5)

	1969		1980		1989		1996	
Insgesamt (100%)	195.726		259.973		285.624		260.043	
Kasachen	77.628	39,7	129.525	50,0	154.836	54,0	169.631	65,2
Russen	84.361	43,1	90.391	35,0	89.130	31,0	46.529	17,9
Ukrainer	12.168	6,2	11.488	4,0	11.415	4,0		
Tataren	3.550	1,8	4.901	1,8	4.977	2,0		

Quelle: Zusammengestellt nach: Kadyrshanow, Rustem: Die ethnopolitische Situation im multinationalen Kasachstan. Berichte des BIOst 4/1996, S. 27; Angaben für das Jahr 1996 nach Eschment, Beate: Hat Kasachstan ein "Russisches Problem"? Revision eines Katastrophenbildes. Sonderveröffentlichung des BIOst, Februar 1998, S. 70